

Stenographischer Bericht

Erster Steiermärkischer Schülerlandtag

am 15. Dezember 1992



Das Präsidium des Steiermärkischen Landtages mit den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Teilnehmern des Schülerlandtages

Foto: Jungwirth

Inhalt:

1. a) Begrüßung und organisatorische Hinweise

b) Fragestunde

Anfrage Nr. 1 von Christiana Koller an Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba, betreffend Schipisten (3).

Anfrage Nr. 2 von Eveline Töffel an Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba, betreffend Ferienjobs.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba (3).

Anfrage Nr. 3 von Helga Grünwald an Landesrat Klasnic, betreffend Tempolimits.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (4).

Anfrage Nr. 7 von Monika Krenn an Landesrat Klasnic, betreffend generelle Maut.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (5).

Anfrage Nr. 9 von Oliver Kröpfl an Landeshauptmann Dr. Krainer, betreffend kulturelle Veranstaltungen.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (9).

Anfrage Nr. 10 von Maria Stipper an Landeshauptmann Dr. Krainer, betreffend Politikverdrossenheit.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (7).

Zusatzfrage: Maria Stipper (9).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (9).

Anfrage Nr. 11 von Johannes Buder an Landesrat Pörtl, betreffend Klärrückstände.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (10).

Anfrage Nr. 12 von Guntmar Kerbl an Landesrat Pörtl, betreffend Abfallvermeidung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Pörtl (10).

Anfrage Nr. 13 von Alexander Andreadis an Landesrat Ing. Ressel, betreffend Landesschülervertretung.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11).

Anfrage Nr. 14 von Wolfgang Kowatsch an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Niveau der Hauptschule.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12).

Zusatzfrage: Wolfgang Kowatsch (12).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12).

Anfrage Nr. 15 von Alice Prutsch an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Jugendorganisationen.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12).

Anfrage Nr. 17 von Josef Mantl an Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, betreffend Ausländer-Volksbegehren.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (13).

Zusatzfrage: Josef Mantl (13).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (13).

Anfrage Nr. 16 von Markus Lachmann an Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, betreffend Wohnungen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (14).

Zusatzfrage: Markus Lachmann (14).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (14).

Anfrage Nr. 18 von Astrid Kellner an Landesrat Dr. Strenitz, betreffend Haltungsschäden.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Strenitz (14).

Anfrage Nr. 19 von Christian Fleck an Landesrat Tschernitz, betreffend Ausländerproblematik.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Tschernitz (15).

Zusatzfrage: Christian Fleck (15).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Tschernitz (15).

Anfrage Nr. 20 von Simona Herzog an Landesrat Tschernitz, betreffend Heimsituationen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Tschernitz (15).

Anfrage Nr. 21 von Joachim Hotter an Landesrat Tschernitz, betreffend Integrationspolitik.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Tschernitz (16).

Zusatzfrage: Joachim Hotter (16).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Tschernitz (16).

Anfrage Nr. 4 von Harald Hartmaier an Landesrat Klasnic, betreffend Politische Bildung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (17).

Zusatzfrage: Harald Hartmaier (17).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Klasnic (17).

Anfrage Nr. 5 von Wolfgang Schäfer an Landesrat Klasnic, betreffend steirische Berufsschulen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (17).

Anfrage Nr. 6 von Volker Wainig an Landesrat Klasnic, betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (18).

Anfrage Nr. 8 von Christian Kröll an Landesrat Klasnic, betreffend Semmeringbasistunnel.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Klasnic (19).

Zusatzfrage: Christian Kröll (19).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Klasnic (19).

2. Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Berichterstatte: Achim Ertl (19).

Redner: Herwig Hakan-Mader (20), Joachim Hotter (20), Alice Prutsch (20), Josef Feldhofer (21), Gerald Kretschmer (21), Josef Mantl (21), Peter Hauk (22), Wolfgang Schäfer (22), Abg. Dr. Lopatka (23), Abg. Dr. Bachmaier-Geitewa (23), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (24), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (25).

Beschlußfassung (26).

3. Bericht und Antrag des Ausschusses für Umwelt und Verkehr.

Berichterstatte: Christian Lickl (26).

Redner: Christian Kröll (26), Helga Grünwald (26), Monika Krenn (27), Uwe Trummer (27), Volker Wainig (27), Christian Lickl (28), Johannes Buder (28), Guntmar Kerbl (28), Abg. Dr. Maitz (29), Abg. Peinhaupt (30), Abg. Dörflinger (31), Landesrat Pörtl (32), Landesrat Klasnic (33), Christian Lickl (33).

Beschlußfassung (34).

4. Bericht und Antrag des Ausschusses für Schule und Bildung.

Berichterstatte: Astrid Kellner (34).

Redner: Walter Edlinger (34), Maria Stipper (34), Markus Lachmann (35), Doris Hallama (35), Alexander Andreadis (35), Nicole Prutsch (36), Christian Fleck (36), Sabine Gigl (37), Guntmar Kerbl (37), Abg. Dr. Karisch (38), Abg. Bleckmann (39), Abg. Mag. Erlitz (39), Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (40).

Beschlußfassung (41).

Schlußworte: Alexander Andreadis (41), Präsident Wegart (41).

Beilage: Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Teilnehmer seitens der Fraktionen am Schülerlandtag (43).

Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr.

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet die erste Sitzung des Schülerlandtages im Steiermärkischen Landtag statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der

Spitze, die Damen und Herren des Bundesrates, die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, die aus einer ungewohnten Perspektive von den Fensterplätzen beziehungsweise von der Zuschauergalerie die Sitzung mitverfolgen, sowie die Vertreter von Presse und Rundfunk.

Besonders herzlich heiße ich die Damen und Herren Schülervertreter, die die Plätze der Abgeordneten eingenommen haben, willkommen.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Es wurde bereits am 9. Dezember 1992 eine Vorbereitungssitzung hier im Steiermärkischen Landtag abgehalten, bei der drei Ausschüsse, und zwar der Ausschuß für Arbeit und Soziales, der Ausschuß für Umwelt und Verkehr sowie der Ausschuß für Schule und Bildung, vom Schülerlandtag einstimmig eingerichtet wurden.

Die Berichte und Anträge dieser Ausschüsse bilden auch die Tagesordnungspunkte 2 bis 4.

Jeder Ausschuß stand unter der Leitung eines Landtagspräsidenten.

Ich kann im Einverständnis mit dem zweiten und dritten Landtagspräsidenten sagen, daß in den Ausschüssen mit großem Ernst und mit dem nötigen Fleiß gearbeitet wurde.

Der Schülerlandtag ist für mich vor allem ein Zeichen dafür – ich habe dies schon bei der Vorbereitungssitzung gesagt –, daß die Politikverdrossenheit bei der heutigen Jugend noch nicht so weit vorgedrungen ist und daß Politik und damit die Geschicke des Landes Steiermark und der Republik Österreich auch ein Anliegen der Führungsgeneration von morgen sind.

Ich halte diese positive Grundeinstellung zur Demokratie und zu den parlamentarischen Einrichtungen unseres Landes für etwas ganz Wesentliches.

Der Schülerlandtag setzt sich aus 56 Personen zusammen. Die Zahl wurde gewählt, da wir 56 Abgeordnete im Steiermärkischen Landtag haben.

Ich habe Wert darauf gelegt, daß nicht nur Schüler von allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden höheren Schulen, sondern auch Lehrlinge in diesem Schülerlandtag vertreten sind.

Dadurch wird der Schülerlandtag zu einem repräsentativen Organ unserer Jugend im Alter zwischen 15 und 19 Jahren.

In den Ausschüssen wurden auch die Anfragen für die Fragestunde vorbereitet.

Die Teilnehmer der Ausschüsse haben sich auch bereits über die Redner zu den einzelnen Tagesordnungspunkten geeinigt.

Mit Ihrer Teilnahme am heutigen Schülerlandtag dokumentieren Sie, daß Sie auch wirklich an der Politik interessiert sind, was heute leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Der Erfolg des Schülerlandtages hängt unter anderem davon ab, daß die Redezeiten exakt eingehalten werden.

Zur Abwicklung möchte ich folgendes sagen:

Zuerst findet die Fragestunde statt.

Wir haben insgesamt 21 Anfragen, die an alle Mitglieder der Landesregierung gerichtet sind.

Bei der Fragestunde werde ich die Schüler auffordern, ihre Anwesenheit zu bestätigen.

Jeder anfragestellende Schüler hat die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen.

Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4, betreffend die Berichte und Anträge der Ausschüsse, ist festzuhalten, daß zuerst die gewählten Berichterstatter ihren Bericht mit dem Beschlußantrag erstatten und dann acht Schüler sprechen werden.

Die maximale Redezeit beträgt fünf Minuten. Danach sprechen je ein Abgeordneter jeder Fraktion und, falls es gewünscht wird, das zuständige Regierungsmitglied beziehungsweise die zuständigen Regierungsmitglieder.

Nach Erschöpfung der Rednerliste wird über den jeweiligen Antrag abgestimmt werden.

Die heute von Ihnen zu fassenden Beschlüsse des Schülerlandtages werden bereits im Jänner 1993 Gegenstand der Beratungen im Petitions-Ausschuß des Landtages sein.

Ihre Tätigkeit hier im Schülerparlament findet somit eine Fortsetzung und kann zu weiteren Ergebnissen führen.

Ich gehe daher zu Tagesordnungspunkt 1 (Fragestunde) über.

Nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages dürfen Anfragen nur aufgerufen werden, wenn der Fragesteller anwesend ist.

Ich ersuche daher alle anfragenden Schüler, nach Aufforderung durch ein deutliches „Ja“ ihre Anwesenheit zu bestätigen.

Der Aufruf der eingebrachten Anfragen erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der befragten Regierungsmitglieder.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 1 der Schülerin Christiana Koller an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Franz Hasiba, betreffend Schipisten.

Ist die Genannte anwesend?

Es wird festgestellt, daß die Schülerin Christiana Koller nicht anwesend ist.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 2 der Schülerin Eveline Töffel an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Franz Hasiba, betreffend Ferienjobs.

Ist die Genannte anwesend?

Schülerin Eveline Töffel: Ja.

Präsident Wegart: Herr Landeshauptmann, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba (10.14 Uhr): Herr Landtagspräsident, geschätzte Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ersten steirischen Schülerlandtag!

Die Anfrage von Fräulein Eveline Töffel aus Leoben, welche Ferienjobs im Land Steiermark für Schüler und Studenten angeboten werden, beantworte ich wie folgt:

Im Bereich des Landes Steiermark, der sogenannten Landesverwaltung, werden jährlich 292 Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten von der mir zugeordneten Rechtsabteilung 1, das ist die Personalabteilung, aufgenommen. Weitere 158 werden von der Landesbaudirektion, also im technischen Bereich, aufgenommen, also insgesamt 450 Ferialarbeiter. Es gibt immer wieder den Ausdruck „Ferialpraktikanten“. Rechtlich ist dieser nicht ganz korrekt, denn nach dem ABGB sind das „Ferialarbeiter“. Bei den Ferialarbeitern geht es in erster Linie um eine Beschäftigung mit dem Ziel, sich während der Ferien ein Taschengeld zu verdienen, um das ganz offen zu sagen. Das wird uns immer wieder als Grund angegeben. Der erste Teil der Ferien wird als Ferialarbeiter zugebracht, um das Geld im zweiten Teil der Ferien, im Urlaub, verbrauchen zu können. Eine durchaus korrekte Zeiteinteilung. Die Einteilung der betreffenden Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten erfolgt nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Einteilung der Ferialarbeiter erfolgt nach örtlichen Gesichtspunkten, also man wird nicht jemanden von Bad Aussee nach Radkersburg einberufen, sondern man wird versuchen, ihn in seiner Region tätig sein zu lassen. Praktisch spielt sich das so ab, daß schon zu Jahresbeginn bei den jeweiligen Dienststellen sogenannte Bedarfs-ermittlungen vorgenommen werden und daß dann von der Personalabteilung die Anzahl der Ferialarbeiter für die jeweilige Dienststelle fixiert wird. Denn der Zweck ist ja nicht nur eine Schnupperlehre bei der Landesverwaltung mit einem kleinen Verdienst, sondern der Zweck ist auch, daß während der Haupturlaubszeit dort Arbeiten und Leistungen, die sonst von dauernd beschäftigten Landesbediensteten durchgeführt werden, ersatzweise getätigt werden. Der effektive Zeitpunkt des Einsatzes wird vom jeweiligen Dienststellenleiter im Zusammenwirken mit dem Ferialarbeiter fixiert. Wir versuchen hier, den zeitlichen Wünschen entgegenzukommen. Voraussetzung für die Aufnahme ist das Erreichen des 17. Lebensjahres im Jahr der Ferialverwendung, das heißt, im kommenden Jahr können Aufnahmen ab dem Geburtsjahrgang 1976 erfolgen. Die Einstellungen sind auf die Dauer von vier Wochen, genau 28 Tagen, beschränkt und konzentrieren sich auf die Monate Juni bis September. Während der übrigen Zeit ist eine Ferialtätigkeit schon wegen der steuerrechtlichen Folgen nicht sinnvoll und auch gar nicht möglich, denn Ihre Eltern würden in dieser Zeit die Familienbeihilfe verlieren. Wenn Sie während der Semesterzeit oder während des Schuljahres Ferialpraxis machen, würde es möglicherweise auffallen, daß Sie während des Schuljahres nicht anwesend sind. Das Entgelt im Jahre 1992 hat brutto 7500 Schilling betragen, wobei rund 1200 Schilling für die gesetzliche Sozialversicherung einbehalten werden mußten. In den Landesaltenpflege- beziehungsweise Bezirksaltenheimen haben jene Ferialarbeiter, die im Stationsbereich, also am Krankenbett, gearbeitet haben, täglich 150 Schilling zusätzlich zur genannten Entlohnung für die besondere Erschwernis erhalten.

Bei der Einteilung der jeweiligen Tätigkeit wird versucht, auf die Schulausbildung beziehungsweise auf die Studienrichtung Bedacht zu nehmen. Insbesondere im Baubereich, wo von der Baudirektion die Aufnahme erfolgt und nicht von der Personalabteilung, werden

nur Studenten aus technischen Fachrichtungen aufgenommen, was ja, glaube ich, auch sinnvoll ist. Für das kommende Jahr sind Einstellungen als Ferialarbeiter bis längstens 15. April 1993 formlos unter Anschluß eines Lebenslaufes und des gewünschten Ferial Einsatzpunktes an nachstehende Stellen zu richten:

Für den Bereich der sogenannten Hoheitsverwaltung, das ist die allgemeine Verwaltung, für die Kultureinrichtungen, Joanneum zum Beispiel, für die Bezirksverwaltungsbehörden, das sind die Bezirkshauptmannschaften, für die Jugend- und Behindertenanstalten, für die Altenbetreuung an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Rechtsabteilung 1, Graz-Burg. Das ist die Personalabteilung, die ich früher erwähnt habe. Für den Baubereich an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Landhausgasse 7.

Ein besonderer Bereich sind die sogenannten Fachpraktikanten. Nicht zu verwechseln mit den im Volksmund genannten Ferialpraktikanten, die aber rechtlich Ferialarbeiter heißen. Die anderen heißen Fachpraktikanten. Das sind in der Regel Studentinnen und Studenten, die ihren Studien entsprechend, also schon nach der Matura, in den jeweiligen Abteilungen, zum Beispiel des Joanneums, Abteilung für Volkskunde, Alte Galerie, Neue Galerie, um einige Beispiele zu nennen, in Verwendung genommen werden. Hier stehen eine gewisse Anzahl von Monaten zur Verfügung, und diese Tätigkeit kann auch über einen Monat hinausgehen, weil es sich um ganz bestimmte Projektarbeiten handelt.

Im Landesbehindertenzentrum, den Landesjugendheimen Blümelhof, Rosenhof und anderen, stehen insgesamt 62 Monate, die man auf verschiedene Damen und Herren aufteilen kann, für Fachpraktikanten zur Verfügung. Hier sind Studien für Psychologie, Pädagogik und Medizin am ehesten geeignet und auch erwünscht. Soviel als erste Antwort. (10.21 Uhr.)

Präsident Wegart: Wird eine Zusatzfrage gestellt?

Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 3 der Schülerin Helga Grünwald an Frau Landesrat Klasnic, betreffend Einhaltung der Tempolimits.

Ist die Schülerin Grünwald anwesend?

Schülerin Helga Grünwald: Ja.

Präsident Wegart: Frau Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Klasnic (10.22 Uhr): Herr Präsident, Hoher Schülerlandtag!

Die Anfrage von Frau Helga Grünwald, betreffend die Möglichkeiten der Steiermärkischen Landesregierung zur besseren Kontrolle der Tempolimits auf Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen, beantworte ich wie folgend:

Zur Überwachung aller Verkehrsvorschriften – nicht nur der Tempolimits – wird von der Steiermärkischen Landesregierung die Verkehrsabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Steiermark herangezogen. Diese Gendarmerieeinheit ist speziell für Ge-

schwindigkeitsüberwachungen mit modernsten technischen Geräten, wie zum Beispiel Laserpistole, Videoüberwachungsfahrzeugen, ausgerüstet. Diese Spezialeinheit überwacht nach genauen Einsatzplänen der Steiermärkischen Landesregierung die Verkehrsvorschriften auf Autobahnen, Autostraßen und verkehrsreichen Freilandstraßen. Zusätzlich zu dieser Verkehrsabteilung werden seit dem heurigen Jahr auf Initiative der Steiermärkischen Landesregierung in allen Bezirken der Steiermark sogenannte Bezirksverkehrsgruppen eingesetzt. Diese Gendarmeriebeamten sind ausschließlich im Verkehrsüberwachungsdienst tätig und ebenfalls mit modernsten Geschwindigkeitsmeßgeräten ausgestattet. Da eine flächendeckende Überwachung aus rein personellen Gründen nicht möglich ist, werden jene Straßenzüge, die als Unfallstrecken bekannt sind, verstärkt überwacht und fallweise Schwerpunktkontrollen durchgeführt. Bei diesen, Ihnen sicher auch bekannten Planquadrataktionen werden alle zur Verfügung stehenden Radar- und Lasergeräte eingesetzt. Neben einer möglichst intensiven, aber natürlich nicht lückenlosen Verkehrsüberwachung sind die Planungs- und Bauabteilungen der Bundes- und Landesstraßenverwaltung sowie zahlreiche Gemeinden seit Jahren bemüht, durch eine entsprechende Straßenraumgestaltung, wie zum Beispiel die Anlage von Verkehrsinseln oder auch die Einengung der Fahrbahn, eine Verringerung des Geschwindigkeitsniveaus zu erzielen. Ich möchte jedoch bei dieser Gelegenheit nochmals betonen, daß Kontrolle nicht umfassend und allgegenwärtig sein kann. Es muß von jedem einzelnen Verkehrsteilnehmer Verantwortungsbewußtsein und Rücksicht erwartet werden können. Gerade Sie, meine jungen Damen und Herren, die wahrscheinlich noch vielfach als Beifahrer auf unseren steirischen Straßen unterwegs sind, haben die Möglichkeit, auf den jeweiligen Lenker positiv einzuwirken. Ich bin zuversichtlich, daß wir gemeinsam unser Ziel, die Straßen für alle Verkehrsteilnehmer sicherer zu machen, mit Unterstützung jedes einzelnen – sei es auch nur in der Vorbildwirkung – erreichen werden. Der Slogan für 1993 lautet: „Raser versäumen das Leben“. (10.25 Uhr.)

Präsident Wegart: Wird eine Zusatzfrage gestellt? Das ist nicht der Fall.

Bevor ich die nächste Frage aufrufe, darf ich bitten, daß das anfragende Mitglied des Schülerlandtages aufsteht und ja sagt. Dann weiß ich, wo er sitzt oder wo er sich befindet.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 7 der Schülerin Monika Krenn an Frau Landesrat Klasnic.

Ist Fräulein Monika Krenn anwesend?

Schülerin Monika Krenn: Ja.

Präsident Wegart: Frau Landesrat, bitte.

Landesrat Klasnic (10.25 Uhr): Die Anfrage von Fräulein Monika Krenn lautet: „Sind Sie bereit, alles zu tun, um Einzelmauten zu verhindern und für eine generelle Maut einzutreten?“ Ich beantworte dies folgend:

Die aktuelle Mautsituation in Österreich ist besonders für das Land Steiermark äußerst unbefriedigend, zumal die Bundesländer Wien, Niederösterreich, aber auch das Burgenland durch keine Mautstrecken

belastet sind. Das Land Steiermark bekennt sich grundsätzlich zur Straßenmaut, lehnt aber allerdings eine einseitige Belastung ab. Straßenbenutzungsgebühren, in welcher Form auch immer, müssen dem Verursacherprinzip entsprechen und kommen nur als bundesweite und wettbewerbsgerechte Regelung in Frage. Neue Finanzierungsüberlegungen können nicht auf punktuelle Quellen beschränkt werden, es muß ein österreichweites Konzept vorliegen, das dann auch umzusetzen ist. In diesem Sinne hat das Wirtschaftsministerium auch eine Untersuchung hinsichtlich der Auswirkungen einer netzdeckenden Bemaution in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse Mitte 1993 vorliegen sollen. Weitere Benachteiligungen der Steiermark durch einseitige Mautdiskriminierungen sind undenkbar und nicht akzeptabel. Dieser Standpunkt wird auch von der gesamten Landesregierung vertreten, wie zum Beispiel durch den Regierungssitzungsbeschluß vom 4. Mai 1992 im Zusammenhang mit der Diskussion einer Semmeringmaut. Lösungsmöglichkeiten: Lösungsmöglichkeiten könnten, wie bereits erwähnt, eine Generalmaut, entsprechend der Schweizer Vignette, eine Erhöhung der Mineralölsteuer, allenfalls zeitlich limitiert, aber auch zweckgebunden, sein. Für das Modell „Road Pricing“ als fahrleistungsabhängige beziehungsweise zeitabhängige Gebühr wird die Technologie erst in einigen Jahren entsprechend entwickelt sein. In diesem Sinne werden sich alle Verantwortlichen im Land um eine zufriedenstellende Lösung bemühen. (10.28 Uhr.)

Präsident Wegart: Wird eine Zusatzfrage gestellt? Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 9 des Schülers Oliver Kröpfl an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer.

Ist Oliver Kröpfl anwesend?

Schüler Oliver Kröpfl: Ja.

Präsident Wegart: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.28 Uhr): Ich beantworte die Anfrage des Oliver Kröpfl auf folgende Weise:

Das Land Steiermark hat eine vielfältige Palette von direkten und auch indirekten Förderungen kultureller Aktivitäten in den Schulen anzubieten. Dabei kann im großen und ganzen von drei Kategorien gesprochen werden:

Erstens direkte Förderung von Schulprojekten; zweitens selbständige Einrichtungen und Initiativen, die durch Beiträge des Landes gefördert, ihr Know-how und ihre Kapazitäten Schulen zur Verfügung gestellt werden, und drittens die Einrichtungen des Landes selbst. Zur ersten, nämlich der direkten Förderung von Schulprojekten: Das Land ist bereit, Kulturprojekte in Schulen direkt zu fördern, sofern dies nicht über das Kulturservice des Unterrichtsministeriums geschieht. Nach der gegebenen Kompetenzlage ist dies ja Aufgabe des obgenannten Ressorts, das Schulveranstaltungen in großer Zahl betreut.

Zu zwei, nämlich zu den selbständigen Einrichtungen und Initiativen, die durch Beiträge des Landes gefördert, ihr Know-how und ihre Kapazitäten Schulen zur Verfügung gestellt werden: In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige wichtige Angebote hinweisen, die

von allen Schulen in der Steiermark in Anspruch genommen werden können: Zunächst die Vereinigten Bühnen: Abgesehen von der 50prozentigen Ermäßigung für Schüler tragen folgende Angebote der Vereinigten Bühnen – Oper und Schauspielhaus – dazu bei, Schule und Theater einander näherzubringen und einen lebendigen Dialog zwischen ihnen zu eröffnen und zu führen, nämlich a) Führungen durch das Opern- und das Schauspielhaus; b) Mitarbeiter der Vereinigten Bühnen kommen in die Klassen und berichten über Leben und Arbeit am Theater; c) Dramaturgen gestalten mit Ensemblemitgliedern aus Oper oder aus Schauspiel Stunden über ein Werk des Spielplans, entweder als Projektunterricht oder als Vorbereitung für einen Theaterbesuch im Rahmen von Stück- und Opernaufführungen. Auch Diskussionen nach dem Besuch einer Vorstellung sind möglich; d) ein Regisseur oder Dramaturg zeigt Schülern anhand von Lese- und Proben, wie man einen Text theatergerecht erarbeitet; e) eine Klasse erhält die Möglichkeit, die Entstehung einer Produktion mitzuverfolgen. Besuch der Proben in verschiedenen Stadien mit abschließendem Besuch der Vorstellung ist dabei vorgesehen; f) Jugendclub Theater: Jungen Leuten wird die Möglichkeit gegeben, den Theaterbetrieb auf und hinter der Bühne kennenzulernen und sich darüber hinaus darstellerisch zu üben.

Das ist der Bereich Vereinigte Bühnen. Sie wissen, Land Steiermark und Stadt Graz finanzieren diese Bühnen. Dann gibt es ein Theater am Ortweinplatz: in den Räumlichkeiten der ehemaligen HTL bietet im Rahmen des Projektes „Theater-Schule“ dieses Theater eine vielfältige Auseinandersetzung an. Für Schulen wird unter anderem folgendes ermöglicht:

Theaterveranstaltungen mit verschiedenen Theatergruppen, Erarbeitung von Aufführungen mit professionellen Theaternachmachern, Workshops und Seminare für Lehrer und Schüler, Probenhilfe und -beratung für Schulschauspielgruppen, Organisation von Schulbesuchen durch Schauspieler, Regisseure und Dramaturgen. Ein weiterer Bereich ist alles das, was mit Chören im Zusammenhang steht. Da gibt es zum Teil traditionelle Vereinigungen und zum Teil relativ neue Arbeitsgemeinschaften, wie etwa Sängerbund, Arbeitersängerbund und Arbeitsgemeinschaft steirischer Singkreise.

Neben den vielen bekannten Schulchören in der Steiermark bieten der Sängerbund, der Arbeitersängerbund und die in der Arbeitsgemeinschaft steirischer Singkreise vereinten Chöre Schülern und Jugendlichen exzellente Voraussetzungen für die Entwicklung einer gemeinsamen Gesangskultur; je nach Wunsch und Vorliebe und selbstverständlich freiwillig.

Bemerkenswert im Lande ist auch der Blasmusikverband. Im steirischen Blasmusikverband sind 396 Kapellen mit insgesamt 15.000 Mitgliedern. Wer vom Land kommt und dort die kulturelle Szene kennt, weiß, daß in einem erheblichen Teil der Dörfer und Märkte unseres Landes, aber natürlich auch in den Städten, Blasmusikkapellen existieren, die im Verlaufe der letzten Jahrzehnte eine außerordentliche Qualitätssteigerung zu verzeichnen haben. Darüber hinaus gibt es 15 eigene Jugendkapellen. Ansonsten sind die Jugendlichen auch in die Kapellen integriert. Es gibt bekanntermaßen Jeunesses Musicales, die Musikalische Jugend.

Die Jeunesses Musicales haben in ihren Abonnementzyklen in Graz und außerhalb von Graz ein vielfältiges musikalisches Programm auf hohem Niveau anzubieten.

Jugend musiziert: Diese großartige Einrichtung, die ihren Sitz in Leoben hat, gestaltet alljährlich Wettbewerbe für begabte junge Musiker aus verschiedenen musikalischen Bereichen und bietet so eine Heerschau von Talenten aus ganz Österreich, die später durchwegs auf prominenten Konzertprogrammen anzufinden sind.

Literatur: Die Steiermark verfügt über eine große Zahl wichtiger zeitgenössischer Autoren. Sie hat nach Wien auch die größte Zahl von Verlagen in Österreich. Über das Forum Stadtpark oder die Urania beispielsweise oder die Verlage Styria oder Droschl sind wichtige Autoren für Lesungen und Workshops zu erreichen. Sie sind durchwegs gerne bereit, in Schulen zu gehen, und tun das auch.

Dann gibt es die Kulturvermittlung Steiermark: Die Kulturvermittlung Steiermark hat sich die didaktische Vermittlung und eine möglichst verständliche Präsentation von Kunst und kulturellen Tendenzen des 20. Jahrhunderts, vornehmlich in und für Schulen, zur zentralen Aufgabe gemacht.

Da ist zunächst das berühmte Landesmuseum Joanneum, das bekanntlich den Europapreis schon einmal gewonnen hat und darüber hinaus das zweitgrößte Museum in Österreich repräsentiert.

Das Referat für Jugendberatung im Landesmuseum Joanneum existiert seit 1974. In Form von verschiedenen pädagogischen Aktivitäten betreut es vor allem Schulgruppen.

Im Jahresdurchschnitt besuchen etwa 200.000 junge Menschen das Joanneum, das ist ein Drittel der insgesamt 600.000 Besucher.

Rund ein Fünftel davon können in die Betreuungsaktivitäten eingebunden werden. Derzeit werden von den Mitarbeitern des Referates zirka 250 Schulklassen pro Jahr direkt betreut.

In allen 16 Abteilungen des Joanneums werden spezielle Führungen für Schulklassen veranstaltet. Die im heurigen „steirischen Herbst“ von der Neuen Galerie veranstaltete Ausstellung „Identität: Differenz“ beispielsweise fand auch bei den Schülern beste Resonanz, sowohl wegen der Ausstellungsgestaltung als auch wegen der hervorragenden Qualität der Führungen.

Diese Veranstaltung hat ja bekanntlich an drei Orten stattgefunden, nämlich im Künstlerhaus einerseits, in der Neuen Galerie in der Sackstraße, und durch ein durchgebrochenes neues Tor war auch das Stadtmuseum Graz integriert. Dann gibt es die Landesbildstelle in dieser Kategorie. Diese stellt Filme, Videokassetten und Diareihen zur Verfügung.

Ein wesentlicher Bereich ihrer Tätigkeit ist die Gestaltung von Ausstellungsprojekten für Schulen und deren didaktische Betreuung. Derzeit sind elf derartige Ausstellungen verfügbar. Bisher gab es in steirischen Schulen 350 Ausstellungstermine.

Zirka 1200 Dialogveranstaltungen konnten von der Kulturvermittlung Steiermark abgehalten werden. Die Informationstätigkeit der Kulturvermittlung umfaßt die Herausgabe eines Kulturinfos für Lehrer und Schulen,

das in einer Auflage von 5000 Stück vierteljährlich erscheint und auf die wesentlichen Kulturtermine und -angebote in der Steiermark hinweist.

Unter dem Titel „Kultrent“ verleiht die Kulturvermittlung Ausstellungsmaterialien, wie Bilderrahmen und Stellwände, wodurch Kulturveranstaltungen in Schulen oftmals erst möglich gemacht werden.

Darüber hinaus unternimmt die Kulturvermittlung unter der Leitung von Prof. Max Aufischer kulturdidaktische und museumspädagogische Grundlagenarbeit.

Zu den Landeseinrichtungen: Es ist auch kein Zufall, daß wir in der Steiermark die bedeutendsten Austropopgruppen haben, wie Sie wissen: Erste Allgemeine Verunsicherung, STS und eine Reihe anderer bedeutender Gruppen. Jedenfalls ist da auch der Boden aufbereitet, selbst von den klassischen Musikschulen her.

Die Möglichkeit, im Jugendkunstraum des Schülerhauses auszustellen, wird vom Land Steiermark das ganze Jahr über Schulgruppen angeboten.

Ich möchte abschließend alle Schulen und Schüler dazu einladen, daß sie die Kreativität steirischer Künstler mit ihrem Interesse würdigen.

Darüber hinaus können technische Geräte, wie Projektoren, Videokameras, Monitore, entlehnt werden. Der Filmförderungspreis des Landes steht auch Schülern zur Teilnahme offen.

Dann gibt es die Landesausstellungen, in denen seit Beginn der Ausstellungen Hunderttausende von Menschen gewesen sind.

Neben den 50prozentigen Ermäßigungen für Schulen bieten die Landesausstellungen ein spezielles Besuchsprogramm mit eigens geschulten Führern.

Neben dem Hauptkatalog zur Landesausstellung mit jeweils wissenschaftlichem Charakter wird regelmäßig ein „Junior-Katalog“ herausgegeben, der auf die Interessen Jugendlicher abgestimmt ist.

Dann gibt es das Musikschulwerk und das Konservatorium, Johann-Joseph-Fux-Konservatorium, wie es heißt.

In 46 Musikschulen im ganzen Land und im Landeskonservatorium Graz haben Schüler und Jugendliche hervorragende Möglichkeiten musikalischer, insbesondere instrumentaler Ausbildung von der Volksmusik über Klassik bis zu Jazz und Pop. Derzeit machen über 18.000 Schüler von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Es gibt dazu viele Möglichkeiten, sei es durch den Besuch von Theatern, von Konzerten, von Ausstellungen oder Lesungen. Die Steiermark verfügt über ein dichtes Netz von regionalen Kulturzentren, die zusammen mit den kulturellen Einrichtungen in Graz das kulturelle Profil der Steiermark ganz entscheidend prägen. Das wissen Sie aber selber, die Sie aus solchen Zentren auch kommen. Gerade im Schulbereich kommt es auf die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Gemeinden sowie auch der Kirchen an, die im kulturellen Leben unseres Landes eine ganz entscheidende Rolle spielen. Aber das über alles Entscheidende ist natürlich die private Initiative, ist das individuelle Engagement, und das steht natürlich überhaupt am Beginn von interessanten Projekten. (10.44 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Zusatzfrage?

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 10 der Schülerin Maria Stipper an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. Ist die Schülerin anwesend?

Schülerin Maria Stipper: Ja.

Präsident Wegart: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.44 Uhr): Ich beantworte die Anfrage von Fräulein Maria Stipper folgendermaßen:

Zunächst danke ich Ihnen für diese sehr wichtige Frage. Es ist ja kein Zufall, daß auch der Herr Landtagspräsident in seinen einleitenden Worten dieses Problem angesprochen hat, und Sie treffen damit sicherlich eine der zentralen Herausforderungen des öffentlichen Lebens insgesamt, aber im allgemeinen das notwendige Vertrauensverhältnis von Wählern und Gewählten und im speziellen das von Jugend und Politik. So habe ich jedenfalls Ihre Frage verstanden. Bei der Beantwortung beginne ich mit drei für mich in der Einschätzung der sogenannten Politikverdrossenheit besonders wichtigen Feststellungen:

Erstens: Das idealistische Engagement vieler junger Menschen, speziell in der Umwelt-, in der Friedens- und in der Menschenrechtsbewegung, zeigt mir, daß keine prinzipielle Politikverdrossenheit existiert, sondern eher ein weit verbreitetes Unbehagen an verbrauchten und auch überkommenen Inhalten und vielfach auch am Stil der Politik. In nicht wenigen Fällen handelt es sich meiner Meinung nach auch um eine Politikverdrossenheit, nicht um eine Politikverdrossenheit generell. Auch diese Politikverdrossenheit ist keine generelle, aber sicherlich in einigen Fällen eine sehr spezielle.

Zweitens: Stichworte hierfür kennen wir alle, nämlich Parteitaktik, Postenschacher, Korruption, das Gefühl der Undurchschaubarkeit der Abläufe, eine gewisse Bürgerferne, Leerformeln in der politischen Sprache, Vertuschen von Mängeln, Beschönigung, Demagogie und gegenseitiges Schlechtmachen und so weiter. Da gibt es sicherlich auch noch andere Stichworte, aber diese werden im Zusammenhang mit der sogenannten Politikverdrossenheit oder Politikverdrossenheit immer wieder genannt.

Drittens: Diese Stichworte gelten für mich auch als Ansatzpunkte für Maßnahmen, die Sie verlangen, zur Überwindung sogenannter Politikverdrossenheit, damit diese Protestphänomene nicht in eine gefährliche Demokratieverdrossenheit generell umschlagen, also eine Verdrossenheit gegenüber dem demokratischen System insgesamt, wie wir das in polarisierten und radikalisierten Randgruppen finden, wo sich ganz besonders in Deutschland, wenn wir über unsere Grenzen schauen, in den vergangenen Wochen und Monaten Exzesse zeigen, die mehr bedeuten als nur sozusagen Protest, die im Grunde genommen auch auf die Zerstörung des Systems hinauslaufen. Das haben wir im übrigen in der Geschichte gar nicht so lange zurück auch nicht nur bei uns, sondern weitum in Europa gehabt, wie Sie alle sicherlich aus der Zeitgeschichte wissen. Große Jugendstudien der letzten Zeit – wie etwa die Jugendwertestudie des Österreichischen Institutes für Jugendkunde oder auch eine Fessel-Studie vom Frühsommer 1992 – zeigen uns folgendes,

und das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, wenn Sie es nicht ohnedies auch wissen. Es bestätigt auch die These des Herrn Landtagspräsidenten, nämlich:

Österreichs Jugendliche haben durchaus Interesse an Politik. Sie wollen sich auch politisch engagieren, aber nicht von Parteien vereinnahmen lassen. Das sind solide Ergebnisse dieser Meinungsforschungsfragen. Auf die Frage zum Beispiel, und ich zitiere, was die 14- bis 24-jährigen tun würden, um sich gegen eine politische Entscheidung, die ihnen nicht richtig erscheint, zu wehren, antworteten 90 Prozent, eine Aktion durch Unterschrift zu unterstützen oder an einer Volksabstimmung teilzunehmen; 68 Prozent sagen, sie würden an einer Bürgerinitiative mitwirken; 60 Prozent geben an, auch an einem Streik teilzunehmen, und 56 Prozent erklären, daß sie bei einer Demonstration mitmachen würden, wobei ganz interessant ist und sehr bemerkenswert, daß gewalttätiges und ungesetzliches Handeln von der übergroßen Mehrheit der Jugend als Protestform ganz entschieden abgelehnt wird nach diesen Meinungsforschungsergebnissen – erfreulicherweise.

Besonders interessant ist auch, daß sich 62 Prozent der 14- bis 24-jährigen, Sie gehören auch in diese Kategorie, subjektiv, denn was immer man dann darunter versteht, ist eine Sache der individuellen Einschätzung, der politischen Mitte zurechnen; 62 Prozent dieser jungen Leute rechnen sich subjektiv der sogenannten politischen Mitte zu; 14 Prozent sehen sich eher links, und 2 Prozent sehen sich als sehr links; 9 Prozent sehen sich als eher rechts und ein Prozent als sehr rechts. Das sind Studien aus der Mitte dieses Jahres. Ich habe mir erlaubt, auch einige jüngere Leute um Antworten zu fragen im Hinblick auf „was soll geschehen, um dieses Phänomen der Politikverdrossenheit“, soweit es existiert, und ich würde das nicht zu sehr verallgemeinern, aber es ist ein geflügeltes Wort geworden, jeder führt es im Mund, manches Mal bis zum Überdruß und sicherlich auch nicht immer sehr durchdacht, und was ist dazu zu sagen? Das steht außer Zweifel, denn die Leute machen es sich manches Mal sehr leicht. Da wird geantwortet: Man sollte sich um einen besseren Stil und um eine glaubwürdige und vertrauenerweckende Politik bemühen, eine offene und tolerante Diskussion führen, und man meint, daß das eigentlich die wichtigste Grundhaltung wäre, die man von den Politikern in diesem Zusammenhang erwarte. Wesentlich sagen sie, sei auch sicherlich das persönliche Verhalten des Politikers insgesamt – also doch auch in einem gewissen Sinn die Vorbildfunktion – und wird gesagt, die Selbstreinigungskraft der Parteien sei gefordert. Und da wird gesagt, von jenen, die sich zum Beispiel persönlich schuldig gemacht haben, Korruption oder ähnliches, müssen sich die Parteien trennen.

Das sind Antworten, die ich mir selbst von jungen Leuten habe geben lassen und die ich auch hinterfragt habe.

Anständiges Verhalten muß in der Politik sein, um das sich alle über Parteigrenzen hinweg bemühen müssen, das ist eine Forderung, die ausgesprochen wurde. Ich sage ganz unbefangen, weithin bei uns auch bemühen. Bei den 56 Abgeordneten, die hier sonst sitzen, auf den Plätzen, auf denen Sie heute sitzen, kann man das ganz sicherlich sagen, und das

wird auch manchmal nicht zur Kenntnis genommen, und viele wollen das auch nicht zur Kenntnis nehmen. Wir wollen ja offen miteinander reden. Dann wird auch gesagt, die Jugend muß von der Politik ernst genommen werden. Das sei ganz wichtig. Da heißt es auch, der Jugend eine Stimme zu geben. Da wissen Sie, daß die Steiermark das erste Bundesland in Österreich war, welches das Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt hat.

Die Steiermark war auch das erste Bundesland mit einem weisungsungebundenen Landesrechnungshof, um Mißstände durch eine unabhängige Kontrolle rasch beseitigen zu können.

Auch so haben wir versucht, durch bessere Kontrolle Verdrossenheitsphänomene hintanzuhalten – so wie wir es auch mit dem steirischen Volksrechtsgesetz und den dort festgeschriebenen weitestgehenden Bürgermitbestimmungsrechten Österreichs getan haben.

Übrigens eine vorzügliche Initiative von Staatsrechtslehrern der Grazer juristischen Fakultät. Ich will sie gar nicht hier alle namentlich aufzählen, aber eine wesentliche Initiative, die von dort ausgegangen ist.

So wollen wir es auch mit der steirischen Verwaltungsinnovation halten. Dann wird in diesem Zusammenhang gesagt, daß jedenfalls entscheidend sei, Maßnahmen dieser Art mit Leben zu erfüllen. Darf ich kurz noch einmal auf die Jugendstudie zurückkommen in einem zweiten wichtigen Punkt. Nämlich:

Die Zahl von Erstwählern, die sich weltanschaulich an keine Partei gebunden fühlten, hat sich zwischen 1979 und 1991 von 17 auf 40 Prozent mehr als verdoppelt, bei den 20- bis 29-jährigen von 18 auf 33 Prozent fast verdoppelt, während es bei den Wahlberechtigten insgesamt zu einem Anstieg von 13 auf 23 Prozent kam.

Dies ist eine Herausforderung für jede neue Wahl – zugleich aber auch eine Chance. Zugleich steigt nämlich auch der Wert der Einzelpersonlichkeit. So ist der Wahlsieg von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil entscheidend von der Jugend getragen worden, so ist auch der Wahlsieg von Bill Clinton in den USA insbesondere von den Erstwählern getragen worden. Bei der Jugend war das Ergebnis 48 Prozent Clinton, 30 Prozent Bush, 22 Prozent Perot, das gesamte Stimmenverhältnis 43 Prozent, 38 Prozent, 19 Prozent.

Im übrigen ein amerikanischer Präsident mit einer ungeheuren Machtfülle, sicherlich der größten Machtfülle in der westlichen demokratischen Szene überhaupt, und mit 43 Prozent gewählt. Eine interessante Entwicklung auch in Amerika.

Insgesamt geht es für mich bei der Beantwortung Ihrer Frage, Fräulein Stipper, nicht so sehr um punktuelle Maßnahmen, so wichtig sie zur Bekämpfung von Fehlentwicklungen sein mögen, vielmehr geht es um unsere Grundeinstellung als Politiker – um eine ständige und auch selbstkritische Überprüfung der Richtigkeit unseres Tuns.

Das ist für mich auch eine Charakterfrage.

Dazu gehört auch eine ständige Reformbereitschaft, der Mut, eingefahrene Geleise zu verlassen und neue Wege zu suchen.

Wir alle müssen uns daher bemühen, eine Politik zu gestalten, die Vertrauen erweckt, die glaubwürdige Werte der politischen Ethik lebt und realistische Zukunftsperspektiven gibt.

Jeder einzelne Abgeordnete, jedenfalls in unserem Land, und jedes Regierungsmitglied ist auf seine Weise eine Art Ombudsmann. Wenn ich einen Sprechtag halte, kommen etwa 100 Leute mit allen möglichen Problemen, und es gilt für jeden der hier Anwesenden und auch für die nicht anwesenden Abgeordneten in der je eigenen Weise. Das ist ganz wichtig, aber auch zu sagen, daß man nicht nur das formulieren darf, was ankommt, sondern auch worauf es ankommt. Politik ist auch eine Gestaltungsaufgabe. Die Politiker haben auch die Aufgabe, Gestaltungsprinzipien vorzugeben und sie natürlich zu diskutieren, sie dann auch zur Wahl zu stellen. Das ist ja letztendlich das demokratische Prinzip. Es ist auch keine Frage, daß das alles verpflichtend, aber auch sehr schwer erfüllbar ist und daß darüber viel leichter zu reden ist, als nach diesen Prinzipien zu handeln. Daher müssen wir uns auch ständig bemühen, das in die Tagespolitik umzusetzen.

Ihre heutige Anfrage und der Schülerlandtag insgesamt sind für mich – ich glaube, hier auch für meine Kollegen sprechen zu können –, sind für uns ein ernster Aufruf, alle Bemühungen in diese Richtung zu verstärken und breiteres Vertrauen für die politische Arbeit im Lande zu gewinnen und möglichst viele Landsleute – insbesondere junge Menschen – zur politischen Mitgestaltung einzuladen.

Ich habe daher gerne die Initiative von Landesschulsprecher Alexander Andreadis aufgegriffen, der mir die Abhaltung eines Schülerlandtages in der Steiermark vorgeschlagen hat, und habe den Herrn Landtagspräsidenten gebeten, gemeinsam mit den Landtagsparteien die Möglichkeiten zu prüfen und einen solchen Schülerlandtag vorzubereiten.

So sehe ich den heutigen Schülerlandtag jedenfalls als ein wichtiges Signal des Dialoges gegen Politikverdrossenheit.

Nur wer sich einsetzt, kann etwas verändern, auch kritikwürdige Vorgänge können nur durch unser Engagement verändert werden.

Eine Ohne-mich-Haltung und das Abseitsstehen bewegen nichts, sind vielmehr eine Stellungnahme für das Bestehende. Nur wer sich engagiert, kann mitentscheiden.

„Nicht aussteigen, sondern einsteigen“, heißt das Motto.

Abschließend vertrete ich die Meinung, daß die Schule mit politischer Bildung im umfassenden Sinne – sei es als Unterrichtsprinzip, sei es auch als spezielles Unterrichtsfach – einen wichtigen und entscheidenden Beitrag zu Einsichten in die grundlegenden Werte und Verfahrensweisen der Demokratie leisten kann, soll und muß.

Ich habe nur manchmal Sorgen, wenn bei Landtagssitzungen die ganze Galerie mit jungen Leuten besetzt ist und sie gerade zu einem Zeitpunkt hereinkommen, wo erstens ein Thema behandelt wird, das sie nicht interessiert, oder gerade irgendein Streit stattfindet und dann mit einer Momentaufnahme nach Hause gegangen wird und dann das als Ganzes gesehen wird. Umso erfreulicher ist, daß Sie sich selbst hier hereinsetzen wollten und eine solche Prozedur, die es immer auch ist, nach einer Geschäftsordnung selber mit Leben zu erfüllen suchen. Ich sage in diesem Zusammenhang: Für eine außerordentlich

wichtige Form des Dialoges, die wesentlich intensiviert werden sollte, halte ich auch die Möglichkeit, von direkten Gesprächen mit Abgeordneten an den Schulen und auch, etwa wenn die Herren und Damen der Schulen zu uns kommen, hier im Hause für ganz wichtig, wobei alle Fragen konkret und offen angesprochen und auch ausdiskutiert werden sollen.

Ein solcher landesweiter Dialog an den steirischen Schulen, die Berufsschulen natürlich eingeschlossen, könnte meiner Meinung nach eine der wirksamsten Möglichkeiten der Auseinandersetzung von Jugendlichen mit Fragen der Politik sein. Es fehlen mir übrigens die Landwirtschaftsschüler heute hier. An die ist nicht gedacht worden. Alle haben nicht daran gedacht. Die gehören selbstverständlich auch dazu, so wie andere Repräsentanten anderer Schulen, wenn wir das ganze Spektrum sozusagen der Schulen dieser Kategorien im wesentlichen hier vertreten haben. Als Landeshauptmann werde ich, wenn dieses Angebot von Ihnen akzeptiert wird, folgendes vorschlagen: Um der Jugend die oft verstellten Zugänge zur Politik zu öffnen und auch den notwendigen und ständigen Dialog von Jugend und Politik zu vertiefen, ein Schülerforum zu bilden, an dem Vertreter der Landtagsparteien mit Schüler- und Jugendvertretern Fragen von aktuellem Interesse diskutieren, um gemeinsame Schritte und Aktionen in der Folge auch zu setzen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Landesregierung sollte jedenfalls verpflichtet sein, sich mit diesen Vorschlägen und Initiativen auseinanderzusetzen, weil das Gespräch und die Diskussion allein sozusagen den Vorstellungen nicht genügen würden. (11.04 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Zusatzfrage? Bitte sehr.

Schülerin Maria Stipper: Sie haben von Politikverdrossenheit gesprochen und auch von Grundeinstellungen der Politiker. Ich würde jetzt noch gerne wissen, ob Sie sich als Landeshauptmann in irgendeiner Weise für diese Politikverdrossenheit mitverantwortlich fühlen.

Präsident Wegart: Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Nachdem Sie aus der Katholischen Jugend kommen, wenn ich das richtig einschätze, ist das eine Gewissensfrage. Und wenn Sie sie als Gewissensfrage formuliert haben, würde ich sagen, selbstverständlich, jeder zu seinem Teil. Keiner, auch Sie nicht, der hier sitzt, vom Herr Präsidenten beginnend bis zum Letzten rückwärts, ist ohne Fehler. Erst wenn er das begreift, daß sein Tun und Wirken und auch Denken von Fehlern behaftet ist, besteht eine Chance, daß er sich verbessert. Was ich zur Verbesserung dieser Situation beitragen kann, das habe ich zwar schon in der Vergangenheit, ich bin ja relativ lange nicht nur in dieser Funktion, sondern in der Politik überhaupt, versucht zu tun. Das werde ich aber intensiviert auch in der Zukunft tun, und dieser Vorschlag, den ich zuletzt gemacht habe, zielt speziell in diese Richtung. Insofern ist auch eine Diskussion, die nicht immer angenehm ist, wie Sie wissen, außer es ist jemand ein Quatschkopf, der nichts lieber tut, als herumzuplaudern – solche Menschen gibt es zwar

nicht in großer Zahl, aber es gibt sie auch – und jeder, der das ernst nimmt, wird das auch heute so aufgefaßt haben. Ich jedenfalls sehe das so, und ich sage noch einmal, ich werde gerne mit Ihnen dann darüber reden, was Sie falsch machen in Ihrer Funktion. Ich habe gerne einbekannt, daß ich mich für einiges sehr verantwortlich fühle. (11.06 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 11 des Schülers Johannes Buder an Herrn Landesrat Pörtl, betreffend Entsorgung von Klärrückständen. Ist Johannes Buder hier?

Schüler Johannes Buder: Ja.

Präsident Wegart: Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung.

Landesrat Pörtl (11.06 Uhr): Herr Präsident, verehrte Teilnehmer an unserem Schülerlandtag!

Die Anfrage des Schulsprechers Johannes Buder von der 6. b-Klasse der Höheren Internatsschule des Bundes Graz-Liebenau, betreffend den in der Steiermark anfallenden Klärschlamm, möchte ich wie folgt beantworten: Bei der Reinigung von Abwässern fallen bei durchschnittlich 30.000 bis 50.000 Litern Abwasser pro Einwohner und Jahr folgende Klärschlämme an, das ist eine gewaltige Menge. Es gibt hier den Begriff der EGW, das heißt der Einwohnergleichwerte, wo verschiedene Berechnungen ausgehen. Aus diesen Klärrückständen ergeben sich pro Einwohner an Rechengut 5 bis 15 Liter beziehungsweise Kilogramm, Sandfanggut 2 bis 5 Liter und Klärschlamm rund 70 Liter jährlich mit einer Trockenmasse mit einem Feststoffgehalt von 2,5 Prozent beziehungsweise 97,5 Prozent Wassergehalt. Die tatsächliche Feststoffmenge des Klärschlammes liegt in der Steiermark im Mittel bei rund 15 Kilogramm Trockensubstanz pro Einwohner und Jahr. Im Zuge der Klärschlammbehandlung wird der Klärschlamm entwässert, wobei bei einer Deponierung der Feststoffgehalt zirka 35 Prozent betragen soll. In der Steiermark ergibt sich somit folgende Klärschlamm Bilanz: 60 bis 70 Millionen Kubikmeter Abwasser (Einwohner und Gewerbe) gelangen auf kommunale Kläranlagen. Dabei entstehen rund 70.000 Kubikmeter Klärschlamm mit 35 Prozent Feststoffgehalt beziehungsweise 24.500 Kilogramm Trockensubstanz. Derzeit wird dieser Klärschlamm zum Teil leider entsorgt: 71 Prozent werden auf Deponien gelagert, und nur 18 Prozent werden in der Landwirtschaft verwertet. Der Rest wird kompostiert und für Rekultivierungszwecke verwendet. Rechengut und Sandfanggut werden im Normalfall ebenfalls deponiert.

Das Steiermärkische Grundwasserschutzprogramm vom 7. Dezember 1987 sieht die Erstellung eines Klärschlamm entsorgungskonzeptes vor. Über den Entwurf eines derartigen Klärschlamm entsorgungskonzeptes werden derzeit Verhandlungen geführt, die kurz vor dem Abschluß stehen. Sie sind regional abgefaßt je nach Gegebenheit von Anfall und Verwertungs-möglichkeiten. Die Zielsetzung des Klärschlamm-konzeptes ist es, im Interesse des Grundwasser- und Bodenschutzes eine einwandfreie Verwertung und geordnete Entsorgung des Klärschlammes zu erreichen. Wir haben vor allem in letzter Zeit massive Initiativen

für Kompost- und Vererdungskonzepte entwickelt und haben vor allem auch eine offensive Vermeidungsstrategie mit Abwasserberatern vor, damit vor allem eine gezielte Unterstützung im wahrsten Sinne des Wortes für eine neue Verbraucherkultur erfolgt. (11.10 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Zusatzfrage?

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 12 des Schülers Guntmar Kerbl an Herrn Landesrat Pörtl, betreffend branchenorientierte Abfallvermeidung. Ist Guntmar Kerbl hier?

Schüler Guntmar Kerbl: Ja.

Präsident Wegart: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Pörtl (11.10 Uhr): Die Anfrage des Herrn Guntmar Kerbl von der 4. Klasse der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Liezen, betreffend Vorstellungen über eine branchenorientierte Abfallvermeidung, möchte ich wie folgt beantworten:

Rechtliche Vorschriften zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung für Gewerbe- und Industriebetriebe müssen aus Gründen des Wettbewerbes in Österreich mit Wirkung für das ganze Bundesgebiet erlassen werden, und deshalb ist für die Beschlußfassung derartiger Gesetze der Nationalrat und für die Erlassung der Verordnungen die Bundesregierung beziehungsweise der jeweilige Ressortminister zuständig. Im Sommer 1990 ist das österreichische Abfallwirtschaftsgesetz in Kraft getreten, mit dem bereits Bestimmungen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung erlassen worden sind. So müssen zum Beispiel bestimmte Betriebe bis zum 1. Juli 1993 ein betriebliches Abfallwirtschaftskonzept erstellen, in welchem die Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung darzulegen sind. In Betrieben mit mehr als 250 Mitarbeitern ist ein betrieblicher Abfallbeauftragter zu bestellen, welcher der Behörde namentlich zu melden ist.

Bei jeder neuen Betriebsanlagengenehmigung muß der künftige Anlagenbetreiber der Behörde vorlegen, welche Abfallmengen beim Betrieb der Anlage zu erwarten sind, welche Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung ergriffen werden und wie die anfallenden Abfallmengen nach dem Stand der Technik entsorgt werden.

Hinsichtlich der Entsorgung von Autowracks im besonderen wurde von den sechs großen österreichischen Autowrackverwertungsbetrieben im Sommer 1992 ein Entsorgungskonzept ausgearbeitet, wonach durch Trockenlegung, das ist die Herausnahme von Bremsflüssigkeit und verschiedenen anderen Flüssigkeiten, und gezielte Demontage von Altfahrzeugen der derzeit nicht verwertbare Shredderabfall um mehr als die Hälfte verringert werden soll. Im September 1992 wurde zwischen dem Umweltministerium, Wirtschaftsministerium und den Branchen der Kfz-Wirtschaft eine freiwillige Vereinbarung unterzeichnet, wonach sichergestellt werden soll, daß alle in Österreich anfallenden Altfahrzeuge einer bestmöglichen Verwertung zugeführt werden.

Es ist vor allem auch festzuhalten, daß durch eine Rücknahmepflicht, und das ist aus einer Aussage des deutschen Umweltministers ersichtlich, wahrscheinlich

die Autos in Zukunft anders ausschauen werden. Es ist daher im Bereich von verschiedenen Firmen, ich möchte keine Marken nennen, in der Konzeption der Erzeugung die Rücknahme in der Planung und Entwicklung eingebaut und derzeit bereits in Umsetzung.

Auch der Steiermärkische Landtag ist derzeit dabei, im Rahmen von Parteienverhandlungen Instrumente nach dem Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetz zu schaffen, um die heimischen Betriebe bei ihren abfallwirtschaftlichen Bemühungen zu unterstützen.

Das Land Steiermark hat dem Institut für Verfahrenstechnik der Technischen Universität Graz den Auftrag erteilt, einen Rahmenplan für Industrie- und Gewerbeabfälle zu erstellen. Dieser Rahmenplan wird für die nachfolgend angeführten zehn Branchen Betrachtungen über die Möglichkeiten zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung enthalten:

Tischlereibetriebe, Schlacht- und Fleischereibetriebe, Gastgewerbe und Hotellerie, Kfz-Betriebe, Malereibetriebe, die derzeit ein solches Konzept bereits in Umsetzung haben, und zwar die Wiederverwertung von Lösungsmöglichkeiten und Flüssigkeiten mit einem eigenen Recyclinggerät und mit Absatzbecken.

Druckereibetriebe, Elektronikschrott und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeugverschrottung, Baubranche, Abfälle aus der Abwasserbehandlung.

Es ist sehr interessant, daß in der Baubranche stationäre und jetzt schon mobile Wiederaufbereitungsanlagen in der Steiermark in Betrieb sind. Wir haben auch interessante Entwicklungen im Rahmen des Ökoprotokolls, wo wir diese Initiative der Landeshauptstadt Graz in Umsetzung bringen für die gesamte Steiermark.

Präsident Wegart: Bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, habe ich folgenden Antrag zu stellen:

Gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung darf die Fragestunde 60 Minuten nicht überschreiten. Können in dieser Zeit die vorliegenden Anfragen nicht beantwortet werden, so kann der Landtag beschließen, daß die Fragestunde für weitere 60 Minuten verlängert wird. Da die Fragestunde um 10.15 Uhr begonnen hat und es jetzt nach meiner Uhr 11.18 Uhr ist, schlage ich vor, die heutige Fragestunde, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, zu verlängern.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Auf der Zuschauergalerie begrüße ich folgende Besuchergruppen:

Die Schüler der beiden 3. Klassen der Handelsschule Grottenhof-Hardt unter der Leitung von Frau Mag. Brigitta Greimel, die Schüler des Bundesrealgymnasiums Körösistraße unter der Leitung von Frau Mag. Theresia Jantscher und die Schüler der Hauswirtschaftsschule St. Martin unter der Leitung von Frau Fachlehrer Anneliese Perstel.

Sie sind Zeugen eines einmaligen Vorganges. Ich hoffe, daß Sie dadurch die entsprechende Optik bekommen.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 13 des Schülers Alexander Andreadis an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend räumliche Ausstattung der Landesschülervertretung.

Die Anfrage wird in Vertretung des Herrn Landesrates Ing. Hans-Joachim Ressel von Herrn Erstem Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek beantwortet.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Alexander Andreadis: Ja.

Präsident Wegart: Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.19 Uhr): Meine sehr verehrten jungen Damen und Herren!

Herr Andreadis, ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt und sehr kurz, weil ich persönlich nicht glaube, daß die Fragestunde das A und O des Landtagsgeschehens ist. Da Sie jetzt über eine Stunde einen Monolog gehört haben, sollten wir uns in Wirklichkeit beeilen, das zu beenden.

Das, was jetzt folgt, wird nicht zum Applaus angetan sein. Ich sage Ihnen, wir haben in den letzten Monaten relativ kurzfristig 4300 Quadratmeter Bürofläche angemietet, um den öffentlichen Sektor entsprechend administrieren zu können und um unsere Aufgaben zu erfüllen. Es gibt eine Vielzahl von Vorstellungen und Wünschen, die jeweils gleichgelagert sind in ihrer Art. Leider besteht derzeit keine Möglichkeit, entsprechende Räumlichkeiten, wie Sie sich das wünschen, zur Verfügung zu stellen. (11.20 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Zusatzfrage? Wird nicht gestellt.

Ich rufe auf die Anfrage Nr. 14 des Schülers Wolfgang Kowatsch an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Hebung des Niveaus der Hauptschulen.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Wolfgang Kowatsch: Ja.

Präsident Wegart: Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.20 Uhr): Herr Kowatsch, Ihre Frage möchte ich wie folgt, ebenfalls relativ kurz, beantworten:

Wir haben in der Steiermark die Situation, daß drei von vier Schülern nach wie vor in die Hauptschule gehen. Es ist also eine Fehlmeinung zu glauben, daß die AHS in der Unterstufe sozusagen alles Schülerpotential absaugt. Das gibt es in der Landeshauptstadt Graz, wo wir völlig andere Verhältnisse vorfinden, wo das etwa 60 Prozent betrifft. Im übrigen müssen wir sagen, hätten wir nicht diese Hauptschulen, wäre unser gesamtes Bildungswesen nicht in der Lage, sich so zu entwickeln, wie das geschehen ist. Es ist also aus meiner Sicht die Hauptschule nach wie vor eine attraktive Form der Ausbildung der 10- bis 14jährigen, wobei ich dazusage, daß die Gemeinsamkeiten für die 10- bis 14jährigen ohnedies sehr stark sind. Denn wenn Sie den Lehrplan anschauen, werden Sie feststellen, daß mit Ausnahme von Latein kein Unterschied zwischen AHS und Hauptschule besteht.

Es ist das in Wirklichkeit längst gleich, und nur mehr Ideologen streiten de facto um die Frage der Ausbildung der 10- bis 14jährigen, weil manche meinen, daß sie in der AHS noch immer eine besondere Ausbildung in dieser Zeit finden.

In Wirklichkeit sehen wir, daß wir etwa, wie das in Graz der Fall ist, wo es Absaugelemente gibt von den Hauptschulen zur AHS, weil man meint, aus gesellschaftspolitischen Einschätzungen und, wie ich meine, auch Fehlerwägungen, mein Kind müsse unbedingt in die AHS, daß wir dort die Situation vorfinden, daß die Hauptschulen natürlich bis zu einem gewissen Grad entleert werden und daß dort ein großes Bedürfnis besteht, über den Weg von Schulversuchen zu zeigen, daß die Ausbildungsformen der 10- bis 14jährigen in Wirklichkeit zu vereinheitlichen wären. Ich halte dies daher für keinen zweckmäßigen Streit von Ideologien oder sonstigen Dingen mehr. Besser ist es, einfach die Schulversuche laufen zu lassen, wie etwa in Graz-Südwest, wo wir hervorragende Ergebnisse haben. Ich meine also, die Hauptschule ist attraktiv genug. Sie ist attraktiv, wenn wir uns dazu bekennen, daß sie eine Stufe ist, in der wir generell sagen, die 10- bis 14jährigen sollen noch die Möglichkeit einer Verschnaufpause haben und sich erst mit 14 entscheiden müssen, wie ihr weiterer Ausbildungs- und Bildungsgang aussehen soll. Ich meine, daß das alte System, daß man mit zehn Jahren bereits wissen soll, was man kann, was man will, was man anstrebt, daß dieses System ohnedies obsolet geworden ist und daß wir daher diesem jetzigen Schultypus nach wie vor hervorragende Priorität einreihen sollten.

Es ist in den Hauptschulen sehr viel über die Leistungsgruppen diskutiert worden. Diese sind zum Teil Gegenstand auch von negativen Äußerungen und Vorstellungen. Wie ich meine, wäre der richtige Weg – und das ist ein weiterer Schritt, um die Hauptschule zu attraktivieren – durch ein Teamteaching die Möglichkeiten der Förderungswürdigen und der Förderungsnotwendigkeiten zu stärken, dort, wo es Schwächen gibt, leistungsschwächere Schüler nicht von den Stärkeren auseinanderzureißen, sondern sie in der Schulgemeinschaft und in der Klassengemeinschaft zu belassen, aber dem Schwächeren zu helfen, dem Stärkeren umgehend eine besondere Förderung zuteil werden zu lassen. Das sind für mich natürlich kostspielige Reformen der Ausbildung. Aber im Sinne der Interessen die beste Investition, die eine Gesellschaft tun kann, nämlich die Investition in die Jugend. Daher wäre ein verstärktes Ausbildungssystem gerade in den Hauptschulen in diese Richtung sehr zweckvoll. (11.24 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine Zusatzfrage? Bitte sehr.

Schüler Wolfgang Kowatsch: Wie stehen Sie zur Integration von geistig und körperlich behinderten Jugendlichen oder Ausländern in Pflichtschulen oder höheren Schulen? Sind die Lehrer dafür ausreichend ausgebildet, und ist dann ein leistungsorientierter Unterricht möglich?

Präsident Wegart: Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Zu den Integrationsschulen ist für mich festzustellen, daß wir hier zusätzliche Schwerpunkte zu

den bestehenden zu setzen haben. Was die Ausländer betrifft, daß es hier überhaupt keine Möglichkeiten der Einsparung gibt, sondern nur umgekehrt, daß wir dieses Gebiet ausdehnen, weil ich wirklich davon überzeugt bin, das ist das Schlechteste, was wir tun können, hier eine Trennung vorzunehmen. Nur das Miteinander und Miteinander-groß-Werden und das Erwachsenwerden und schon in der Kindheit zusammengeführt zu sein wird die Probleme mildern. Gleichzeitig wollen wir auch etwa behinderte Kinder keineswegs als solche behandelt sehen, sie wollen schon gar keinen Ausnahmestatus, sondern sie wollen in Wirklichkeit Mitglieder der Gemeinschaft sein. Das beginnt von klein an.

Daher ist es für mich überhaupt keine Frage – hier gibt es keine Bereitschaft, nur irgend etwas zurückzunehmen, sondern ganz im Gegenteil auszuweiten. Was die Ausländer betrifft, gibt es von manchen die Klage, daß das Problem der Sprache da ist. Ich sehe darüber hinaus keine Schwierigkeiten, die man etwa landesweit orten könnte. Es gibt sogar Schulen, wo der Anteil, etwa in der Gemeinde Mürzsteg, Sie können das heute nachlesen, an Ausländern fast die Hälfte beträgt, und es gibt dort keine Probleme. Es gibt aber auch keine Abwehrhandlungen, was ich als äußerst sympathisch empfinde, aber es gibt natürlich mitunter das Problem der Sprache. Ich habe vorige Woche in der Regierung beschließen lassen, daß der Landeschulrat ermächtigt wird, sozusagen kurzfristig und im Bedarfsfall sehr rasch und unbürokratisch die entsprechenden Lehrpersonen sofort einzustellen und auch befristet einzustellen, um diesem Problem zu entsprechen. (11.27 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich rufe auf die Anfrage Nr. 15 der Schülerin Alice Prutsch an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek, betreffend finanzielle Unterstützung von Jugendorganisationen. Ist Alice Prutsch hier?

Schülerin Alice Prutsch: Ja.

Präsident Wegart: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.28 Uhr): Auch diese Frage werde ich nicht im Sinne des vorbereiteten langen Stückes beantworten, sondern werde ein paar Schwerpunkte anführen: Es ist so, daß nach meiner Ressortübernahme ich befunden habe, daß das Jugendbudget äußerst schmal war. Es ist mir gelungen, im heurigen Jahr eine deutliche Aufstockung zu erreichen, was vieles erleichtert. Es erleichtert eine neue Form der Förderung, und sie ist heuer bereits durchgesetzt. Wir haben die Basisförderung eingeführt und parallel dazu die Projektförderung. Die Projektförderung geht über jene Bereiche hinaus, die in den Dachverbänden organisiert sind. Es können also auch Gruppen, bewußt und gewollt, die nicht in den Dachverbänden sind, sich an uns wenden und Projekte einreichen, gleichgültig ob das eine Frage im musischen Bereich ist, ob das eine Frage zu einer aktuellen Tagespolitik ist, ob das eine Gewässerfrage ist – wie wir etwa eine Gewässerpartnerschaft haben – und ähnliche Dinge. All das wird ermöglicht und wird als Projekt unterstützt neben der Grundlagenfinanzierung für die im Dachverband vertretenen Jugendorganisationen. Ich sage aber dazu:

So sehr die Finanzierbarkeit all dessen eine Rolle spielt, so sehr müssen wir auch sehen, daß das Geld allein gerade in diesem Bereich nicht das entscheidende ist. Wir müssen einfach Initiativen ermöglichen, also das bedeutet mehr als einfach zulassen.

Letztlich hängt natürlich alles sehr stark von dem persönlichen Engagement derer ab, die in der Jugendarbeit tätig sind, wie eben überhaupt die Eigeninitiative gerade auch in diesem Bereich nicht nur nicht wegzudenken ist, sondern das wichtigste Element einer Gesellschaft insgesamt ist und daher natürlich auch in der Jugend ist. Es gibt also eine Fülle von Aktivitäten, eine konkret auch angesprochen zum Thema Rechtsradikalismus. Es gibt natürlich auch eine entsprechende Broschüre dazu. Es ist das ein Thema, das uns im besonderen beschäftigt im heurigen Jahr, und wir werden im nächsten Jahr, weil es einfach vom Interessenfeld her unverzichtbar ist, einen Schwerpunkt auf die Integrationsfragen setzen. In Wirklichkeit sind auch die EG-Integrationsfragen Fragen, die im besonderen die nächste Generation befassen. Ich sage zum Schluß: Geld ist viel, aber nicht alles. Sehr vieles in der Jugendarbeit ist emotional und kann auch nur auf dieser Ebene in Wirklichkeit abgehandelt werden und ist daher das Engagement des einzelnen, die Initiative des einzelnen, das Um und Auf in einer Kooperation mit uns. Das Administrieren der Jugendarbeit ist zu wenig. (11.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 17 des Schülers Josef Mantl an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, betreffend Ausländer-Volksbegehren. Ist der Genannte anwesend?

Schüler Josef Mantl: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Schülerlandtag!

Es handelt sich hier für mich um eine sehr persönliche Frage, nachdem es eine Ressortzuständigkeit über mein Verhalten bei der Zustimmung zu einem Volksbegehren wohl nicht geben kann. Ich werde mich auch sehr kurz fassen und möchte vorweg in den Raum stellen: Ich glaube, daß es außer Frage steht, daß die Wanderbewegungen in Europa allgemein als Problem erkannt worden sind, daß es sich hier um kein österreichisches Spezifikum handelt und daß diese Wanderbewegungen und diese Einwanderungen in Europa mit unterschiedlichen Emotionen behandelt werden. Aber durch diese Wanderbewegungen sind natürlich Emotionen vorhanden. Ich glaube, das können wir außer Frage stellen. Ich persönlich bin überzeugt, daß diese Emotionalisierung nur dahin gehend entemotionalisiert werden kann, wenn wir sachlich unsere Einwanderungen regeln und wenn wir sachlich die Integrationsmaßnahmen regeln. Die Freiheitliche Partei hat durch das Volksbegehren „Österreich zuerst“ einen Vorschlagskatalog aufgestellt mit zwölf Fragen und hat den Wunsch geäußert, daß diese Fragen auf Partienebene beziehungsweise parlamentarischer Ebene behandelt werden. Diesem Wunsch ist schlußendlich nach mehreren Bemühungen auch von

Mitgliedern anderer Parteien nicht Rechnung getragen worden. Ich möchte in dem Zusammenhang vielleicht einen Zwischensatz machen, weil er mir noch immer zu wenig bekannt erscheint. Beim Volksbegehren geht es nicht um die Flüchtlinge, die auf Grund von politischer Verfolgung, auf Grund von rassistischer Verfolgung oder religiöser Verfolgung selbstverständlich für jeden in diesem Land, insbesondere auch für mich und für meine Partei, bei uns herzlich willkommen sind.

Ich komme jetzt zurück auf den Wunsch auf Beratung, wie es zum Beispiel hier im Lande Steiermark ja der Fall war. Wir haben in diesem Haus in einer Drei-Parteien-Einigung einen Ausschuß zur Bewältigung der Ausländerprobleme eingesetzt, wo wir auch diese Beratungen durchführen können.

Auf parlamentarischer Bundesebene war das nicht möglich. Jetzt stelle ich zunächst einmal die Frage, welche Möglichkeiten in einer Demokratie gibt es darüber hinaus? Wir müssen uns schon dessen bewußt sein, daß neben den demokratischen Grundregeln, wie Entscheidungen in der Regierung oder in der Legislative, es auch heute hier in diesem Landtag Anträge gibt, die Entscheidungen, wenn auch ohne legislative Wirkung, bringen werden.

Es gibt aber auch die Möglichkeit für die Opposition, in einem Parlament Anträge zu stellen, und es gibt darüber hinaus die Möglichkeit, daß das Volk selbst, die Bevölkerung mitreden kann. Auch hier gibt es ein unterschiedliches Regulativ. Das eine ist eine Volksabstimmung, wo ich ja oder nein sagen kann. Eine weitere Möglichkeit ist eine Volksbefragung. Wir haben das in der Steiermark im Vorjahr in sehr ausführlichem Ausmaß gehabt. Eine dritte Möglichkeit ist das Volksbegehren. Was bedeutet ein Volksbegehren? Es bedeutet, daß die Leute in diesem Land, so sie bereit sind und wollen, einen Wunsch an die Gesetzgebung, einen Wunsch an die Regierung herantragen können. Ich persönlich bin der Meinung, daß niemand in diesem Land die Möglichkeit haben soll, eine Macht in dieser Richtung auszuüben, daß ein Wunsch nicht mehr geäußert werden darf. Ich glaube, daß dieses urdemokratische Mittel, nämlich das Recht, Wünsche vorzubringen, jedem zusteht. Aus diesem Grund habe ich der Einbringung eines Volksbegehrens zugestimmt.

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte sehr!

Schüler Josef Mantl: Herr Landesrat, Sie haben in der Beantwortung meiner Frage sowohl theoretische als auch praktische Standpunkte und Gründe für das Volksbegehren bekanntgegeben. Über die theoretischen läßt sich sicher stundenlang streiten, aber wenn man die praktischen Gründe nur auf die Steiermark, also nur auf unser Land, bezieht, dann ist es nicht gegeben, weil der Anteil der Ausländer in der Bevölkerung der Steiermark nur 2,6 Prozent beträgt. Ist das ein Grund, eine akute Gefahr, ein Volksbegehren, das sicherlich emotionalisiert und aufheizt, zu starten?

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Eine Ausgliederung der Steiermark aus diesem Volksbegehren ist auf Grund der Gesetzeslage nicht möglich. Ich bin sehr froh darüber, daß wir hier in der Steiermark auf Grund

einer gemeinsamen Vorgangsweise über die Parteigrenzen hinweg noch eine sehr geringe bis keine Emotionalisierung haben. (11.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Anfrage Nr. 16 des Schülers Markus Lachmann an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid, betreffend Bedarf an Wohnungen.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Markus Lachmann: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.38 Uhr): Der Bedarf an Wohnungen in der Steiermark ist nicht genau erfaßbar. Wir müssen zunächst unterscheiden, daß wir einerseits Wohnungsnot zu decken haben und andererseits neuen Bedarf zu decken haben. Der Neubedarf kann sich aus Ehescheidungen oder auch aus dem Wunsch einer verbesserten Wohnsituation ergeben. Wir sind uns also allgemein darüber im klaren beziehungsweise einig, daß wir den Fehlbestand mit etwa 20.000 bis 25.000 Wohnungen ansetzen können. Der wird aber in der Steiermark in sehr hohem Ausmaß und unterschiedlicher Handhabung gedeckt. Wir haben im heurigen Jahr in der Steiermark Förderungen für etwa 8000 Wohneinheiten, und ich glaube, daß dies eine ausgesprochen beachtliche Leistung ist. Sie ist vielleicht zu wenig bekannt. Wir bedecken unseren Wohnraumbedarf zum Beispiel mit der Förderung von Einfamilienhäusern, dem Bauen in Gruppen im verdichteten Flachbau, Sanierungen, Dachgeschoßausbauten und natürlich im wesentlichen auch durch Geschoßbauten, Mietwohnungen, Mietkaufwohnungen, Eigentumswohnungen. Im besonderen haben wir natürlich ein Problem in Graz, wo wir von einem Fehlbestand von etwa 8000 bis 10.000 sprechen. Ich habe gestern in einer Pressekonferenz auf die Notwendigkeit des Baues von Studentenheimen hingewiesen, wo wir – Sie werden demnächst vielleicht in diese Situation kommen – einen sehr großen Aufholbedarf haben. Wir haben hierfür mehrere Standorte. Alle politischen Parteien sind interessiert, daß wir hier diesen Nachholbedarf decken. Ich gehe davon aus, daß wir im nächsten Jahr beginnen, an mehreren Standorten Studentenheime zu bauen. Die Finanzierung ist durch Bund und Land gesichert. (11.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte!

Schüler Markus Lachmann: Wie erklären Sie sich die hohen Wucherpreise, die momentan in Graz für Studentenwohnungen bezahlt werden müssen?

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Ganz eindeutig durch Angebot und Nachfrage.

Nachdem in Graz ein Fehlbestand an Wohnungen vorhanden ist, richtet sich der Preis nach Angebot und Nachfrage. Ich betone immer wieder, daß wir das nur dann ändern können, wenn wir entsprechend viele Einheiten sowohl im Heimbereich als auch im normalen Wohnbereich errichten. Ich hoffe, daß es uns möglich ist.

Ich möchte jetzt nicht auf die Gemeinderatswahlen hinzielen, aber es ist eine Tatsache, daß in Graz nur 50 Prozent der vom Land zugesagten Einheiten zur Realisierung kommen. Das darf ich als Zuständiger für das Land sagen: Dies ist kein Problem des Landes Steiermark, sondern das ist ein Problem der Stadt Graz. Ich hoffe, daß wir schwerpunktmäßig im nächsten Jahr einen wesentlichen Schritt vorankommen. (11.41 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Anfrage Nr. 18 der Schülerin Astrid Kellner an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz, betreffend Haltungsschäden von Schülern.

Ist die Genannte anwesend?

Schülerin Astrid Kellner: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dr. Strenitz (11.42 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wirbelsäulenprobleme sind ein Phänomen unserer Zeit geworden. Dies betrifft schon lange nicht mehr nur ältere Menschen, sondern immer häufiger auch Schulkinder und sogar Kindergartenkinder. Zu den anerkannten Risikofaktoren zählen neben den anlagebedingten Ursachen Faktoren, die durchaus im Wirkungsbereich jedes einzelnen liegen. An erster Stelle liegen Bewegungsmangel, dann folgen Übergewicht, Fehlbelastungen sowie Streß und seelische Belastungen. Daraus ist ersichtlich, daß die meisten dieser Faktoren ein Teil oder Folgen unserer Lebensweise sind und wir damit selbst entscheiden können, ob wir diese Risikofaktoren ausschalten wollen oder nicht.

Maßnahmen, um den vermehrt auftretenden Haltungsschäden der Schüler entgegenzuwirken:

Erstens: Unterstützung der Steirischen Gesellschaft für Wirbelsäulenforschung und des Rückenschulprojektes Steiermark.

Seit 1988 werden, um Haltungsprobleme bereits im Schulalter aufzudecken, Reihenuntersuchungen in Schulen vorgenommen. Für 1993 wird die Grazer Gang- und Rückenschule vermehrt Mittel erhalten.

Zweitens: Finanzierung eines Vorsorgeprogramms für Schulen mit folgenden fünf Schwerpunkten: Wirbelsäule, Muskel-, Skelettsystem, Herz-Kreislauf, Ernährung.

Drittens: Unterstützung des Pädagogischen Institutes des Bundes in der Steiermark bei der Gesundheitsförderung im Rahmen der Lehrerfortbildung.

Viertens: Medien vermehrt für Informations- und Aufklärungsarbeit einsetzen.

Fünftens: Zuletzt mit gutem Vorbild vorangehen und regelmäßig Sport betreiben.

Darf ich zusammenfassend sagen zur Gesundheitsvorsorge überhaupt. Jede Gesundheitsvorsorge beginnt zunächst einmal im Kopf. Wir sollten wissen, daß wir selbst für unsere Gesundheit viel mehr beitragen können als alle Ärzte zusammen. Gesundheitsvorsorge sollte uns unser ganzes Leben lang begleiten. Nicht erst, wenn wir 50 Jahre alt geworden sind, abgesehen davon, daß man schneller 50 wird, als man es zunächst glaubt. (11.44 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Keine Zusatzfrage.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 19 des Schülers Christian Fleck an Herrn Landesrat Tschernitz, betreffend die Ausländerproblematik. Ist der Genannte anwesend?

Schüler Christian Fleck: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung.

Landesrat Tschernitz (11.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Schülerlandtages!

Die Anfrage von Herrn Christian Fleck, betreffend Ausländerproblematik in der Steiermark, darf ich wie folgt beantworten: Vorerst darf ich aber Ihnen, meine jungen Damen und Herren, als Sozialreferent der Steiermärkischen Landesregierung und auch als das für das Flüchtlingswesen zuständige Regierungsmitglied recht herzlich danken für Ihr Engagement im Sozialbereich, das Sie an den Tag legen und das viele junge Steierinnen und Steirer in unserem Land durch das Mitwirken in vielen Projekten und Organisationen immer wieder zum Ausdruck bringen. Zu Ihrer Anfrage selbst kann ich Ihnen mitteilen, daß sich derzeit rund 3600 registrierte De-facto-Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in der Steiermark befinden. Das sind jene Kriegsflüchtlinge und Vertriebene, die keinen Asylantrag gestellt haben. Von diesen 3600 De-facto-Flüchtlings sind rund 1800 bei steirischen Familien untergebracht, denen an dieser Stelle für ihre humanitäre Haltung und ihre Hilfsbereitschaft ein aufrichtiger Dank gebührt. Alle übrigen De-facto-Flüchtlinge sind derzeit in Großquartieren der öffentlichen Hand, wie Kasernen, in Gasthöfen, Herbergen und bei Privatzimmervermietern, untergebracht. Neben den De-facto-Flüchtlings befinden sich noch 1600 Asylwerber für die Dauer des Asylverfahrens in steirischen Gasthöfen und Herbergen. Asylwerber, meine Damen und Herren, sind jene Ausländer, die beispielsweise wegen politischer oder rassistischer Verfolgung in Österreich um politisches Asyl angesucht haben. Die Verteilung und Zuweisung dieser Asylwerber erfolgt derzeit ausschließlich über das Bundesministerium für Inneres und entzieht sich somit einer Einflußnahme durch das Land Steiermark. Allerdings sind in diesem Bereich besondere Bestrebungen im Gange, den jeweiligen Bundesländern diese Verteilungskompetenz abzutreten, um eine Konzentration von Flüchtlingen und Asylanten in einzelnen Orten zu verhindern, was unter Umständen zu Schwierigkeiten führen könnte. Um diese umfassenden und schwierigen Probleme der Versorgung, Betreuung und Unterbringung von Kriegsflüchtlings besser gestalten zu können, haben wir bereits im Frühjahr dieses Jahres bei der zuständigen Rechtsabteilung 9 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ein Landesflüchtlingsreferat mit dem Ziel eingerichtet, die notwendigen Maßnahmen, welche im Rahmen einer guten und menschlichen Betreuung von Flüchtlingen notwendig sind, besser koordinieren zu können. Mit dem Landesflüchtlingsreferat ist es uns gelungen, ein effizientes Sozial- und Krisenmanagement zu gewährleisten und die Sorgen und Ängste unserer steirischen Bevölkerung gegenüber

Fremden abzubauen. Und wir werden auch in Zukunft, meine Damen und Herren, alle notwendigen sozialen und humanitären Voraussetzungen vor allen Dingen in Zusammenarbeit mit den Verantwortungsträgern in der Flüchtlingshilfe weiter ausbauen und weiter vorantreiben. (11.47 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte!

Schüler Christian Fleck: Sehen Sie eine Gefahr, daß in der Steiermark eine Situation entstehen könnte wie zum Beispiel in Rostock?

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Tschernitz: Ich glaube, daß diese Frage sich in der Steiermark nicht stellt, indem es uns gelungen ist, doch im Wege der Information vor allen Dingen auf der Basis einer hervorragenden Zusammenarbeit mit allen kirchlichen und allen privaten Wohlfahrts-trägern den Aufbau und die Unterbringung dieser Flüchtlinge so zu gestalten, daß es zu solchen Auseinandersetzungen nicht kommen dürfte. (11.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Danke, Herr Landesrat!

Wir kommen zur Anfrage Nr. 20 der Schülerin Simona Herzog an Herrn Landesrat Tschernitz, betreffend die ungünstigen Heimsituationen.

Ist die Genannte anwesend?

Schülerin Simona Herzog: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Ja. Herr Landesrat, ich bitte um Beantwortung.

Landesrat Tschernitz (11.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Anfrage der Schulsprecherin Simona Herzog beantworte ich folgendermaßen: Ich bin sehr froh, daß mit dieser Anfrage eine unserer wichtigsten Aufgaben in der Jugendwohlfahrt aufgegriffen wurde. Gerade dann, wenn aus verschiedensten Gründen Kinder nicht mehr von ihren Eltern großgezogen werden können, muß das Land Steiermark entsprechende Einrichtungen für jene Jugendlichen zur Verfügung stellen, die sonst keine Chance auf ausreichende Betreuung hätten. Zu diesen Einrichtungen zählen auch unsere drei Landesjugendheime in Hartberg sowie Rosenhof und Blümlhof in Graz.

Um das Betreuungsangebot in unseren Heimen für die jungen Menschen bestmöglich zu gestalten und nachhaltig zu verbessern, habe ich als zuständiger Jugendwohlfahrtsreferent der Steiermärkischen Landesregierung ein Konzept für die Umstrukturierung und Optimierung dieser Heime erstellen lassen. Mit dieser Reorganisation gibt es nun im erzieherischen Bereich eine wesentliche Verbesserung, da die Verhältniszahl erzieherisches Personal zu betreuten Minderjährigen in Anlehnung an internationale Schlüsselzahlen erhöht wurde. Durch die Verkleinerung der Heime und die Betreuung in Wohngruppen wurde das interne pädagogische Angebot nachhaltig verbessert und dadurch eine differenzierte und problemorientierte Betreuung vor allem im Rahmen der Intensiv- und Kriseninter-

ventionsgruppe möglich gemacht. Wurden im Jahr 1987 noch rund 80 bis 100 Jugendliche pro Heim untergebracht, so wurde diese Zahl auf 36 bis 46 reduziert. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß man daher heute nicht mehr von den früheren Großheimen sprechen kann, sondern von Einrichtungen, die ein vielfältiges Angebot an psychologischen und therapeutischen Hilfen anbieten. Als echte Alternative zur Heimbetreuung sehe ich die Unterbringung in Pflegefamilien. Die Beobachtungen der letzten Jahre haben ergeben, daß gerade Kinder mit speziellen Verhaltensauffälligkeiten durch die Betreuung von Pflegeeltern, die im Rahmen einer speziellen Schulung auf die besonderen Anforderungen hinsichtlich Betreuungsqualität und Belastbarkeit ausgebildet wurden, bessere Zukunftschancen haben. Leider gibt es heute viel zu wenig Menschen, die diese verantwortungsvolle Tätigkeit übernehmen wollen. Um den umfangreichen persönlichen Einsatz von Pflegeeltern anzuerkennen beziehungsweise die Zahl der Pflegeeltern entsprechend dem Bedarf an guten Pflegeplätzen zu erhöhen, muß meiner Meinung nach das Pflegegeld, welches das Land Steiermark für ein Kind in fremder Pflege bezahlt, in Zukunft wesentlich erhöht werden. Heuer, meine Damen und Herren, betrug das Pflegegeld für die Betreuung eines Minderjährigen unter zwölf Jahren 3600 Schilling monatlich, für die Betreuung eines über Zwölfjährigen 4000 Schilling, 1993 werden die Pflegegelder entsprechend erhöht werden. Aber im Vordergrund aller Bestrebungen und Betrachtungen muß auch in Zukunft das Wohl des Kindes stehen. (11.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 21 des Schülers Joachim Hotter an Herrn Landesrat Tschernitz, betreffend Information der Bevölkerung.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Joachim Hotter: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Tschernitz (11.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Anfrage von Herrn Joachim Hotter aus Feldbach, betreffend integrative Maßnahmen für Ausländer, darf ich wie folgt beantworten:

Die Steiermark ist wie andere Bundesländer mit steigenden Zahlen von De-facto-Flüchtlings aus Bosnien-Herzegowina, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen oder deren Rückkehr aus faktischen Gründen nicht möglich ist, konfrontiert. Weiters wird eine große Zahl von Asylwerbern, deren Asylverfahren zwar negativ abgeschlossen wurde, deren Abschiebung aber dennoch nicht möglich ist, in der Steiermark in der Zukunft verbleiben. Es ist daher jetzt schon abzusehen, daß sich dadurch doch Probleme hinsichtlich der Integration dieser Menschen ergeben werden, da derzeit die Voraussetzungen beispielsweise, was heute auch hier schon gesagt wurde, zum Erlernen unserer Sprache, zur Erlangung eines Arbeitsplatzes oder einer Wohnung für die Betroffenen kaum gegeben sind. Es sind auch Schwierigkeiten im schulischen Bereich und im Bereich der Jugendwohl-

fahrt damit zu erwarten. Daher ist es im hohen Maße erforderlich, bereits jetzt die notwendigen integrativen Maßnahmen zu setzen. Mit der Bereitstellung einer Schlafstelle und einer Mahlzeit ist es meiner Ansicht nach nicht getan. Hier wird ein Maßnahmenpaket ausgearbeitet sein, in welchem alle Bereiche einer effizienten Integrationspolitik enthalten sind.

Zu diesem Zweck habe ich im November dieses Jahres einen „Runden Tisch“ mit allen in der Flüchtlingshilfe tätigen Verantwortungsträgern einberufen. Morgen wird ein neuerliches Gespräch stattfinden, um dieses Maßnahmenpaket für das Jahr 1993 konkret zu besprechen.

In der Steiermark haben wir meiner Ansicht nach auch Weitblick bewiesen, bereits Anfang 1990 wurde die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlingshilfe gegründet. Dieser gehören neben allen maßgeblichen öffentlichen Stellen vor allem private Vereine und kirchliche Institutionen an, die sich mit der Betreuung und Beratung von Flüchtlingen, Asylanten und Asylwerbern befassen. Dies sind beispielsweise die Caritas, der Verein ISOP, der Verein Zebra oder der Verein Danaida. Diese Arbeitsgemeinschaft wurde schon damals mit dem Ziel ins Leben gerufen, das Entstehen von Vorurteilen oder gar Fremdenfeindlichkeit gegenüber Ausländern und Flüchtlingen in der Steiermark zu verhindern.

Wir wissen, wie Sie, meine Damen und Herren, daß im Zusammenhang mit dieser aktuellen Flüchtlings- und Ausländerproblematik in vielen Bevölkerungsschichten Ängste und ein Unbehagen vorhanden sind. Wir wissen, daß vor allem Jugendliche, die entweder arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder einfach keine Sinnperspektiven in ihrem Leben finden, besonders anfällig für ausländerfeindliche oder rechtsradikale Ideologien sind. Wir dürfen daher heute davor nicht die Augen verschließen und sind alle zu einer erhöhten Wachsamkeit aufgerufen. Ich darf Sie daher um Mithilfe ersuchen, wenn Sie wieder in Ihre Schulen zurückkehren, dies als Ergebnis des heutigen Tages mitzunehmen, daß die Steiermark weiterhin ein Ort der Mitmenschlichkeit bleiben soll. (11.57 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte sehr!

Schüler Joachim Hotter: Was glauben Sie, wann wird dieses Maßnahmenpaket in die Realität umgesetzt werden, und versprechen Sie sich einen Erfolg davon?

Landesrat Tschernitz: Ich bin davon überzeugt, daß auch dieser morgige „Runde Tisch“ erste konkrete Maßnahmen in diesem Bereich erbringen wird, wobei beim letzten Gespräch schon darauf hingewiesen wurde, daß gerade diese Wanderbewegung, die einsetzt, ja nicht enden wird mit jenen Kriegsflüchtlings, die derzeit in der Steiermark sind, sondern daß dieses Maßnahmenpaket zukunftsweisend sein soll. Ich glaube, daß es morgen erste, ganz konkrete Ansatzpunkte in diese Richtung geben wird und daß damit Vorsorge getroffen wird, daß, begonnen von der Sprache über die Beschäftigungspolitik, die Wohnbaupolitik bis hin zu einer echten Integration, es entsprechende Möglichkeiten in der Steiermark sicherlich geben wird. (11.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Wir kommen zur Anfrage Nr. 4 des Schülers Harald Hartmaier an Frau Landesrätin Waltraud Klasnic, betreffend den Unterrichtsgegenstand Politische Bildung.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Harald Hartmaier: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Frau Landesrätin, ich bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Klasnic (11.58 Uhr): Herr Präsident, Hoher Schülerlandtag!

Ich möchte nur kurz etwas klarstellen. Wir haben uns für diesen Landtag und für diese Fragestellung als Regierungsmitglieder so vorbereitet, als würde es eine Landtagssitzung sein. Wir wollten die Antworten unseren Kollegen im Landtag so geben. So wird die eine oder andere Antwort ausführlicher sein, ob es um ein Sachthema geht oder um eine umfassende politische Anfrage. In diesem Sinne werde ich mich bemühen, die restlichen vier Antworten zu geben. Sie sind in diesem Land zu Hause und haben von uns auch eine gute Antwort zu erwarten.

Die Anfrage des Harald Hartmaier als Jugendvertrauensrat zum Thema „Sehen Sie eine Möglichkeit, im Unterrichtsgegenstand Politische Bildung, welcher bereits an den Berufsschulen unterrichtet wird, spezielle Fachbereiche aus dem Berufsausbildungsgesetz beziehungsweise aus dem Kollektivvertrag von Spezialisten, welche nicht an den Berufsschulen tätig sind, Vorträge darüber abhalten zu lassen?“ beantworte ich wie folgt:

Vorerst muß ich festhalten, daß es sich bei der gegenständlichen Anfrage um eine Angelegenheit des Schulunterrichtsrechtes handelt, für dessen Vollziehung in der Steiermark der Landesschulrat zuständig ist.

Nach den mir gegebenen Informationen sind die im Unterrichtsgegenstand Politische Bildung tätigen Lehrer in der Steiermark durch die einschlägigen Institutionen (zum Beispiel Berufspädagogische Akademie, Pädagogisches Institut des Bundes in Steiermark) so ausgebildet, daß sie jederzeit in der Lage sind, nach Maßgabe des Lehrplanes – der die einzige Rechtsgrundlage für die Unterrichtserteilung darstellt – arbeitsrechtliche Themenbereiche ausreichend und selbständig zu vermitteln.

Gemäß dem für die Berufsschule maßgebenden Lehrplan soll in der für Themen aus dem Berufsausbildungsgesetz beziehungsweise dem Kollektivvertrag zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit ein Überblick über die relevanten Bestimmungen gegeben werden, und dazu sind – ja müssen sogar – die hierfür eingestellten Berufsschullehrer in der Lage sein.

Der Berufsschüler wird im Rahmen des einschlägigen Unterrichtes auch über die gesetzlichen Interessenvertretungen und deren Aufgaben informiert, so daß er in der Lage ist, sich an diese für arbeitsrechtliche Probleme zuständigen Stellen zu wenden, um spezielle Probleme mit den Fachleuten dieser Organisationen zu erörtern. Ich sage dazu, es geht um Rechte und um Pflichten.

Außerdem darf ich von der Annahme ausgehen, daß jeder mit dem Unterrichtsgegenstand Politische Bildung befaßte Lehrer dankbar sein wird, wenn er von kompetenter Seite gut aufbereitetes Arbeitsmaterial zusätzlich für die Unterrichtsgestaltung zur Verfügung gestellt bekommt.

Dafür ist und wird Sorge getragen. (12.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte!

Schüler Harald Hartmaier: Glauben Sie mir, Frau Abgeordnete Klasnic, die Antwort, die Sie mir gegeben haben, stimmt leider nicht. Denn ich war selbst Berufsschüler und weiß aus eigener Erfahrung, daß die Berufsschullehrer eben nicht kompetent genug sind, um zu verhindern, daß zum Beispiel Überstunden von Lehrlingen geleistet werden müssen, obwohl es eigentlich verboten ist, und diese dann obendrein nicht einmal entsprechend bezahlt werden. Daher möchte ich Sie noch einmal bitten, es eben doch zu ermöglichen, sachkundige Referenten zusätzlich zum normalen Unterricht an den Berufsschulen zuzulassen.

Präsident Dr. Klauser: Bitte, Frau Landesrat!

Landesrätin Klasnic: Ich darf diese Anfrage grundsätzlich so beantworten: Es gibt im Abstand von sechs Wochen Schulsprecherseminare, die von den einzelnen Berufsschulen beschickt werden. Das findet im engen Kontakt mit dem Landesschulrat statt, und zusätzlich haben wir gestern im Berufsschulbeirat wieder über das Thema gesprochen, um den Kontakt zwischen Arbeitgeber-, Arbeitnehmerorganisationen und den Berufsschulinteressen zu verstärken. Ich würde mir nur wünschen, daß die Eltern auch noch stärker eingebunden sind. (12.02 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Anfrage Nr. 5 des Schülers Wolfgang Schäfer an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, betreffend Instandhaltung und Ausstattung der steirischen Berufsschulen.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Wolfgang Schäfer: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Frau Landesrat, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrätin Klasnic (12.02 Uhr): Die Anfrage von Herrn Wolfgang Schäfer, Landesschulsprecher an der LBS 3 in Graz, beantworte ich folgend:

Es gibt in der Steiermark 26 Landesberufsschulen mit rund 27.000 Schülern.

Für diese jungen Leute muß in den nächsten Jahren eine massive Verbesserung der Berufsschulen Platz greifen.

Auf Grund der angespannten finanziellen Situation konnte die Bereitstellung von Mitteln im Berufsschulbereich nicht im erforderlichen Ausmaß erfolgen. Es ist daher ein großer Nachholbedarf entstanden.

Über meinen Auftrag wurde ein Konzept über den Finanzbedarf im Berufsschulwesen für die nächsten zehn Jahre erarbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit war,

daß für die Berufsschulen im Hinblick auf Einrichtung, Ausbau und Instandhaltung rund 1,2 Milliarden Schilling erforderlich sind.

So stehen im Jahr 1993 für die Ausstattung und Instandhaltung der Berufsschulen insgesamt rund 54 Millionen Schilling sowie für die Berufsschulzeitausweitung rund 30 Millionen Schilling zur Verfügung.

Um aber das Berufsschulkonzept in den kommenden Jahren umsetzen zu können, mußte eine Reihung der notwendigen baulichen Maßnahmen vorgenommen werden. Diese sogenannte Prioritätenliste habe ich in der Berufsschulbeiratssitzung am 14. Dezember 1992 bereits vorgestellt.

An der Spitze dieser Reihung stehen Neubauten von Unterrichtsräumen und Werkstätten auf Grund der Berufsschulzeitausweitung wie auch der dringende Um- und Ausbau der Landesberufsschule Bad Gleichenberg, der Zubau zur Landesberufsschule Gleinstätten, im Berufsschulzentrum Graz-St. Peter, um nur einige wichtige Vorhaben aufzuzählen.

Trotz dieser umfangreichen Liste bin ich zuversichtlich, daß es durch gemeinsame Anstrengungen gelingen wird, dieses Berufsschulkonzept innerhalb der nächsten zehn Jahre im wesentlichen zu realisieren.

Denn es ist uns bewußt, gut ausgebildete Facharbeiter werden gebraucht, sind gefragt und sind unsere Zukunft! (12.03 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Gibt es eine Zusatzfrage? Nein.

Anfrage Nr. 6 des Schülers Volker Wainig an Frau Landesrätin Waltraud Klasnic, betreffend Wirtschaftsförderung.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Volker Wainig: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Frau Landesrätin, ich bitte, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Klasnic (12.04 Uhr): In der Anfrage des Herrn Wainig – er ist Mitglied der Landesschülervertretung in Fürstenfeld – ist der erste Satz so wichtig. „Uns liegt gerade die Umwelt sehr am Herzen, deshalb möchten wir Sie fragen: Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, daß Wirtschaftsförderungen des Landes Steiermark nur dann vergeben werden, wenn ein positives Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt?“ Und dies hat sich wie ein Faden durch die heutige Fragestunde gezogen, daß die Umwelt der Jugend ganz besonders am Herzen liegt. Auch mir liegt die Umwelt am Herzen, und es wird die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte in unserem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz – zur Zeit finden darüber Parteienverhandlungen statt – ausdrücklich in den Zweck des Gesetzes aufgenommen werden. Selbstverständlich wird aber bereits jetzt auf Umweltbelange bei Betriebsansiedelungen und bei der Gewährung von Förderungsmitteln des Landes für solche Projekte Rücksicht genommen. Dies in mehrerlei Richtung, nämlich einerseits schon über die Raumordnung bei der Festlegung geeigneter Industriezonen, und andererseits beim jeweiligen Betriebsanlagengenehmigungsverfahren.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung selbst beziehungsweise im engeren Sinn ist ein sehr massives Instrument, welches gesetzlich derzeit nur bei Standortfestlegungen für Abfallbehandlungsanlagen zwingend vorgeschrieben ist. Seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie ist derzeit ein Entwurf für ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in Ausarbeitung, das voraussichtlich im nächsten Jahr vom Nationalrat beschlossen werden wird. Danach sollen Vorhaben, bei welchen auf Grund ihrer Größe oder ihres Standortes mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist, einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen sein. Dazu zählen zum Beispiel die thermische Behandlung von gefährlichen Abfällen, zum Beispiel Verbrennungsanlagen, größere Energieerzeugungsanlagen nach dem Luftreinhaltegesetz; Deponien; gewisse Eisenbahntrassen, Flughäfen, Flugfelder, Rohstoffgewinnungsanlagen, Wasserkraftanlagen, größere Chemieanlagen, Rodungen ab einer Fläche von 20 Hektar. Ferner kann in einzelnen Fällen auch bei bestimmten Anlagen seitens der Behörde ein Umweltverträglichkeitsgutachten verlangt werden. Wie Sie daraus ersehen können, wird es in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben sein, wann zwingend ein Umweltverträglichkeitsgutachten zu erstellen ist.

In dem Gesetz wird auch die Bürgerbeteiligung geregelt sein. Ich möchte jedoch festhalten, daß bereits jetzt bei vielen größeren Verfahren umfangreiche, auf Umweltfragen bezogene Gutachten erstellt wurden, um einerseits den Behörden eine sichere Entscheidungsgrundlage zu liefern und um andererseits auch die Akzeptanz für bestimmte Projekte bei der Bevölkerung zu erhöhen. Darüber hinaus werden in den Gewerberechtsverfahren, Wasserrechtsverfahren sowie naturschutzrechtlichen Verfahren zahlreiche Auflagen gemacht, um eine Gefährdung der Bevölkerung, aber auch eine ein bestimmtes Ausmaß überschreitende Beeinträchtigung der Umwelt hintanzuhalten beziehungsweise auszuschließen. Die Einhaltung aller dieser Auflagen gilt auch als Voraussetzung bei der Gewährung von Förderungen. Wie Sie daraus ersehen können, ist es einmal aus rechtlicher Sicht nicht möglich, sämtliche Investitionsförderungen auf das positive Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung abzustellen, zum anderen wäre es aber auch ökonomisch nicht gerechtfertigt, dies sowohl aus zeitlichen wie auch aus finanziellen Gründen. Sie dürfen nicht übersehen, daß allein die Prüfzeit im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen durchschnittlich etwa ein- einhalb Jahre beträgt – vorgeschrieben sind zwölf Monate – und daß eine seriöse Prüfung Kosten im Ausmaß von sicherlich einer Million Schilling verursacht. Überall dort jedoch, wo eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, wird diese stets eine der notwendigen Voraussetzungen für die Gewährung von Landesförderungsmitteln sein. (12.07 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 8 des Schülers Christian Kröll an Frau Landesrat Klasnic, betreffend den Semmeringbasistunnel.

Ist der Genannte anwesend?

Schüler Christian Kröll: Ja.

Präsident Dr. Klauser: Bitte, Frau Landesrat!

Landesrat Klasnic (12.08 Uhr): Die Anfrage des Herrn Christian Kröll lautet: „Was verhindert den Bau des Semmeringbasistunnels und der S 6 über den Semmering?“ Sowohl der Semmeringbasistunnel der Bahn als auch der Ausbau der Schnellstraße im Semmeringabschnitt sind wichtige Forderungen der Steiermark an den Bund, die auch im steirischen Gesamtverkehrsprogramm enthalten sind. Derzeit verhindern unterschiedliche Auffassungen zwischen den politischen Parteien, aber auch innerhalb der Rangordnung in den Bundesländern einen sofortigen Baubeginn des Semmeringbasistunnels. Zusätzlich ist auch das Ergebnis einer vom Verkehrsminister beziehungsweise der Hochleistungs-Aktiengesellschaft in Auftrag gegebenen Studie durch die Prognos abzuwarten. Das Bauvorhaben Semmeringbasistunnel, das über die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG. – einer eigens für den Ausbau neuer Eisenbahnstrecken gegründeten Gesellschaft des Bundes – abgewickelt wird, ist 22 Kilometer lang und wird nach den jetzt vorliegenden Kostenschätzungen rund 5 Milliarden Schilling erfordern. Die Verordnung der Trasse ist bereits erfolgt, die Ausschreibung für einen Pilotstollen wurde vorgenommen – aber noch nicht vergeben. Das eisenbahnrechtliche Verfahren wird im Frühjahr 1993 abgehandelt. Für den Ausbau der S 6 Semmering-schnellstraße kann der Bund derzeit die Budgetmittel von rund 4,3 Milliarden Schilling nicht sicherstellen. Aus diesem Grund wurde die Möglichkeit einer Bauträgervorfinanzierung, die auch ausgeschrieben wurde, geprüft. Der Abschluß eines Straßenlizenzvertrages zur Finanzierung, Errichtung und Betreibung der Semmeringscheitelstrecke ist noch nicht abgeschlossen, soll aber in den nächsten Monaten erfolgen. Diesem neuen Finanzierungsmodell mit einer Niedermaut über den Semmering kann von der Steiermark, und ich habe das in einer anderen Anfrage schon gesagt, nur dann zugestimmt werden, wenn bis zur Fertigstellung im Jahr 1997 ein gesamtösterreichisches Mautmodell umgesetzt ist. Die letzten Aufschlußbohrungen wurden bereits in Auftrag gegeben. Die Ausschreibung kann nach dem Vorliegen der Bohrergebnisse voraussichtlich im Frühjahr 1993 erfolgen, so daß ein Baubeginn noch vor Sommer 1993 möglich sein wird – das ist auch eine Frage der Sicherheit der dortigen Bewohner, zum Beispiel von Spital am Semmering.

Einige Informationen zum Projekt Semmeringscheitelstrecke:

Der Lückenschluß der S 6 von Maria Schutz bis Grautschenhof ist 12 Kilometer lang und beinhaltet drei Tunnelanlagen. Die Kosten dieses letzten großen Schnellstraßenbauloses in der Steiermark betragen, wie bereits erwähnt, 4,2 Milliarden Schilling. Die Verordnung der Trasse durch den Bund ist bereits erfolgt, so daß nunmehr die erforderlichen Grunderlösen zur Realisierung des baureifen Projektes durchgeführt werden können. Eines kann man aber für beide Projekte sagen, für den Basistunnel und für die Scheitelstrecke: Man muß an Projekte glauben, fixe Ziele und Vorstellungen haben, um Be- und Verhinderungen entgegenzuwirken. (12.11 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Zusatzfrage? Bitte sehr!

Schüler Christian Kröll: Neben dem Semmering-tunnel gibt es auch die Idee eines Koralmtunnels. Ich möchte Sie daher fragen, gibt es derzeit konkrete Vorstellungen über einen solchen Tunnel?

Präsident Dr. Klauser: Frau Landesrat, bitte!

Landesrat Klasnic: Es gibt zum Koralmtunnel eine umfassende Machbarkeitsstudie, zusammengefaßt im Projekt Südostspange. Sie sollte über Wien, Schwechat, Burgenland, Steiermark, Richtung Kärnten bis zur oberitalienischen Grenze führen. Die Machbarkeitsstudie ist nur einmal eine Vorlage. Zur Zeit wird vom Minister gemeinsam mit den Bundesländern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die prüft, daß die notwendigen raumordnungstechnischen Maßnahmen und Flächensicherungen vorgenommen werden. Wir würden uns als Steirer wünschen, daß der Koralm-tunnel bald gebaut wird. Wir haben auch den Antrag gestellt, daß die Strecke zur Hochleistungsstrecke erklärt wird. Wir sind unterwegs, und es ist auch im Projekt „Neue Bahn“ im überparteilichen Gremium als Wunsch enthalten. (12.12 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich komme nun zur Tagesordnung, zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Schüler-Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag, betreffend Rechtsradikalismus.

Berichterstatte ist der Schüler Achim Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Schüler Achim Ertl (12.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landesregierung und Abgeordnete, werde Zuseher, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im größten Ausschuß, dem für Arbeit und Soziales, geleitet von Stefan Hausberger, haben wir über Jugendkriminalität, Lehrlingsfragen, vor allem aber über die Ausländerproblematik diskutiert. Es bestand für uns kein Zweifel, daß dies das bedeutendste Thema in der Innenpolitik der letzten Jahre darstellt. Es war uns auch klar, daß wir in zwei Nachmittagen unserer gemeinsamen Vorbereitungszeit hier keine allgemeingültige Lösung finden können. Es war uns aber wichtig zu versuchen, die Wurzeln dieses Problems zu ermitteln, einfach eine Gefahr zu sehen, eine Gefahr, die sich vor allem in den Köpfen, aufbauend teilweise auf unhaltbaren Vorurteilen, abspielt.

Es ist unserer Meinung nach eine Angst der Reichen vor den Armen, der Gesättigten vor den Hungernden. Eine Angst, aus der oftmals – unserer Meinung nach zu oft – politisches Kleingeld geschlagen wird.

In diesem Sinne bitte ich den Schülerlandtag, folgenden Antrag zu beschließen, in dem es uns vor allem auch darum gegangen ist, potentielle Ausländerfeindlichkeit in ihren Wurzeln zu erfassen und zu bekämpfen.

Der Schülerlandtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert: a) eine umfassende Informationskampagne über die Gefahren des Rechtsradikalismus, die über

die Ideologie von rechtsradikalen Bewegungen und über die rechtlichen Konsequenzen von rechtsradikalen Aktivitäten aufklärt, insbesondere für die Schulen in die Wege zu leiten, und b) eine Förderung von Jugendorganisationen für derartige Aktivitäten vorzusehen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 12.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Ich verweise darauf, daß nach der vereinbarten Regelung kein Redner länger als fünf Minuten reden darf. Bei Überschreitung der Redezeit ist mit einem Wortentzug zu rechnen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Herwig-Hakan Mader.

Schüler Herwig-Hakan Mader (12.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter hoher Schülerlandtag!

Zu unserem Antrag haben wir bereits gesagt, daß wir eine umfassende Informationskampagne wollen. Wie soll so eine Informationskampagne aussehen? Wie soll sie aussehen, daß nicht einfach Unmengen von Papier verschwendet werden, in schöne Bücher und Broschüren verpackt, und dann liest sie keiner. Oder man interessiert sich nicht dafür. Ich glaube, wir müssen das ohne erhobenen Zeigefinger angehen. Wir dürfen nicht sagen, es ist schlecht, was ihr macht, sondern wir müssen Alternativen anbieten. Wir müssen sagen: Warum tut ihr das. Es geht doch anders, es geht besser. Wir müssen also weniger auf die negativen Seiten der Neonazis eingehen, sondern mehr auf die positiven, die Multikulturalismus zum Beispiel mit sich bringt. Denn Multikulturalismus hat entscheidende Vorteile, und die dürfen wir nicht vergessen. Vor allem müssen wir die auch wieder herausstreichen. Denn dann kommen die Jugendlichen, die in Gefahr sind, in rechtsextreme Kreise zu kommen. Dann werden die sich hüten, in diese Kreise zu kommen, weil sie wissen es besser, und sie wissen, daß das nicht die ideale Lösung ist.

Weiters finde ich, daß es wichtig ist, daß wir den Medien eine vollkommen neue Rolle zuordnen. Denn wenn jedes Mal, wenn eine rechtsextreme Ausschreitung war, sie das auf die erste Seite der Zeitungen geben, dann findet das sehr schnell Nachahmer, und dann werden immer mehr Ausländerheime angezündet, dann werden immer mehr Brandbomben geworfen. Die Medien sollten dieses Thema nicht totschweigen, aber sie sollten es von den Titelseiten verschwinden lassen, denn es gibt weitaus Wichtigeres auf dieser Welt. Ich finde, wir sollten ins Thema Lifestyle gehen. Wir sind leider an einem Punkt, wo es heißt, es ist in, rechtsradikale Musik zu hören, es ist in, so rumzulaufen, es ist in, Doc-Martens-Stiefel zu tragen. Warum gibt es keine Gegenbewegung? Wir haben wunderbare Musiker. Ostbahnkurti sagt zum Beispiel: „Lieber Inländer-Rum, statt Ausländer raus“. Gestern hat es erst wieder in Deutschland ein Konzert gegeben „Heute die, morgen du“. Ich finde, wir müssen einfach mehr darauf eingehen. Wir müssen Rechtsradikalismus schlicht und einfach out machen. Denn dann, wenn niemand mehr rechtsradikal sein will, wird es ein Gottfried Küssel sehr schwer haben. Ich finde, für mich heißt „Österreich zuerst“ auch „Toleranz zuerst“. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.19 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Schüler Joachim Hotter.

Schüler Joachim Hotter (12.19 Uhr): Sehr geehrte Anwesende!

Wenn man über die Ausländerproblematik zu diskutieren beginnt, so sollte man sich vielleicht Gedanken darüber machen, das Wort Ausländer nicht zu verallgemeinern zu verwenden. Denn nicht alle Ausländer sind Flüchtlinge, die gerne in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gestellt werden und für zahlreiche Schwierigkeiten und Probleme verantwortlich gemacht werden. Es gibt auch andere Ausländer. Anzuführen wären hier zum Beispiel Touristen, ohne deren Devise es dem österreichischen Staat nicht möglich wäre, das jährliche Handelsdefizit auszubessern. Weiters gäbe es hier noch legal angemeldete, mit Arbeitsgenehmigung ausgestattete Gastarbeiter, die zum größten Teil Arbeiten verrichten, für die kein sogenannter Inländer mehr zu haben ist. Von den illegalen Gastarbeitern gar nicht zu reden. Diese müssen oft für einen Hungerlohn ihre Arbeit verrichten, werden von österreichischen Unternehmern nicht angemeldet, das heißt, sie genießen dann auch keine soziale Unterstützung, sprich Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung und so weiter. Dann gäbe es noch die ausländischen Sportler, mit denen sich Österreich gerne profiliert. Wichtig ist es auch – glaube ich –, einige Fakten auf den Tisch zu legen, so zum Beispiel bezahlen ausländische Arbeitskräfte in Österreich mehr an die Arbeitslosenversicherung, als sie dann im Endeffekt durch Arbeitslosengelder zurückbekommen. Erst nach Berücksichtigung solcher Fakten sollte man über Asylanten und Flüchtlinge urteilen. Denn sie bilden wirklich nur einen Teil der sich in Österreich befindlichen Ausländer. Solange die wirtschaftliche Unterstützung und die Zuwanderung von Ausländern, sprich Flüchtlingen, in einem Maße geschieht, das für Österreich verkraftbar ist, sollte man wirklich eine Hilfeleistung gewähren. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 12.22 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist die Schülerin Alice Prutsch. Ich erteile es ihr.

Schülerin Alice Prutsch (12.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Jugendkriminalität, ein wachsendes Problem unserer Gesellschaft. Was führt Jugendliche nun in die Kriminalität? Sind es Fehler in der Erziehung, die oft durch die berufliche Tätigkeit beider Elternteile entstehen? Die Kinder werden Dritten oder sich selbst überlassen, und Geld ist kein Ersatz für elterliche Liebe. Oder ist es das soziale Umfeld, das den Jugendlichen negativ beeinflusst? Durch unzureichende Ausbildung können spätere berufliche Anforderungen nicht erfüllt werden. Die Folge davon ist ein frustrierter Jugendlicher, der kein Lebensziel vor Augen hat. Es könnte aber auch eine Auflehnung gegen bestehende Normen der Gesellschaft und der Erziehung sein. Dies spielt sich oft nur in der pubertären Phase ab und legt sich mit dem Heranwachsen. Aber wahrscheinlich ist nicht nur ein Faktor allein entscheidend für das Abgleiten der Jugendlichen in die Kriminalität. Welche Möglichkeiten hat nun der Staat, hier helfend einzugreifen? Ein Vorschlag wäre die Unterstützung von Jugendorganisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Jugendliche zu motivieren, ihnen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen und ihnen einfach Halt im Leben geben.

Ein Projekt, das sowohl vom Land als auch von der Kirche getragen werden könnte. Denn die Jugend von heute ist der Staat von morgen. Weiters sollte die Attraktivität der Lehre beziehungsweise der Schule verbessert werden, damit der junge Mensch eine bestmögliche Ausbildung erhält und somit Erfüllung in seiner Arbeit findet. Ein Anreiz wäre sicher die Hebung der Lehrlingsentschädigung. Doch wie können wir straffällig gewordenen Jugendlichen helfen? Erzieherische Maßnahmen in einem Heim sind meiner Meinung nach nicht immer zielführend, da nicht optimal auf die Probleme des einzelnen eingegangen werden kann und die Geborgenheit der Familie fehlt. Zur Zeit ist dies aber die einzige Möglichkeit für besonders schwere Fälle. Die Wiedereinführung in die Gesellschaft von kriminellen Jugendlichen kann nur schrittweise erfolgen. Die Beistellung eines Bewährungshelfers ist hier von großem Nutzen. Wichtig ist vor allem, die Neigungen und Talente zu erkennen und zu fördern. So soll eine Basis für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn geschaffen werden. Die Verfehlung in der Vergangenheit darf aber kein Hindernis in der Job- oder Wohnungssuche sein. Dies verlangt natürlich eine Toleranz unsererseits. Mit dem Erwachsenwerden erkennt der Jugendliche zumeist die Folgen seines falschen Handelns, doch dann befindet er sich oft in einer Sackgasse. Durch unsere Hilfeleistung soll ihm eine Chance für eine gesicherte Zukunft gegeben werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 12.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Die nächste Wortmeldung stammt von Josef Feldhofer. Ich erteile ihm das Wort.

Schüler Josef Feldhofer (12.26 Uhr): „Schaut euch die heutige Jugend an! Schlägern Gastarbeiter, arbeiten nichts, und jetzt zünden sie auch noch Asylantenheime an!“

Hoher Schülerlandtag! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Dies ist ein Vorwurf, der uns sehr häufig gemacht wird. Wie es scheint, ist er auch durchaus berechtigt. Schlägern sich irgendwo Gastarbeiter, ist die Jugend beteiligt. Jugendliche werfen auch Molotowcocktails auf Asylantenheime, und Jugendliche sind es doch auch, die sich zunehmend rechtsradikal betätigen. Es ist ein Glück, daß diese Jugendlichen in der Minderheit sind. Es ist meiner Meinung nach noch lange nicht die Situation gegeben, daß man sagen kann, schaut euch die Jugend von heute an. Denn es sind auch Jugendliche, die auf die Straße gehen, um gegen Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren. Es sind Jugendliche, die Aktionen starten und gegen den Rechtsradikalismus agieren. Natürlich dürfen wir dabei eines nicht vergessen: Wir Jugendlichen bleiben die Hauptansprechgruppe der rechtsgerichteten Szene. Gesetzt den Fall, ein Jugendlicher sucht sozialen Anschluß in einer Gruppe. Er findet folgende Situation vor: einerseits Turnvereine, eventuell einen Schießklub, und dann noch Organisationen, wie katholische Schülerinnenjugend, Union Höherer Schüler oder die Schülervertretungen, um die weitgehend parteiunabhängigen zu nennen. Die Entscheidung dieses Jugendlichen wird nach der Attraktivität der jeweiligen Organisation fallen. Wenn sie jetzt fällt für den Turnverein oder für den Schießklub, so ist daran eigentlich nichts Schlimmes.

Das Problem dabei ist nur, daß sich die radikale Szene zunehmend unter gerade solchen Decknamen verbirgt.

Ich habe eingangs die Attraktivität genannt. Attraktivität, das heißt Aktion. Und um Aktionen zu setzen, benötigt man, wie in der Frage bereits richtig genannt wurde, einerseits Ideen, andererseits auch engagierte Leute, und noch ein Drittes, nämlich das leidige Geld. Und hier ist der Ansatzpunkt gegeben. Die bestehenden Jugendorganisationen können nur dann Aktionen starten, wenn ihnen auch genügend Finanzhilfe zur Verfügung gestellt wird. Daher unsere Aufforderung an die Landesregierung: Unterstützen sie die Jugend auch verstärkt finanziell. Es muß uns gelingen, die Masse der Jugendlichen anzusprechen und auf diesem Wege gegen Jugendkriminalität und Neonazismus entscheidende Akzente zu setzen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 12.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächstem Redner erteile ich Gerald Kretschmer das Wort.

Schüler Gerald Kretschmer (12.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren!

Es ist heute in unserem Alltag und überall zu beobachten, daß immer mehr rechtsorientierte Gruppen und auch rechtsorientierte Einzelpersonen auftreten. Viele von denen sind sich dessen bewußt, was sie tun, viele von denen machen es sozusagen mit voller Absicht. Aber es gibt einen, glaube ich, nicht so kleinen Prozentsatz von Leuten, die sich einfach nicht vorstellen können, was sie jetzt von der rechtlichen Seite her erwartet, wenn sie sich an ausländerfeindlichen Aktionen oder überhaupt rechtsradikalen Aktionen beteiligen. Wir von der Schülervertretung, von unserem Ausschuß, sind der Meinung, daß wir dort ansetzen müssen. Wir glauben, daß wir einen Zuwachs, wenn auch nicht stoppen, sondern vielleicht ein bißchen durch Abschreckung vermindern können, indem wir die Leute einfach darauf aufmerksam machen, so, wie ihr das macht, so geht das nicht, und so ist das illegal, und es ist auch mit nicht sehr kleinen Strafen zu rechnen. Weiters sind Novellen da, die die Bestrafungen betreffen. Es gibt neue Gesetze. Früher war das Verbotsgesetz generell so gehalten, daß für jegliche Wiederbetätigung mit einer lebenslangen Haftstrafe zu rechnen ist. Aus diesem Grund wurde sehr oft von einer Bestrafung abgesehen – verständlicherweise. Kleinere Delikte können einfach nicht mit lebenslanger Haft bestraft werden. Wir wollen hier ansetzen. Wir wollen hier helfen. Wir wollen hier Jugendliche aufklären. Wir wollen ihnen sagen, was sie erwartet, sie so abschrecken und sie so vielleicht vor einem Irrtum bewahren, den sie eigentlich gar nicht beabsichtigt eingehen. Und das ist der Grund, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 12.33 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Josef Mantl. Ich erteile es ihm.

Schüler Josef Mantl (12.34 Uhr): Hochverehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Landesregierung, Hoher Schülerlandtag, liebe Freunde und Kollegen!

Ich möchte in meiner Wortmeldung noch einmal auf das Ausländervolksbegehren zurückkommen, über

dessen zwölf Punkte sich sehr wohl nicht alle im klaren sind. Es sind alle zwölf Punkte mehr oder weniger widerlegbar, wobei natürlich manchen Teilen eine gewisse Richtigkeit zuerkannt wird. Weil hierfür keine Zeit besteht, möchte ich mich auf den zweiten Punkt beschränken. Dieser lautet: Es wird ein Einwanderungsstopp bis zur befriedigenden Lösung der illegalen Ausländerfrage, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und die Senkung der Arbeitslosenrate auf 5 Prozent gefordert. Natürlich ist eine geregelte Einwanderungspolitik erwünscht und wird auch von der Bundesregierung praktiziert. Ein absoluter Einwanderungsstopp aber ist sowohl humanitär als auch wirtschaftlich abzulehnen. Außerdem würde er die UNO-Menschenrechtskonvention verletzen, die das Recht auf Familienleben und Familienzusammenführung beinhaltet.

Kein demokratischer Staat der Welt hat eine derart menschenverachtende Regelung. Das Volksbegehren ist also, zusammenfassend gesehen, eine unnötige Fleißaufgabe, die uns im Ausland nur schadet und im Inland kein einziges Problem wirklich löst. Die Konsequenz, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann daher nur ein klares Nein sein. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 12.35 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Ich erteile als nächstem Redner dem Schüler Peter Hauk das Wort.

Schüler Peter Hauk (12.36 Uhr): Ich möchte hier einige Vorurteile gegen Ausländer entkräften, auf die sich zum Teil die FPÖ in ihrem Volksbegehren stützt. Es wird immer gesagt, Ausländer überfremden uns. Müssen wir wirklich Angst vor Kebab und Sirtaki haben, wo wir uns nicht vor Rock 'n' Roll und Steaks fürchten? Im internationalen Vergleich ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung sehr gering. In der BRD, in Belgien und in Frankreich liegen die Vergleichswerte zwischen 9 und 10 Prozent. In der Schweiz bei 17 Prozent und in Luxemburg bei 26 Prozent. Alle Langzeituntersuchungen zeigen übereinstimmend, daß eine zuwandernde Gruppe sich im generativen Verhalten an die Einheimischen anpaßt. Auch die Kinder und Kindeskiner der zwischen 1890 und 1910 nach Wien eingewanderten Menschen aus Ost- und Südosteuropa sind heute echte Wiener und auch Österreicher. Bürgermeister Dr. Zilk sagte einmal: „Hinter dem schwammigen und negativ besetzten Begriff des Wirtschaftsflüchtlings steckt ein potentieller Einwanderer. Ein Mensch, der vom Leistungswillen geprägt ist, der von Null an eine neue Existenz zu gründen bereit ist.“ Ich finde, wir sollten uns einmal durch den Kopf gehen lassen, warum Österreich heute eine so großartige und starke Nation ist. Österreich vereinigt viele positive Charaktere und Vorzüge verschiedenster europäischer Kulturen in sich.

Ein weiteres Vorurteil ist, die ausländischen Kinder würden den Schulerfolg von uns Schülern behindern. Dem ist meiner Meinung nach nicht so. Schon in der Volksschule sollten die jungen Staatsbürger mit dem ihnen bis dahin Fremden konfrontiert werden. Ausländische Mitschüler können in diesem Sinne eine multikulturelle Erziehung sicherlich unterstützen. Jedoch sollte man sich nicht nur darauf beschränken. Eine verstärkte Aufklärung in Schulen über fremde Kulturkreise, speziell der Herkunftsländer der in Öster-

reich befindlichen Ausländer, wäre dringend erforderlich. Auch sollte im Rahmen der Politischen Bildung auf die aktuellen Situationen eingegangen werden. Kinder und Jugendliche sollten so früh wie möglich über Ausländerfeindlichkeiten und Rechtsradikalismus informiert werden. Eine persönliche Meinungsäußerung durch Lehrer gegen Rechtsradikalismus sollte unbedingt gewünscht werden, obwohl laut Meldung von verschiedenen Tageszeitungen Landesrat Schmid gegen eine solche freie Meinungsäußerung eingetreten ist. Mir scheint, die Unterdrückung von persönlichen und nicht parteivorstandskonformen Meinungen ist jüngst in das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei aufgenommen worden. Jedoch sollten solche – meiner Meinung nach demokratiefeindliche – Handlungen innerhalb der Partei bleiben. Die FPÖ nennt das Volksbegehren „Österreich zuerst“. Ich nenne es „Ausländer-raus-Volksbegehren“. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 12.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als letzte Schülerwortmeldung habe ich die von Wolfgang Schäfer. Ich erteile ihm das Wort.

Schüler Wolfgang Schäfer (12.40 Uhr): Hoher Schülerlandtag! Verehrter Herr Landtagspräsident!

Zuerst möchte ich die Möglichkeit ergreifen, um mich als Landesschulsprecher für Berufsschulen herzlich zu bedanken beim Herrn Landeshauptmann und dem ganzen Landtag für die Möglichkeit, daß auch unsere Schulsparte an diesem heutigen Tag teilnehmen darf.

Zum Thema: Wir haben uns in diesem Ausschuß auch die Frage gestellt, wie es dazu kommt, daß Jugendliche in unserem Alter überhaupt dem Rechts-extremismus zusprechen. Wir sind zur Überzeugung gekommen, daß es nicht möglich sein kann, daß von den Tätern, die bei Überfällen auf Ausländer ergriffen werden, 60 Prozent der Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren angehören, also in unserem Alter sind. Und wie es möglich ist, daß Jugendliche in unserem Alter Brandbomben werfen und Parolen rufen, die zwei Generationen hinter ihnen vorgekommen sind. Der Grund dafür ist meist eine Ziellosigkeit, die in der heutigen Jugend leider meistens vorhanden ist. Von Parteien und Kirche enttäuscht, vom Elternhaus oft vernachlässigt oder nicht richtig ernst genommen, suchen diese Jugendlichen eine Gruppe, die ihnen Ziele setzt. Und diese Gruppen sind leider im Rechtsradikalismus vorhanden. Es sind aber nicht nur ihre Ziele hier repräsentiert, sondern auch klare Fronten der Gesellschaft, eine eindeutige Wertung von Gut und Böse, einfache Erklärungen für Arbeitslosigkeit und dergleichen. Außerdem wird ihnen durch ihre Kleidung und ihre Aufmachung und ihr gesamtes Gedankengut eine Aufmerksamkeit zuteil, die sie sonst zuerst nur gesucht haben. Nicht zuletzt bietet ihnen der Rechts-extremismus die Möglichkeit, Emotionen ungehindert und ungefiltert auszuleben, wie sie dies sonst im normalen Leben nur selten haben. Was wäre naheliegender, als diese Emotionen gegen Randgruppen der Gesellschaft zu richten, wie Asylwerber, Gastarbeiter, Angehörige anderer Religionen, Homosexuelle und so weiter. Was passiert, wenn Jugendliche von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, entnehmen wir leider ständig den Tageszeitungen. Wie aber sind diese Greueltaten zu verhindern? Wie ist es überhaupt mög-

lich, daß Jugendliche solchen Ideologien zusprechen? Wie kann man das überhaupt verhindern? Nicht nur durch Gesetze und Aktionen der Regierung kann etwas verändert werden, sondern – meiner Meinung nach – vor allem auch durch uns, durch die Jugend dieses Staates und dieses Landes. Wir, die wir meist im gleichen Alter wie diese Jugendlichen sind, müßten eigentlich durch persönliche Gespräche, Aktionen und Veranstaltungen in der Lage sein, diese rechts-extremen Gruppen vor neuerlichem Zulauf nicht zu bewahren, aber den neuerlichen Zulauf zu diesen rechts-extremen Gruppen zu verhindern. Und wenn uns allen zusammen dieses gelingen sollte, gibt es meiner Meinung nach auch keinen Grund, sich über die Jugend, sprich die Zukunft des Landes, Sorgen zu machen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.43 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (12.43 Uhr): Herr Präsident! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Wenn ich hier als erster Abgeordneter das Wort ergreifen darf, dann tue ich mir sehr leicht. Ihr habt es mir eigentlich zu leicht gemacht, denn ich muß sagen, ich bin sehr positiv von dem überrascht, was ich von euch gehört habe, von der sachlichen Diskussion, die schon in den Ausschüssen war, vom großartigen Engagement, das man hier spürt, und auch von den inhaltlichen Standpunkten. Ich muß das ganz offen sagen, da freut man sich. Ich könnte es jetzt so sagen: Ich fühle mich eigentlich eurer Fraktion zugehörig, oder anders herum gesehen, ihr könntet auch von meiner Fraktion sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Auch von unserer!“) Ich meine keine parteipolitische Fraktion, sondern von den Inhalten, Herr Landesrat Schmid. Von den Inhalten, das ist das Entscheidende!

Ich unterstütze euch sehr in eurem Wunsch nach Integration von Schwachen, von Behinderten, von Flüchtlingen, in eurem Wunsch, nicht auszugrenzen, sondern miteinzubeziehen. Und wenn ihr hier für mehr Toleranz plädiert habt, der Kollege, er jetzt so eifrig schreibt, ich glaube, er hat als erster gesprochen. Dann ist es genau der Standpunkt, um den wir uns bemühen müssen, die als Abgeordnete hier stehen. Ich bin Kollegen Mantl sehr dankbar, der hier gesprochen hat, und seiner klaren Absage an alle ausländerfeindlichen Umtriebe. Ich bitte euch, diese klare Sprache auch in den Schulen zu finden, wo ihr gewählte Vertreter seid. Ich bin zuversichtlich, da ich so deutlich gemerkt habe, daß ihr die Kernprobleme, die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, erkannt habt, daß wir es in Österreich mit eurer Hilfe verhindern können, daß es bei uns ein Rostock, ein Mölln gibt. Das erfordert viel Arbeit, und da bin ich auch bei einem Punkt, wo ich nicht ganz mit Kollegen Feldhofer übereinstimmen kann, wenn er gemeint hat, er hat hier den Landeshauptmannstellvertreter angesprochen, mehr Geld! Euer Engagement kann durch noch so viel Geld des Landes nicht ersetzt werden. Broschüren auf Hochglanzpapier und noch so aufwendig gemacht werden uns die Ausländerfeindlichkeit nicht beseitigen, sicherlich nicht. Wenn es uns gelingt, dann seid ihr gefordert, dann sind wir gefordert, daß wir uns tagtäglich darum bemühen, auch um jene Jugendlichen, die am Rande unserer Gesellschaft

stehen. Ich kenne auf Grund meiner beruflichen Arbeit solche Jugendlichen, die nie Familie miterleben konnten, die von einem Pflegeplatz zum anderen geschickt worden sind bis ins Jugendheim, dann als Endstation mit Zwischenstationen vielleicht in Jugendgefängnisse. Diese Jugendlichen, die keine Geborgenheit kennen, die sind dann willfähige Opfer für andere, die sehr gerne hetzen und verhetzen.

Ich war selbst lange Schulsprecher und Landeschulsprecher. Ich kenne sozusagen beide Seiten, die Seite des Schulsprechers und des Schülervertreters und nun auch jene des Politikers. Es ist mir heute wieder etwas bewußt geworden, was ich auch hier ansprechen möchte. Es darf nicht als so selbstverständlich hingestellt werden, daß die Schüler von den Eltern, von den Lehrern und von den Politikern zu lernen haben. Oft ist es umgekehrt. Da kann die Erwachsenengeneration sehr viel von der jungen Generation lernen, und sie muß sich auch bemühen, mehr auf die Jugend hinzuhören. Ich hoffe, daß es uns heute mit diesem Schülerlandtag gelungen ist.

Daher bin ich auch, ich möchte nicht zu lange reden, schon am Schluß meiner Ausführungen. Ich hoffe, daß wir das Angebot annehmen, das Landeshauptmann Krainer heute in den Raum gestellt hat, daß wir uns öfter treffen, nicht so formalistisch wie heute, in einer lockeren Atmosphäre bei einem Schülerforum zusammenkommen. Ich hoffe, daß diese Initiative in die Tat umgesetzt wird und daß so ein ständiger Dialog entsteht zwischen euch, den gewählten Schülervertretern, und uns, den gewählten Volksvertretern. In diesem Sinne hoffe ich auf einen guten Beginn einer langen Zusammenarbeit. (Allgemeiner Beifall. – 12.46 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (12.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es stimmt mich traurig, daß wir heute wieder mit Ausländerhaß und Rechtsradikalismus konfrontiert sind. Aber ich bin froh darüber, daß Sie, liebe Jugendliche, sich mit dieser Problematik ernsthaft auseinandersetzen. Ihre Diskussionsbeiträge spiegeln die Ängste, die Verunsicherung und die scheinbare Hilflosigkeit der Bevölkerung wider.

Eines steht fest: Die auftretenden rechtsradikalen Gruppierungen und Gesinnungen sind von uns allen sehr ernst zu nehmen. Wir haben in einer Zeit, in der durch die Kriegswirren in Bosnien immer mehr Menschen Schutz und Hilfe in Österreich suchen, Vorsorge zu treffen, daß die gesetzlichen und auch emotionalen Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben von In- und Ausländern in unserem Lande geschaffen werden.

Zu den gesetzlichen Voraussetzungen:

In Differenzierung der verschiedenen Gruppen von Ausländern wurden vier Gesetze geschaffen, die die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich regeln. Das Asylgesetz – seit 1. Juni des Jahres in Kraft – garantiert, daß Konventionsflüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mußten, in Österreich Aufnahme finden. Das Bundesbetreuungsgesetz, das Aufenthaltsgesetz so-

wie das Fremdenrecht – die beiden letzteren werden nächstes Jahr in Kraft treten – runden die Palette ab. Das bereits seit 1990 gültige Ausländerbeschäftigungsgesetz richtet sich vor allem gegen illegale Beschäftigung von Ausländern, die manchmal hiebei regelrecht ausgebeutet werden.

Es steht neben diesen Gesetzen fest, daß Österreich der humanitären Pflicht, den Opfern des Krieges im ehemaligen Jugoslawien zu helfen, auch weiterhin nachkommen wird. Für rund 60.000 Kriegsflüchtlinge wird gesorgt. Österreich wird aber auch nach wie vor die Unterstützung der westeuropäischen Staaten bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik einfordern.

Die gesetzlichen Regelungen und Integrationsmaßnahmen, die in unserem Bundesland getroffen wurden, wurden von Herrn Landesrat Tschernitz in seiner Anfragebeantwortung bereits dargelegt.

Erwähnenswert für unser Bundesland ist, daß Steiermark mit den sich bei uns befindlichen 1600 Asylwerbern einen Bundesanteil von 20,4 Prozent hält. Nach der Quote der Bundesbetreuungsverordnung hingegen hätte die Steiermark nur 17,25 Prozent aller Asylwerber Österreichs aufzunehmen gehabt. Sehr positiv zu unterstreichen ist die Tatsache, daß von den sich bei uns aufhaltenden 3600 Kriegsflüchtlingen rund die Hälfte in privaten Familien untergebracht sind. Das ist großartig und weckt positive Emotionen.

Emotionen sind gut. Jeder Mensch soll und muß Emotionen haben. Gefährlich werden diese Emotionen aber dann, wenn sie im Unterbewußtsein in eine Richtung gesteuert werden, wenn sie von Demagogen kanalisiert und mißbraucht werden, wenn sie nicht aus Sachdiskussionen resultieren, sondern Folge von minderheitenfeindlichen und menschenverachtenden Hetzkampagnen sind, die diese Emotionen bezwecken. Als Beispiele dieser Hetzkampagnen möchte ich das Ausländervolksbegehren oder die jüngst erfolgte Anprangerung von Lehrern nennen, die im Rahmen des Unterrichtsfaches Politische Bildung ihrem demokratiepolitischen Auftrag nachkommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Partei politischen, nicht demokratiepolitischen! Von dem rede ich nicht!“) Die Betonung ist ausdrücklich auf Demokratie, Herr Landesrat! Sie können sich nachher noch zu Wort melden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich rede vom parteipolitischen Auftrag!“) Bitte, Sie können sich dann nachher noch zu Wort melden.

Bis jetzt waren wir mit extremen Auswüchsen von Ausländerfeindlichkeit, die im benachbarten Ausland zu massiven rechtsradikalen Handlungen führten, Gott sei Dank noch nicht konfrontiert. Wir müssen aber alle wachsam sein – (Präsident Dr. Klauser: „Ich bitte um einen Fünf-Minuten-Beitrag!“) ich bin schon am Ende – und dürfen zwei Grundwerte meiner Meinung nach absolut nicht vernachlässigen: Die Vernunft – um negativen Manipulationen der Emotionen standzuhalten – und die Toleranz – ein Wort, das in manchen Kreisen altmodisch geworden zu sein scheint.

Wenn wir – und Sie, liebe Jugendliche – gemeinsam versuchen, nach diesen Grundsätzen zu leben, dann ist mir um unsere/eure Zukunft nicht bange. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 12.51 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (12.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe junge steirische Landsleute!

Es ist natürlich eine sehr sensible Materie, die heute bereits besprochen wurde. Ihre Beiträge dazu haben ja gezeigt, wie sich junge Leute Gedanken machen über die allgemeine Politik und natürlich auch über die Ausländerfrage im speziellen.

Ich kam im Jahr 1978 in dieses Haus. Damals gab es große Debatten über die linksextreme Terrorszene – Bader/Meinhof, Rote Brigaden. Hochspektakuläre Bankeinbrüche, Bombenanschläge, Geiselnahme mit Mord waren an der Tagesordnung mit ideologischem, speziell kommunistischem Hintergrund zur Destabilisierung der Gesellschaft in Deutschland, in Europa.

In der letzten Zeit stellen wir fest, daß hier ein Wandel stattfindet und von der linksradikalen Szene hinüberwandert in die rechtsradikale Seite. Hier ist ja das Synonym Rostock hier. Im Grunde genommen haben sie alle die gleichen Ziele: Destabilisierung der Gesellschaft. Im Grunde sind es von der Persönlichkeitsstruktur her immer die gleichen Personen.

Wir Freiheitlichen lehnen jenen Radikalismus ab. Gerade der Rechtsradikalismus, wie er derzeit in Deutschland ist, muß hier in Österreich verhindert werden. Das ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte in Österreich, ob der Radikalismus von links oder von rechts kommt. Es ist besser, Gefahren, die da sind, aufzuzeigen, besser, Gefahren zu besprechen, als sie totzuschweigen. Ein Schritt dazu ist sicherlich auch das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“. Wenn der Kollege Mantl hier dazu nein gesagt hat, so muß ich natürlich das auch zur Kenntnis nehmen als Demokrat. Das ist logisch, dafür ist es ja eine Demokratie, daß auch einer einmal nein sagen kann. Aber es ist natürlich auch eine legitime, urdemokratische Möglichkeit, die Probleme, die Ängste und die Sorgen der Bürger durch eine Volksbefragung beziehungsweise Volksabstimmung auszuloten. Es ist besser, mit dem Kugelschreiber abzustimmen als mit Molotowcocktails. Ein Volksbegehren ist eine Möglichkeit, sich auch abzureagieren.

In Deutschland hat man so lange beschwichtigt und Ängste und Vorurteile von der Politik nicht zur Kenntnis genommen, bis die Eskalation der Gewalt eingetreten ist. Wir Freiheitlichen schüren keinen Fremdenhaß, wir emotionalisieren die Ausländerfrage nicht. Das wird leider Gottes von allen anderen gemacht. Wir behandeln die Fragen sachlich. Wir stellen leider Gottes fest, daß es anderen vorbehalten ist, uns zu unterstellen, daß wir hier die Sache emotionalisieren. Es ist aber unsere Aufgabe, daß wir jenen Flüchtlingen, jenen Vertriebenen, die aus dem restjugoslawischen Bereich kommen, jede Hilfe angedeihen lassen. Es ist eine österreichische Frage, die sich aus der Vergangenheit ergibt, aber es ist auch klar, wenn es illegale sind, dann muß man ja auch irgendwo helfen, und dazu stehen wir Freiheitlichen. Die Frage ist die Toleranz zu allen anderen, wie weit geht die Toleranz, und die Frage der Anzahl der illegalen Fremden ist die soziale Verträglichkeit. Und wenn Prozentzahlen genannt wurden, dann ist es auch unterschiedlich, in ver-

schiedenen Orten wird mehr vertragen als in anderen. Wir wollen allen helfen. Die Mittel sind begrenzt, und wir haben hier die Notwendigkeit, diese Mittel auch richtig zu verteilen.

Meine Damen und Herren! Was wollen wir mit dem Volksbegehren? (Präsident Dr. Klausner: „Ich möchte auf die Fünf-Minuten-Redezeit aufmerksam machen!“) Danke! Die Regierung soll alle Punkte, die sie in ihrer Regierungserklärung aufgezeigt hat, durchführen. Die Diskussion und Information, wie Sie sie hier mehr oder minder fordern, soll sachlich geführt werden. Die Bevölkerung soll besser über die Probleme und Gefahren informiert werden. Eine Radikalisierung soll verhindert werden, auch ein Verhetzen, wie es schon gesagt wurde. Jenen Asylanten und Flüchtlingen, die bereits in Österreich und wirklich in Not sind, soll geholfen werden. Auch die Anliegen der Österreicher, deren demokratisch gewählte Abgeordnete wir sind und deren Anliegen wir zu vertreten haben, sollen auch gehört werden. Ich glaube, daß dieses Volksbegehren „Österreich zuerst“ ein urdemokratisches Mittel ist, die Ängste und Nöte eines Volkes legitim zu erfragen. (Präsident Dr. Klausner: „Ich bitte, zum Schluß zu kommen!“) Wir lehnen jeden Radikalismus ab, und ihr, liebe junge Leute, helft uns mit, jeden Radikalismus zu verhindern, und helft uns mit, daß wir allen in Not Geratenen helfen können zum Wohle unserer Republik Österreich und der steirischen Bevölkerung. (Allgemeiner Beifall. – 12.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Bevor ich ihm das Wort erteile, bitte ich die Herren Regierungsmitglieder und die Frau Landesrätin Klasnic, sich auch an die fünf Minuten Redezeitbeschränkung zu halten. Herr Landesrat Schmid, ich erteile Ihnen das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (12.58 Uhr): Herr Präsident, ich werde kürzer sein!

Nur kurz auf einige Ausführungen eingehend, Frau Abgeordnete, tun Sie mir bitte die Dinge nicht vermischen. Ich habe von Einzelfällen gesprochen, wo nicht demokratiepolitische Werte in Schulen vermittelt worden sind, sondern wo Parteipolitik betrieben wurde. Ich habe einen einzigen Fall von vielen, die mir bekannt sind, erwähnt, wo zum Beispiel die Freiheitliche Partei als Nachfolgepartei der NSDAP zum Beispiel dargestellt wurde. Dagegen verwehre ich mich, und ich werde mich auch zukünftig dagegen verwehren. Das ganze hat nichts mit Inquisition oder sonstigem zu tun. Das ist mein Recht. Und es ist mein Recht, daß ich dafür Sorge, daß die Schüler hier nicht von fehlgeleiteten – sagen wir so – Lehrern, die parteipolitisch orientiert sind, unterrichtet werden und daß die Parteipolitik in den Schulen vorherrscht. Es gibt zwei Listen, und es gibt die Inquisition. Es gibt eine rote Liste, und es gibt eine schwarze Liste. Wenn sie einen Job haben wollen und wenn sie Direktor werden wollen, dann werden sie zunächst gefragt, auf welcher Liste sie stehen, auf der roten oder auf der schwarzen Liste. Zur Zeit sind bei mir die Türschnallen auch heiß, weil sie sich diese in die Hand geben, um zu intervenieren. Es ist ja heute ein Antrag über Entpolitisierung da, der von den Schülern kommt und für den ich sehr dankbar bin.

So, zum Volksbegehren. Es wird immer wieder und von dir, lieber Abgeordneter Lopatka, auch der Begriff

der Flüchtlinge hereingenommen. Ich halte noch einmal eindeutig fest, Begriffsbestimmung: Flüchtlinge sind die Verfolgten. Es gibt keinen Menschen in Österreich und absolut auch mit Sicherheit keinen Freiheitlichen, der sich dagegen ausgesprochen hat, daß wir nicht Flüchtlinge, auch über das Verkräftbare hinaus, bei uns aufnehmen. Es ist heute das Wort gefallen, wir sollen die Verkräftbaren bei uns aufnehmen. Bei Flüchtlingen bitte auch darüber hinaus. Die stehen überhaupt nicht zur Debatte, und bitte, in der Diskussion zum Volksbegehren lassen wir sie weg und stellen das einmal richtig.

Junger Freund Mantl! Sie haben augenscheinlich diese zwölf Punkte nicht gelesen. Ich werde sie euch gerne zukommen lassen. Wenn Sie in der einleitenden Behauptung sagen, man kann alle Punkte widerlegen, dann sind Sie zumindest nur bis zum Punkt elf gekommen. Dann gehen wir einmal den Punkt zwölf an, was steht da drinnen?

Würden Sie mir bitte den Punkt zwölf vorlesen? (Schüler Mantl: „Gründung einer Osteuropastiftung! Verhinderung der Wanderungsbewegung!“) Osteuropastiftung bedeutet, daß wir den Leuten in ihrem Land helfen wollen. Das ist auch ein Regierungsantrag. Ich glaube, darüber ist sich der ganze Schülerlandtag und auch der andere Landtag einig, daß unsere erste Hilfe dort sein soll, wo sie zu Hause sind. Es gibt Aussagen von jedem österreichischen Politiker, von jeder Fraktion, daß das unser vordringliches Ansinnen sein soll. Ich weiß nicht, wollen Sie den widerlegen, den Punkt? (Unverständlicher Zwischenruf.) Nein, das stimmt nicht! Das sind Feuerwehractionen, und das ist kein Marshallplan, wenn man so will, nicht jener Marshallplan, der uns Österreicher auch gerettet hat. Das ist ein Punkt, darüber sind wir uns einig. Lassen Sie uns wenigstens in der Politik bei zwölf Punkten einen, über den wir uns einig sind. Ich glaube, das darf auch gestattet sein, wir müssen nicht nur streiten. Herr Präsident, ich weiß, Sie schauen schon auf die Uhr. Ich bin aber auch schon gleich am Ende. Einwanderungsstopp, wo ist hier bitte die Menschenverachtung? Ich behaupte, sie ist dort, wenn ich Leute unbeschränkt hereinlasse, ihnen keine Arbeit geben kann, ihnen keinen Wohnraum geben kann, sie schwarz am Arbeitsmarkt beschäftige und sie nicht versichert habe. Das ist für mich menschenverachtend, wenn wir diesen Begriff schon erwähnen. Daher ist die Forderung wirklich, und die steht immer schon im Raum, jeden hereinzulassen, den wir mit Arbeit versorgen und den wir unterbringen können. Und wenn ich Ihnen sage, daß Neuseeland, das klassische Einwanderungsland, folgende Forderung aufstellt: Sie brauchen Geld und müssen die Sprachkenntnisse auch noch nachweisen. Das sind die humanitären Einwanderungsländer, zu denen wir uns leider nicht zählen können, weil wir nicht so unbeschränkt Platz haben.

Jetzt noch ein Satz zu den Schulen, weil sie auch als nicht menschenfreundlich dargestellt worden sind. Unsere Forderung – ich bin beim Schlußsatz – liegt bei den 30 Prozent. Es gibt ein Gesetz in Berlin, das von Richard Weitzsäcker 1984 beantragt wurde, und es gibt einen Beschluß oder ein Ergebnis vom ÖVP-Parteitag heuer, wo Feldgrill-Zankel und Bartenstein hier gefordert haben – ich zitiere die „Kleine Zeitung“ –, das hier ist der Herr Landeshauptmann am Foto, da steht drinnen: „Die Festlegung der Obergrenze von

einem Drittel für ausländische Schüler pro Klasse“. ÖVP Steiermark, Landesparteitag. Bitte, darüber sind wir uns einig, je weniger Kinder wir in den Schulen haben, desto besser können wir sie integrieren und desto besser können wir sie in unsere Gesellschaft aufnehmen. Das ist das Begehren dabei. Ich bin jetzt am Ende. Danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 13.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Schüler Achim Ertl: Ich bitte den Hohen Schülerlandtag, über den Antrag abzustimmen.

Präsident Dr. Klauser: Die Schülerinnen und Schüler, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung:

3. Bericht des Schüler-Ausschusses für Umwelt und Verkehr über den Antrag, betreffend die Tierhaltung und den Steirischen Verkehrsverbund.

Berichterstatter ist der Schüler Christian Lickl. Ich erteile ihm das Wort.

Schüler Christian Lickl (13.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Auf Grund der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages war es nur möglich, zwei grundverschiedene Themen in einem Ausschuß zusammenzufassen.

Es wird, glaube ich, jeder mit mir übereinstimmen, daß es selten zwei verschiedenere Themen in einem Ausschuß geben kann als Umwelt und Verkehr. 1992 als äußerst schwierig erwiesen. Es ist uns allerdings mit der Mithilfe der Landtagsabgeordneten gelungen – an dieser Stelle möchte ich meinen Dank sagen –, nach langen und schwerwiegenden Debatten diese beiden Themen auf einen Nenner zu bringen. Wir sind zu folgendem Beschluß gekommen:

Der Schülerlandtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Massentierhaltung zu verbieten und für eine artgerechte Tierhaltung zu sorgen, das Fallenstellen in der Steiermark grundsätzlich zu verbieten und für einen artgerechten Tiertransport und dessen Kontrolle einzutreten.

Weiters wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine sofortige Umsetzung eines Verkehrsverbundes in allen steirischen Regionen ermöglichen.

Ich danke Ihnen. (13.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Den Applaus hat er verdient.

Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Christian Kröll, nach ihm die Schülerin Helga Grünwald. Ich bitte den Christian Kröll.

Schüler Christian Kröll (13.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landesregierung, liebe Freunde!

Hühnerbatterien, Schweinemast, Rinderzucht – Themen, die immer wieder von sich sprechen machen, aufrüttelnd wirken, provozieren, aufwühlen und betroffen machen.

Wie viele dieser oftmals aufgezeigten Schweinereien sind wirklich wahr? Was kann unternommen werden, um solches oder anderes Schlimmes zu unterbinden, zu verhindern? Mit Vorschlägen, Richtlinien, Gesetzen vielleicht? In großen Lettern kann man lesen: „Der Bauer wird Unternehmer“. Folgt daraus, daß seine Nutztiere zu Maschinen werden?

Tiere dürfen nicht zu Sachen werden, sondern sie müssen als Mitgeschöpf anerkannt werden, denen der Mensch zum Schutz verpflichtet ist. Artgerechte, tiergerechte und vielleicht humane Tierhaltung muß oberstes Ziel sein und werden. Natürlich dürfen unsere Tierhalter nicht als Folterknechte hingestellt werden, wohlüberlegte Kritik darf beziehungsweise muß jedoch festgehalten werden.

Wohl konnte durch die bundesweite Qualitätsverordnung für Eier zum Beispiel, die die Herkunft der Hühnereier auf der Packung erkennen läßt, und durch Mindestbestimmungen für die Legehennenhaltung eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, doch bis zu deren wirklicher Durchsetzung und richtiger Anwendung wird noch einige Zeit verstreichen. Von Gesundheitsdiensten und Qualitätskontrollen bei Markenfleischproduzenten ist die Rede. Natürlich alles schön und gut, doch von laufenden regelmäßigen Kontrollen der Stallanlagen, um festzustellen, wie wirklich unsere größeren Vierbeiner gehalten werden, ist bis heute noch nichts publik geworden.

Es gäbe sicherlich noch viel mehr zu berichten, so etwa von den Problemen, die im Rahmen der Anwendung der Gentechnologie in der Landwirtschaft entstehen, oder von dem entworfenen Tiertransportgesetz. Tierschutz und Massentierhaltung, zwei Begriffe, die sich nicht unbedingt widersprechen müssen. Doch es bedarf noch einiger Verbesserungen und Veränderungen auf diesen Gebieten. Vertrauensbildung sowie gemeinsame Konfliktlösung zwischen beiden Gruppen wäre wünschenswert, erfolgversprechend und vernünftig. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste ist Helga Grünwald, nach ihr Monika Krenn.

Im übrigen, wir sehen, es ist so wie im Landtag: Wenn ein wirklich heißes Thema vorbei ist, entspannt sich alles, die Sitze leeren sich, und dann beginnt meistens das Fernsehen zu filmen, und das sehen Sie dann!

Bitte, Helga Grünwald!

Schülerin Helga Grünwald (13.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, geschätzte Gäste!

In unserem Antrag an die Landesregierung hatten wir verlangt, daß die Steiermärkische Landesregierung das Fallenstellen in der Steiermark grundsätzlich verbietet. Noch immer darf die steirische Jägerschaft Fallen zum Töten von Tieren verwenden, wenn auch

vor einigen Jahren die sogenannte Plattfalle gesetzlich verboten wurde – was mir sehr am Herzen gelegen ist –, da in diese Plattfallen nicht nur Tiere wie Fuchs, Marder, Wiesel und Dachs hineingegangen sind, sondern auch Rehe, Hirsche und sogar Kinder. Die Plattfallen wurden abgeschafft sozusagen.

Die Fallen, die zur Zeit am Markt sind, haben sich grundsätzlich in ihrer Art des Aufbaues verbessert. Die Fallen dürfen durch Jagdaufsichtspersonen, die einen Kurs dafür abgelegt haben, aufgestellt werden. Trotzdem kann ich es mit meinem Gewissen nicht vereinen, Tiere auf solche Art und Weise zu töten, um festzustellen, ob sie krank gewesen sind, oder um eine Tierart zu erhalten. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste ist Monika Krenn, nach ihr Uwe Trummer.

Schülerin Monika Krenn (13.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Schülerlandtag!

In unserem Beschlusantrag fordern wir den artgerechten Tiertransport und dessen Kontrolle. Wir fordern die Steiermärkische Landesregierung auf, dafür zu sorgen.

Es besteht derzeit ein Gesetz auf Bundesebene. Es ist aber unser Anliegen, daß dieses Gesetz auf das Land ausgeweitet wird. Wir haben uns das so vorgestellt, daß es eventuell spezielle Förderungen gibt für Firmen, die dann dieses Gesetz befolgen, beziehungsweise das Fleisch dieser Firma besonders zu kennzeichnen mit diversen Gütesiegeln oder so ähnlich.

Wir fordern aber nicht nur ein Gesetz, sondern was unser wirkliches Anliegen ist, ist eine bessere Kontrolle, denn was helfen Floskeln und Sätze in irgendwelchen Gesetzen, wenn dann doch jeder das tun kann, was er will. Unser Hauptanliegen ist es also, daß ein Gesetz geschaffen wird und daß dieses ausreichend kontrolliert wird. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 13.12 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine Anregung für die Herren Abgeordneten, die gewählt: die Durchschnittsredezeit der Schülerparlamentarier beträgt drei Minuten. Niemand soll sagen, daß sie nichts zu sagen haben! Danke schön!

Der nächste Redner ist Uwe Trummer, nach ihm Volker Wainig.

Schüler Uwe Trummer (13.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte, nicht mehr vollständige Landesregierung, Hoher Schülerlandtag!

Über die Notwendigkeit des Verkehrsverbundes für die Regionen der Steiermark sind sich die politischen Parteien scheinbar einig, nur an der Finanzierung hapert es bis jetzt. Laut Herrn Abgeordneten Dr. Maitz würde die Tarifangleichung im Verkehrsverbund des Großraumes Graz rund 165 Millionen Schilling an Kosten verursachen. 32,5 Millionen sind dafür im Budget 1993 vorgesehen. Bei diesen 165 Millionen Schilling würde aber noch kein Bus öfter oder auch kein Zug öfter verkehren.

Ich habe mich etwas mit dem Budget 1993 beschäftigt und bin zu der Erkenntnis gekommen, daß 132,5 Millionen – das sind die verbleibenden 165

minus 32,5 – rund 3,6 Promille des Landesbudgets ausmachen würden. Ich bin zwar kein Fachmann, aber beim Durchsehen der Vorlage wurde mir bewußt, daß diese 3,6 Promille durchaus finanzierbar wären.

Der Grundgedanke, den Individualverkehr zurückzudrängen und die öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen und damit attraktiver zu gestalten, sollte nicht nur Theorie bleiben, sondern in die Tat umgesetzt werden. Eine geeignete Maßnahme wäre etwa eine österreichweite Autobahnmaut, und nicht Teilmauten auf bestimmten Strecken. Weiters müßte der Benzinpreis um die sogenannte Ökosteuer angehoben werden. Mit diesen Mehreinnahmen könnte man den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich durchaus finanzieren. Nur bedarf es jetzt einer Sondervorfinanzierung. Denn die Vorgangsweise muß klar sein: Nicht zuerst die öffentlichen Verkehrsmittel ausbauen und dann erst die Maßnahmen zur Einschränkung des unnötigen Individualverkehrs treffen oder umgekehrt, sondern die Entwicklung muß Hand in Hand gehen.

Mir ist klar, daß die Steiermärkische Landesregierung nicht allein eine generelle Autobahnmaut oder die Benzinpreiserhöhung beschließen kann. Aber sie müssen bei den zuständigen Behörden in Wien und auch in den anderen Landeshauptstädten vorstellig werden und sich von der Wichtigkeit einer ökologisch orientierten Politik überzeugen. Wirtschaftswachstum kann und darf nicht alles sein. Es muß doch in Ihrem Interesse sein, uns eine intakte Umwelt zu übergeben und nicht uns mit leeren Versprechungen abzuspeisen. Global denken, lokal handeln! Ein Satz, in dem sehr viel enthalten ist, was ich unter ökologischem Bewußtsein verstehe, nur sehe ich ihn nicht verwirklicht. Im Bereich des Umweltschutzes sieht die Vorgangsweise in Österreich meist so aus: Global denken, dann warten, bis irgendwer – meist die EG – global handelt, und dann nachziehen unter dem Motto „Nur nicht den ersten Schritt machen“. Noch sollten wir so eigenständig sein, um uns nicht an unseren großen Bruder anlehnen zu müssen und ihn immer um Erlaubnis zu bitten. Ich rufe Sie als Landesregierung auf, ein klares Bekenntnis und kein Lippenbekenntnis zum ökologischen Handeln abzugeben und dieses Beispiel durch die Verwirklichung des Verkehrsverbundes auch in die Tat umzusetzen. Die Steiermark sollte in Österreich und Österreich in Europa eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz einnehmen und auch Taten sehen lassen, und nicht weit weg in Rio ein Lippenbekenntnis ablegen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.16 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist Volker Wainig, nach ihm Christian Lickl.

Schüler Volker Wainig (13.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete!

Das Transitproblem ist eine Thematik, mit der sich Österreich sicher noch des öfteren in der näheren Zukunft beschäftigen muß, denn seit der Öffnung des Ostens ist meiner Meinung nach Österreich immer mehr zum Herzen des europäischen Transitverkehrs geworden. Täglich donnern Tausende Fahrzeuge, insbesondere Schwertransporte, über unsere bekannten Transitrouten, wie Brennerautobahn oder die Pyhrnautobahn. Donnern, sehr geehrte Damen und Herren,

donnern ist für mich das richtige Wort, denn diese aggressive Fahrweise, die teilweise die Lenker dieser Schwertransporte ausländischer Firmen an den Tag legen, sind gefährdend nicht nur für uns, sondern für alle Verkehrsteilnehmer. Daher fordere ich, daß wir uns überlegen sollten, wie wir dieses Transitproblem lösen könnten. Der altbewährte Gedanke, den Transit auf die Schiene zu verlegen, ist sicher gut, doch schwer in die Tat umzusetzen. Konzepte gibt es Tausende, nur die Umsetzung und Exekution dieser fehlt an Hand finanzieller Mittel. Daher fordere ich die Steiermärkische Landesregierung auf, als Führerrolle für ganz Österreich mit der Österreichischen Bundesregierung enger zu kooperieren und dadurch eine baldige Lösung dieses für mich sehr gravierenden Problems herbeizuführen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.18 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der Nächste ist Christian Lickl, nach ihm Johannes Buder.

Schüler Christian Lickl (13.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Zu Beginn möchte ich kurz dem Herrn Landtagspräsidenten widersprechen, indem er gesagt hat, die heißen Themen sind vorbei. Ich glaube, das Thema Verkehrsverbund ist ebenso ein heißes Thema, und nicht nur sozial.

Ich glaube, das Thema Verkehrsverbund kann im Schülerlandtag nicht gelöst werden. Aber es ist uns als Schüler wichtig, einmal einige Denkanstöße zu geben, da wir als Schüler – ich spreche hier aus persönlicher Erfahrung – täglich mit diesem Problem konfrontiert sind. Ich möchte nur einige traurige Zahlen darbringen, die bestätigen, daß der Verkehrsverbund – es wird sehr viel darüber gesprochen – aber überhaupt noch nicht entwickelt ist. Man sehe zum Beispiel die Fahrten an den Stadtgrenzen von Graz, zirka 180.000 Pkw-Fahrten werden täglich an den Stadtgrenzen von Graz gezählt. Dagegen stehen nur lächerliche 37.000 Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. In der Stadt Graz ist das Problem noch gravierender. Hier werden täglich 460.000 Fahrten, das sind 45 Prozent aller Wege, die die Grazer zurücklegen, mit dem Pkw absolviert, und nur 57.000 Fahrten, das sind 18 Prozent aller Wege der Grazer, werden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Das noch erschreckendere dabei ist, daß diese 57.000 Fahrten immer mehr sinken. von 1973 bis 1988 gab es im öffentlichen Verkehr ein Minus von einem Prozent. 82 Prozent aller Personen, die nach Graz fahren, fahren mit dem Pkw oder sind als Mitfahrer in einem Pkw und nur 17 Prozent mit dem öffentlichen Verkehr. Aber man kann es den Autofahrern auch nicht verdenken, denn man muß betrachten, hier ein kurzes Beispiel, von Wies-Eibiswald nach Graz sind es 72 Kilometer. Man fährt diese Strecke mit dem öffentlichen Verkehrsmittel in einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 40 km/h, dagegen steht eine Fahrt mit dem Pkw bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von zirka 80 km/h. Das würde eine Zeitersparnis für den einzelnen um 50 Prozent bedeuten. Deshalb glaube ich, ist es nicht nur wichtig, die finanziellen Probleme eines Verkehrsverbundes zu sehen, sondern es wäre wichtiger, hier spreche ich vor allem die Landesregierung an, eine Koordinierung der einzelnen Verkehrsunternehmen zu starten. Es wird, glaube ich, viel

zu viel gesprochen und viel zu wenig gehandelt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 13.21 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist Johannes Buder, nach ihm Guntmar Kerbl.

Schüler Johannes Buder (13.21 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In diesen Tagen sind die Medien beherrscht vom Weg und von der Straße nach Europa. Darüber hinaus sollten wir aber die Probleme vor der eigenen Haustür nicht vergessen. Ich meine den steirischen Verkehr. Was ist jetzt wirklich notwendig? Was würden wir brauchen? Sicher eine technische und finanzielle Planung, die auf die unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnisse der Bevölkerung besser eingeht. Offensichtlich hapert es immer nur am Verteilen des Geldes. Das kann ich vorerst nicht verstehen, denn jeder kann andererseits sein eigenes Auto finanzieren. Warum soll es so schwierig sein, einen Beitrag zum öffentlichen Verkehr zu leisten? Ich glaube, das Problem ist die Umstrukturierung selbst. Wenn der öffentliche Verkehr einen größeren Anteil hätte am Gesamtverkehr als er Individualverkehr, dann würde das System sicher laufen. Die Bevölkerung sollte das jeweils geeignetste Verkehrsmittel in Anspruch nehmen können. Der öffentliche Verkehr muß konkurrenzfähiger werden. Allein den Individualverkehr zurückzudrängen, erzeugt nur Ärger bei den Betroffenen. Ganz wichtig beim öffentlichen Verkehr ist eine Intervallverkürzung und andererseits ein Abbau von Überangeboten. Überangebote nimmt ja niemand in Anspruch. Warum ist es eigentlich so schwer, den öffentlichen Verkehr gegenüber dem Individualverkehr attraktiver zu machen? Nun, der Individualverkehr stellt gleichsam eine Verbindung von Haustür zu Haustür dar. Er ist durchaus schnell und unabhängig von der Infrastruktur, die Straßen ausgenommen. Die gibt es überall. Hier ist in der Vergangenheit ein Fehler begangen worden: Die Straßen wurden allzu gut ausgebaut und der öffentliche Verkehr vernachlässigt. Das Problem besteht also darin, und da könnte man am ehesten ansetzen, daß man mit einem öffentlichen Verkehrsmittel schneller von einem Ort zum anderen kommt: Durch Verlängerung etwa der Verkehrslinien mit weniger Umsteigen. Ja, man soll weniger oft umsteigen müssen. Wenn ich von Graz-Waltendorf in die Schule nach Liebenau fahre, dann muß ich zuerst einmal zirka fünf Minuten zur Haltestelle gehen, zirka zehn Minuten mit einem Bus fahren, dann zirka zehn Minuten warten, in eine Straßenbahn umsteigen, am Jakominiplatz wieder umsteigen, zirka fünf Minuten warten, in einen Bus einsteigen und dann noch zirka fünf Minuten zur Schule gehen. Das mache ich aber nur dann, wenn ich schon müde bin. Normalerweise gehe ich zu Fuß und brauche gleich lang. Der Grund liegt darin, daß ich zu Fuß eine um zirka 30 Prozent kürzere Wegstrecke zurücklegen muß, weil in Graz der öffentliche Verkehr über das Zentrum läuft, über den Jakominiplatz. Egal, ob man hin will oder nicht, man fährt im öffentlichen Verkehrsmittel immer über den Jakominiplatz.

Deshalb ein Anstoß: Das Fahrrad muß weiter aktiviert werden. Man könnte ja an Haltestellen Fahrradabstellplätze installieren, so daß man bequem von der

Haustür zur Haltestelle fährt, umsteigt auf das öffentliche Verkehrsmittel und beim Zurückfahren eben wieder auf das Fahrrad umsteigt und nach Hause fährt. Zudem könnte man noch die Möglichkeit schaffen, Fahrräder etwa in Bussen mitzunehmen. Das ist technisch vorerst nur teilweise realisierbar, könnte aber doch zu einer verstärkten Annahme der öffentlichen Verkehrsmittel führen: Das Problem des Weges von der Haustür zum öffentlichen Verkehrsmittel und vom Verkehrsmittel zur Haustür wäre damit gelöst.

Der öffentliche Verkehr benötigt wesentlich weniger Platz als der Individualverkehr. Es ist doch ein Unterschied, ob eine Verkehrsstrecke von 30 Autos mit jeweils einem Fahrer frequentiert wird oder ob ein Autobus mit 30 Insassen diese Strecke frequentiert. Nebenbei entsteht wesentlich weniger Lärm, und die Umwelt wird sicher auch geschont.

Natürlich sollte man auch die Anrufsammeltaxis aktivieren. Da läuft ja derzeit in Graz ein Probeversuch in Andritz und in Waltendorf. Man bestellt sich zu einer bestimmten Zeit ein Taxi an die Endhaltestelle und wird dann nach Hause geführt. Das wäre ein weiterer Ansatz zur Bewältigung des Problems, wie man möglichst bequem von Tür zu Tür kommt.

Bund, Land, Gemeinden und die Stadt Graz sind daher aufgerufen, alles zu tun, um den öffentlichen Verkehr attraktiver und finanzierbar zu machen. Allein den Individualverkehr zurückzudrängen, kann das Problem nicht lösen. Die Forderung lautet vielmehr: Der öffentliche Verkehr muß gleichzeitig attraktiver gemacht werden, um so ein automatisches Umdenken zu bewirken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 13.26 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als letzter Schüler spricht jetzt Guntmar Kerbl, nach ihm dann der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Schüler Guntmar Kerbl (13.26 Uhr): Ich möchte eigentlich nur ganz kurz etwas zum Verkehrsverbund sagen: Was mir an der ganzen Diskussion auffällt, überhaupt jetzt während der ganzen Diskussion im Schülerlandtag, ist, daß alles von Graz aus gesteuert wird. Alles in Graz, schauen wir, daß wir in Graz einen Verkehrsverbund haben, schauen wir, daß Graz hinten und so. Aber es gibt außerhalb von Graz auch noch Gebiete, zum Beispiel den Bezirk Liezen, das heißt Ennstal, Bad Aussee und so weiter, die sich um einen Verkehrsverbund bemühen und wo es meines Erachtens genauso sinnvoll wäre wie in Graz.

Man muß bedenken, daß am Land die Distanzen, die man zurücklegt, zumeist etwas weiter sind und man nicht jedes Amt, jede Stelle, jede Behörde gleich neben der Haustür hat, so zum Beispiel wie in Graz, sondern da muß man 20, 30, 40, ja vielleicht sogar 70 Kilometer fahren, wenn man ganz im letzten Winkel des Tales wohnt. Darum ist es mein Anliegen, daß man einmal aufzeigt und daß man sagt, daß ein Verkehrsverbund auch am Land möglich ist und möglich werden muß – gerade am Land ist das Auto nach wie vor der Verkehrsträger schlechthin – und daß ein Verkehrsverbund nur dann funktionieren kann, wenn die Verkehrsmittel der öffentlichen Hand erstens kleiner und zweitens individueller werden.

Was ich damit meine, ist, daß ein Zug, der zum Beispiel um 4 Uhr morgens Pendler zu irgendeiner Arbeit bringt, nicht mit fünf, sechs, sieben oder acht Waggons geführt wird, sondern eine ganz kleine Garnitur mit einem Waggon, wo dann alle Arbeitnehmer Platz finden und wo nicht zusätzlich Energie verschwendet wird, indem die anderen restlichen sieben oder sechs Waggons herumgezogen werden.

Meines Erachtens ist der zweite wichtige Punkt, den man beachten muß, daß die Jugend besonders auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist. Wie die Frau Landesrätin Klasnic schon gesagt hat, daß die Jugend zumeist noch Beifahrer ist und, wenn die Jugend mit dem öffentlichen Verkehrsnetz zufrieden ist, auch den Autofahrern sagen kann, „fährt mit dem Verkehrsverbund, das ist viel günstiger und trotzdem noch besonders individuell“. Das fehlt meines Erachtens ganz besonders am Land. Es müßte so sein, daß es auch tariflich so geregelt ist, daß es als Jugendlicher besonders attraktiv ist und daß man dann in späterer Folge als erwachsener Mensch sagen kann, „fährt im Verkehrsverbund, das ist viel günstiger, als wenn da jeder mit seinem Auto fährt“. Das wollte ich eigentlich nur grundsätzlich sagen.

Zu der Abwesenheit vom Herrn Schmid wollte ich noch kurz sagen: Es fahren übrigens auch Ausländer in dem Verkehrsverbund. Vielleicht interessiert ihn das dann mehr. Weil ich muß schon sagen, mich stört das schon besonders, daß bei solchen Themen, wo es um Umwelt und Verkehr und dann auch um Schule und Bildung geht, gewisse Personen durch Abwesenheit glänzen. (Allgemeiner Beifall. – 13.30 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zur Ehrenrettung des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schmid darf ich mitteilen, daß alle Mitglieder zu jedem Zeitpunkt dieser Sitzung im Hause anwesend waren, nur möglicherweise in kleine Debatten nebenan verwickelt. Ich bin froh, daß diese Debatten nicht hier störend im Raum, sondern nebenan stattfinden. Aber es sind alle Regierungsmitglieder immer da gewesen. Das auch zu der Kritik, die früher war, daß die Regierung nicht anwesend ist. Es waren auch diejenigen, die nicht hier auf der Regierungsbank gesessen sind, selbstverständlich anwesend und haben Ihren Ausführungen gelauscht.

Jetzt redet der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz.

Abg. Dr. Maitz (13.31 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Teilnehmer des Schülerlandtages!

Ich möchte versuchen, in meinen fünf Minuten über drei Teile zu referieren:

Erstens eine allgemeine Bemerkung, zweitens Verkehrsverbundinformation und drittens Eingehen auf die Beiträge der Vorredner, die zum Verkehrsverbund gesprochen haben.

Als Vorbemerkung gestatten Sie mir, die treffendste und meiner Meinung auch für das Thema passendste Politikdefinition zu geben: Politik ist die Aufgabe, das Notwendige möglich zu machen. Das gilt in zweierlei Hinsicht. Einerseits allgemeingültige Anliegen der Bürger zu bearbeiten und zum Durchbruch zu verhelfen, und andererseits aus der Verantwortung des politischen Menschen, nicht nur als Mandatar, vorausdenken und vorausplanen. Das heißt, Ziele vorzu-

geben und diese auch mehrheitsfähig zu machen, in der Bevölkerung die Akzeptanz dafür zu erreichen. Das trifft auf das Problem Verkehr besonders zu.

Beobachten wir, wie viele Bereiche jetzt in der Verkehrsdebatte angesprochen worden sind. Ich möchte Ihnen das Beispiel des einen Kollegen noch verdeutlichen.

Wir haben zwischen Graz und Gleisdorf zur Zeit 32 Verkehrsverbindungen pro Tag. Es fährt die Bahn mit zwei verschiedenen Unternehmungen, es fahren öffentliche Busse von öffentlichen Unternehmungen, und es fahren Busse von fünf privaten Unternehmungen. Niemand, der zwischen Graz und Gleisdorf pendelt, kann jetzt alle 32 benutzen, weil fünf verschiedene Unternehmungen fünf verschiedene Tarife, Karten und Fahrpläne haben, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Künftig – wir hoffen, daß das sehr bald der Fall sein wird – haben wir für alle 32 Verbindungen zwischen Graz und Gleisdorf eine Karte, einen koordinierten Fahrplan und hoffentlich auch qualitativ bessere Verkehrsmittel.

Das ist Verkehrsverbundarbeit, die in anderen Teilen Österreichs begonnen hat, aber nicht so perfekt, wie wir es gerne für die ganze Steiermark möchten, durchgeführt wurde. Wie haben auch aus den Beispielen anderer Bundesländer gelernt. Das, glaube ich, ist der Vorteil, daß wir nicht die ersten sind in Österreich und jetzt das Bestmögliche gestalten können.

Was muß beim Verkehrsverbund sein, damit uns die Leute wirklich umsteigen vom individuellen auf öffentliche Verkehrsmittel? Es muß preisgünstig sein, sehr billig also. Wir haben uns auf den Bahntarif geeinigt. Das ist der günstigste bis jetzt. Es muß die Häufigkeit der Verbindungen größer werden, und es muß mehr Möglichkeiten geben einzusteigen. Verschiedene Teile der Steiermark um Graz oder in den Bezirken sollen gleichmäßige Zonen werden. Also, es muß auch eine einfache Tarifgestaltung möglich sein.

Einfacher Tarif heißt, es gibt Zonen kreuz und quer durch die Steiermark, und für die Zonen, die man benutzt, bezahlt man einen bestimmten Betrag bei der Einzelfahrt am Tag, in der Woche, im Monat oder im Jahr. Und das alles soll so billig sein, daß man sich überlegt, wenn ich mit meinem eigenen Auto fahre, kommt mir das gar nicht günstiger und bin ich gar nicht wesentlich schneller an meinem Zielort, habe ich die Umwelt geschont und meine eigenen Nerven auch. Dann kann es gut gehen, dann wird die Akzeptanz groß sein.

Ich möchte zur Finanzierung, zur ersten Frage des Kollegen Trummer, sagen, natürlich ist Verkehr eine Aufgabe des Bundes, des Landes und der beteiligten Gemeinden. Daher ist für lange Zeit, wo ja dieser Verkehrsverbund gelten soll, auch eine ordentliche Finanzierung abzuhandeln. Die Frau Landesrat Klasnic ist morgen wiederum als Vertreterin des Landes Steiermark beim Bund vorstellig, um jenes hoffentlich endgültige Gespräch zu führen, um die Finanzierung des Bundes sicherzustellen. Wenn wir wissen, wieviel der Bund beiträgt, dann können wir mit den Gemeinden reden, denn das Land – wie es richtig gesagt wurde – hat für ein halbes Jahr bereits vorgesorgt. Im Budget ist ausreichend für ein halbes Verkehrsverbundjahr vorgesorgt. Im nächsten Budget wird das mehr sein müssen.

Der Herr Kollege Wainig: Transit donnert durch die Steiermark. Richtig! Deshalb mußten ja auch damals zur richtigen Zeit Autobahnen im notwendigsten Maß errichtet werden, damit dieser Verkehr dort fließen kann und nicht durch die Ortschaften, und deshalb ist jetzt die rollende Landstraße für den großen Transit eine echte Alternative, und deshalb versuchen wir jetzt, in Verkehrsverbünden den innersteirischen, innerösterreichischen Verkehr besser zu regeln.

Der Kollege Lickl hat gemeint, 180 Pkw-Fahrten an der Stadtgrenze von Graz. Wissen Sie, was in Graz geholfen hat, tatsächlich das Verkehrsproblem zu verbessern? (Schüler Christian Lickl: „Ich sagte 180.000!“) Das war die Parkraumbewirtschaftung. Da ist Geld hereingekommen, dieses Geld wird zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr verwendet. Damit haben wir es geschafft.

Letzte Meldung des Kollegen Kerbl, glaube ich. Großraum Graz ist ein Beispiel, wie schwierig das Koordinieren ist. Wir haben im Großraum Graz, in einjähriger Arbeit wurde erreicht, 46 Unternehmungen auf ein Konzept zu einigen, sowohl von den Fahrten, von den Routen als auch vom Tarif. Und das ist eine sehr schwierige Arbeit, die Zeit braucht. Wir werden aber trotzdem für die ganze Steiermark den Verkehrsverbund in einem Arbeitsgang nach und nach schaffen. Der Zeitpunkt hängt allerdings im wesentlichen von der Finanzierung ab. Und das ist nun einmal ein ganz schwieriges Problem. Wir werden es aber schaffen, und wir alle werden in der Zukunft mit dem Verkehrsverbund sehr oft und sehr viel fahren können. (Allgemeiner Beifall. – 13.38 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt, nach ihm der Herr Abgeordnete Dörflinger.

Abg. Peinhaupt (13.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Jugendlandtag!

Da ich selbst Bauer bin, möge es mir gestattet sein, zur Problematik der Massentierhaltung und auch zur Problematik der Tiertransporte Stellung zu nehmen. Massentierhaltung, was hat uns zu dieser Massentierhaltung getrieben? Meine Meinung ist die verfehlte Agrarpolitik, die daran schuld war, daß man die Produkte mengenmäßig stützte, nebenbei einen Preisverfall erzielte und dadurch die Bauern gezwungen hat, über die Menge den betriebswirtschaftlichen Deckungsbeitrag zu suchen und zu erzielen. Nun sind wir soweit, daß wir vor der Tatsache stehen, daß wir in Österreich 360.000 Rinder zuviel haben. Aus der Steiermark müssen wir jährlich 60.000 Stück ausführen. Dieser Export beinhaltet aber auch Lebendexporte. Die Gründe dafür, daß Schlachttiere oft über mehrere tausend Kilometer transportiert werden müssen, sind folgende: Der Transport von Lebendtieren ist wesentlich günstiger, da man sich die Kühlung erspart. Die Kunden, vorwiegend im süditalienischen Bereich, wollen Frischfleisch haben. Das sogenannte fünfte Viertel, darunter versteht man die Haut und die Innereien, sind für Kunden in den arabischen Ländern sehr interessant. Und letztendlich werden Tiere exportiert für Anhänger des islamischen und moslemischen Glaubens, die nach einem bestimmten religiösen Ritual getötet werden, nämlich ohne Be-

täubung. Nur zur Information, durch Europa werden jährlich 250 Millionen Tiere transportiert. Daß das nicht ohne Quälerei abgeht, ist darin zu sehen, daß es aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Transporter überladen werden, denn die Konkurrenz unter den Spediteuren ist dementsprechend groß. Auch hier sieht die EG keine Verordnung mit rechtsbindendem Charakter hinsichtlich der Warendichte vor. Dann kommt das Geschäftemachen der Exporteure dazu. Sie zahlen nämlich für die überzähligen Tiere keinen Zoll, keine Einfuhr- und Umsatzsteuer und keine Abschöpfung. Dadurch erzielen sie einen Gewinn von 500 bis 600 Prozent. Auch das Tränken bleibt in diesen Fällen sehr gezielt aus. Nämlich aus dem Grund, da in den ersten zwölf Stunden das Tier 7 Prozent Gewichtsverlust hat, nach 72 Stunden 12 Prozent Gewichtsverlust hat und dieser Gewichtsverlust kalkuliert ist, daß er an der Grenze zu den Drittländern wieder sein normales Waagegewicht hat, damit er mehr Tiere legal importieren kann. Dazu kommt natürlich noch das Geschäft mit den Exportstützungen. Ich nehme mit Absicht ein Beispiel aus der EG: Für einen 500 Kilogramm schweren Bullen zum Beispiel werden 1200 Mark EG-Förderung gezahlt, zuzüglich 500 Mark vom Abnahmeland, das meistens Libyen oder Ägypten ist. Dadurch sieht man ja auch, daß durch die Menge, die ich schwarz exportieren kann, und deshalb in diesen Mengen ausgeführt wird, das Schwarzgeschäft drinnen liegt.

Aber abschließend darf ich eines sagen, daß die Probleme ja nicht nur im Transportbereich sind und nicht nur darin zu sehen sind, daß es fehlende Gesetze gibt oder lückenhafte Gesetze gibt. Sondern ich glaube, die Probleme bestehen darin – und eine meiner Vorrednerinnen hat das ja bereits gesagt –, daß es an der Überprüfbarkeit der Durchführung dieser Gesetze liegt. Zur Information, in der Steiermark haben wir keinen direkten Zugriff zum Tiertransportgesetz, das ist nämlich Bundeskompetenz. Die Maßnahmen, die ich dagegen vorschlagen darf, sind folgende:

Kein beziehungsweise nur ein geringer Export von Rohmaterialien. Also das heißt, man müßte anstreben, den Transport von Veredelungsprodukten, sprich Fleisch, nicht mehr lebend, Vermarktungseinrichtungen, die in der Lage sind, auf regionale Gegebenheiten zu reagieren, eine Förderung des Konsumverhaltens von uns allen, die tiergerechte Haltung und die Ökologie, mit einem Wort, weg von der Menge, hin zur Qualität, Abbau der Überschüsse und damit die Eindämmung der Tierquälerei. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.44 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlichst. Es handelt sich wirklich um einen sehr realistischen Landtag, weil üblicherweise es bei den Sitzungen auch hier vorne rechts unten eine Privatgesprächsrunde gibt, die ich dann regelmäßig aus dem Saal schicken muß. Ich bitte daher um mehr Aufmerksamkeit für die Ausführungen des Hauses.

Als nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

Abg. Dörflinger (13.45 Uhr): Herr Präsident!

Ich habe bei der Budgetdebatte einmal gesagt, „Herr Präsident“ und „halbentleerter Landtag“. So ganz unterschiedlich ist das Verhalten zwischen den Abge-

ordneten und den Schülern, die Abgeordnete spielen, zumindest in der Frage nicht immer. Ich möchte vier grundsätzliche Punkte einmal herausarbeiten, die aus meiner Sicht wichtig sind. Der erste Bereich ist, Sie werden lernen müssen, daß, wenn die Mehrheit, auch eine überwiegende Mehrheit, für oder gegen irgend etwas ist in einem Land, daß es dann nicht immer so geschehen muß, weil es in politischen Entscheidungsabläufen Lobbies gibt, weil es in den politischen Entscheidungsabläufen Gruppen gibt, die Themen dominieren, und Gruppen gibt, die nicht immer die Mehrheitsmeinung vertreten. Das einzige Gegenmittel dazu ist wieder eine Aufforderung an Sie, das heißt nämlich, politisches Engagement, indem man Druck macht, indem man seine Meinung vertritt, indem man seine Inhalte weitergibt, und es reicht auch nicht aus, einmal irgendwo etwas zu sagen, sondern man muß auch lernen, für etwas zu kämpfen und nicht immer nur gegen irgendetwas zu kämpfen.

Da habe ich heute bei Ihnen einige sehr positive und sehr gute Ansätze gesehen.

Der zweite Punkt, der mir jetzt so als Profipolitiker vielleicht auffällt, ist der – Sie werden das wahrscheinlich auch bei den Schlußworten jetzt merken und haben das zum Teil auch bei den Anfragebeantwortungen gemerkt –, daß wir uns mit einem riesigen Kompetenzdschungel herumzuschlagen haben, denn es ist ja nicht ganz einsehbar, wieso zum Beispiel, um bei dem Tagesordnungspunkt jetzt zu bleiben, die Tiertransporte österreichweit geregelt werden, die Frage der Massentierhaltung aber wieder eine Entscheidung ist, die im Land getroffen wird, und die Frage des Fallstellens – wie sie schon angeführt wurde – auch eine Frage der Länder ist, daß man in einem Bundesland zwar eine Falle aufstellen darf, im anderen Bundesland nicht, und im anderen Bundesland aber so agiert wird, als würde der gesamte Wildbestand zusammenbrechen und das Land in Grauen versinken, wenn man diese Fallen nicht aufstellt. Das heißt, daß wir uns als Politiker wahrscheinlich irgendwann einmal an den Schopf greifen müssen und zu einheitlichen Regeln kommen: Was tut der Bund, was tun die Länder, und was tun die Gemeinden?

Der dritte Punkt – das ist mir heute besonders stark aufgefallen, weil ich das Vergnügen hatte, hinten auf den Bänken zu sitzen, die es sonst nicht gibt – ist, daß die Geschäftsordnung, die wir uns selbst gegeben haben, eine mittlere Katastrophe ist. Ich habe die zwei Stunden der Anfragebeantwortung noch nie so empfunden, wie ich sie jetzt empfunden habe, weil ich nämlich hinten gesessen bin. Ich habe mich eigentlich dabei beobachtet, daß ich wahrscheinlich sonst, wenn ich auf der Abgeordnetenbank sitze, dort, wo die Kollegin jetzt sitzt, bei den Anfragebeantwortungen dann hinausgehe, weil es mir zu lange dauert oder weil es mir zu langweilig ist.

Ich glaube, daß wir als die, die immer herinnen sitzen, uns hier bei der Geschäftsordnung sehr, sehr viel überlegen werden müssen und hier auch wirklich etwas ändern müssen, weil wir nämlich nach außen hin einen Eindruck für Zuhörer und für Leute, die draußen stehen, vermitteln, der der Realität nicht entspricht. Die Realität ist ja die, daß alle Abgeordneten, die herinnen sitzen – egal von welcher Fraktion –, und die Regierungsmitglieder oben ja bemüht sind, etwas weiterzubringen, daß sie ja bemüht sind, etwas zu machen, daß

in Wirklichkeit auch viel weitergeht. Der Eindruck, den wir aber vermitteln, ist genau das Gegenteil. Wir vermitteln nach außen hin das Umgekehrte von dem, was wir eigentlich tun wollen.

Der vierte und der letzte Punkt: Ich war selber – wie der Kollege Lopatka, der das angeführt hat – Schulsprecher und Landesschulsprecher. Ich bin eigentlich sehr positiv berührt davon, wie sich die Zeiten geändert haben. Zu meiner Zeit war es ein großes Problem, eine Schülerversammlung in einer Schule abzuhalten, weil die Lehrer und auch die Eltern sowie die Landesschulinspektoren zum Teil gemeint haben: „Was müßt ihr euch zusammensetzen, was quakelt ihr da herum, tuts lernen, schaut, daß ihr eine ordentliche Note bringt, und reden könnt ihr nachher, wenn ihr aus der Schule draußen seid.“ Das hat sich sehr positiv geändert. Sie können heute herinnen sitzen. Wir alle nehmen auch sehr viel Positives mit.

Ich möchte Sie aber warnen: Lassen Sie sich nicht einlullen von all den freundlichen Worten, die Sie heute schon gehört haben und die Sie hören werden. Lassen Sie sich nicht einlullen, weil im direkten Gespräch sagt man sehr gerne, „ja, wahnsinnig interessant und wichtig und werden wir berücksichtigen“. Wir werden ja alle sehen, wie wir das im Petitions-Ausschuß dann weiterverfolgen, was Sie gemacht haben.

Ich lade Sie aus persönlicher Überzeugung heraus ein, nehmen Sie Politik nicht als irgend etwas, was vielleicht heute für Sie einmal stattgefunden hat, denn es gibt eine ganz konkrete Sache, und die heißt: „Politik wird gemacht, unabhängig davon, ob Sie sich beteiligen oder ob Sie sich nicht beteiligen.“ Jeder, der sich nach außen stellt, beteiligt sich nicht und überläßt das Spielfeld den anderen. Nicht glauben, wenn man sich mit Politik nicht auseinandersetzt, wenn man sich nicht engagiert, findet sie nicht statt. Sie findet sehr wohl statt, aber sie findet dann in einer Art statt, die Ihnen nicht recht ist und die Ihnen nicht paßt.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn vielleicht – bei allen Mängeln, die diese Geschäftsordnung bietet – einige von Ihnen, die heute herinnen sitzen, sich davon überzeugen haben lassen und sich darin bestärkt sehen, daß sie sich künftig politisch engagieren. Das heißt nicht, in eine Partei hineinzugehen unbedingt, aber auch, denn Parteien sind notwendig, sondern das heißt, am politischen Leben teilnehmen, sich für etwas engagieren und sich für etwas einsetzen. Um das bitte ich Sie, und dafür danke ich Ihnen jetzt schon. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.50 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es gehört leider Gottes immer mehr zu den Gepflogenheiten im Haus, daß man zu allem redet, nur nicht zum Thema. Ich weiß daher nicht, ob der Kollege Dörflinger jetzt zum Verkehr oder zur Tierquälerei gesprochen hat, als er über die Geschäftsordnung geredet hat. (Abg. Dörflinger: „Bei der Geschäftsordnung war es Tierquälerei!“) Okay! Deshalb habe ich die Wortmeldung ja auch nicht unterbrochen.

Aber jetzt zum Thema spricht der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (13.51 Uhr): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin sehr dankbar, daß man sehr direkt und unmittelbar die Frage Tierschutz global abgehandelt und

vor allem eine wohlüberlegte Kritik massiv in den Raum gestellt hat. Wir haben ja einige Diskussionsbeiträge, vor allem den vom Kollegen Peinhaupt, gehört, wozu ich natürlich einiges sagen muß.

Ich stelle also konkret fest, daß wir in der Steiermark seit 1984 ein Tierschutzgesetz haben, wo auch die Tiertransporte sowie die artgerechte Tierhaltung mit einer Tierhaltungsverordnung geregelt sind. Wir haben im heurigen Jahr insgesamt 1239 Fahrzeuge mit Tiertransporten kontrolliert. Es wurden fünf Strafverfahren eingeleitet und zwölf Abmahnungen ausgesprochen, worauf wir besonderen Wert legen. Ich glaube, es ist eine Riesenchance, wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft in einem so vielschichtigen Land und die Tierhaltung bäuerlicher Art weiter attraktiv halten. Wir haben Länder in Europa, speziell in Osteuropa, wo es keinen Bauern gibt und damit auch keine artgerechte Tierhaltung, sondern nur die großagrarindustrielle Erzeugung.

Daher möchte ich um Verständnis bitten, daß wir Bauern – ich bin selbst ein Bauer – bei all dem Unternehmer bleiben müssen. Nur, Unternehmer brauchen Partner! Um diese Partnerschaft hätte ich gebeten.

Wenn aber im Supermarkt sozusagen nach der Methode „Wer ist der Beste, hinunter mit dem Preis“ sich das unmittelbar auf den Einkäufer, auf den Bauern und letzten Endes auch auf den Grund und Boden durchschlägt, so ist die Diskussion, die wir jetzt mit unseren Verantwortlichen des Tierschutzes führen, sehr wertvoll. Es geht also einerseits um die artgerechte Tierhaltung, und andererseits vor allem in der Vermarktungsstrategie um eine Bewußtseinsbildung bei der Partnerschaft.

Eine heiße Diskussion wird zur Fallenproblematik geführt. Ich persönlich bin bereit, für das grundsätzliche Verbot der Fallen einzutreten. Wir werden also versuchen, einen gemeinsamen Weg zu finden. Die Jägerschaft unseres Landes ist nicht bereit, gänzlich auf die Fallen zu verzichten. Wir werden darum ringen, grundsätzlich dieses Fallenverbot massiv in den Raum zu stellen in einer Diskussion, und versuchen, einen Kompromiß zu finden.

Ich möchte Sie direkt einladen, vielleicht wäre das einmal möglich, in diesem sensiblen Bereich eine Fahrt durch die Steiermark zu organisieren, damit Sie mit eigenen Augen sehen, was dort wirklich passiert. Wir sind ja alle fernsehgeschädigt: Wenn wir das Bild haben, schlucken wir es, wenn wir es nicht haben, sagen wir ja, das ist eine graue Theorie. Ich will euch da nicht einlullen, aber bitte, schauen wir diese steirische Land- und Forstwirtschaft an. Was mache ich mit der Alm, mit dem Grünland? Mit dem Rasenmäher schaffe ich es nicht. Ich muß eine Rinderhaltung haben. Ich kann auch nicht die Menschen um so viel vermehren, daß die Rinder zur Gänze im Inland abgesetzt werden können. Wir werden daher exportieren müssen, es nützt nichts. Es gibt Länder, die haben gar keine Grünflächen.

Daher glaube ich, daß also die Agrarpolitik mit der tierischen Veredelung ein ganz entscheidender Punkt ist, ob es diese bäuerlichen Familienbetriebe in unterschiedlichsten Strukturen geben wird und geben kann. Ich bin überzeugt, daß wir selbstverständlich auch Exporte brauchen. Bitte, wir sind im Fremdenverkehr ganz glücklich, wenn die Fremden kommen, wenn die

Industrie und die Wirtschaft Exporte macht. Gerade die Landwirtschaft soll im eigenen Reindl sozusagen da herumtanzen.

Ich bin ebenfalls wie der Kollege Peinhaupt der Meinung, möglichst viel solcher Produkte mit einem speziellen Marketing zu veredeln. Aber ich stelle fest, nach Libyen schicken wir schon jahrelang keine Rinder, weil dort kein Markt ist. (Abg. Peinhaupt: „Habe ich nicht behauptet!“) Entschuldige, dann nehme ich das zurück. Aber da muß man aufpassen, daß da nicht etwas hängenbleibt. Ich glaube daher, daß wir vor allem im eigenen Land, was den Tierschutz betrifft, was die Kooperation betrifft, trotz aller polarisierten Positionen, nach wie vor kooperative Partnerschaften haben werden. Im heurigen Jahr haben wir eine Auseinandersetzung über den Tiertransport gehabt. In relativ kurzer Zeit haben wir vor allem die Betroffenen an einen Tisch gebracht und diese Frage bereinigt. Wir werden auch in Zukunft Transportkontrollen permanent durchführen. Das ist ganz klar. Hier ist wesentlich mehr darauf, und ich sage noch einmal, ein Bauer, der seine Tiere nicht mag (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist auch kein Bauer!“) – ich weiß schon –, der ist erstens kein Bauer, der mag auch meistens die Leute nicht, der mag auch seinen Betrieb und mag auch die Zukunft nicht. Ich sage das ganz offen. Wir haben eine ganz andere Haltung in dieser Frage, aber der Markt haut uns beinhart ins Gesicht.

Abschließend möchte ich nochmals um diese Partnerschaft bitten, diese ganzheitliche Denkweise in einer sehr komplizierten Materie, wo die Natur und die Kreatur auf der einen Seite und der Cash und der Egoismus auf der anderen Seite stehen, das ist ein gewaltiger Mix, den wir zu einem vernünftigen Cocktail hinkriegen müssen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.57 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Landesrätin Klasnic.

Landesrat Klasnic (13.57 Uhr): Herr Präsident! Hoher Schülerlandtag!

Umwelt und Verkehr haben sehr wohl einen gemeinsamen Nenner. In den Wortmeldungen ist es zum Ausdruck gekommen. Ich möchte zum Beispiel zur Wortmeldung Transitverkehr und Transitausbau sagen, wir haben im Straßenbereich sehr viel erreicht, im Schienenbereich einen großen Nachholbedarf, werden uns bemühen, den Containerterminal im Süden von Graz errichten zu können in Zusammenarbeit mit dem Bund, brauchen Auffahrtsrampen zum Beispiel in Selzthal, in St. Michael und in Spielfeld, um den Transitverkehr von unseren Straßen auf die Schiene zu bringen, wo sie ausgebaut sind. Die Phyrnbahn wird ja zweigleisig ausgebaut, hoffe auch im oberösterreichischen Teil bald fortgesetzt, sage aber eines sehr bewußt dazu, nachdem ich heute am Nachmittag ein Gespräch mit der Industrie haben werde, wir haben Produktion bei uns im Land, und diese Güter müssen auch exportiert und transportiert werden. Das heißt, wir müssen auch verstehen, daß es immer wieder Transporte geben muß. Mir sind sie auch lieber, wenn sie auf die Schiene gestellt werden können. Nur, da haben wir im Ausbau noch einiges nachzuholen.

Verkehrsverbund, zusammenfassend darf ich sagen, Verkehrsverbund Großraum Graz ist für

750.000 Steirerinnen und Steirer gedacht. Es war in der vorigen Woche unter der Führung des Herrn Landeshauptmannes eine Delegation beim Verkehrsminister. Es ist für morgen eine abschließende Verhandlung in Fragen Finanzierung vorgesehen. Ich hoffe, daß wir mit einem guten Ergebnis nach Hause kommen, erst dann können die weiteren Verhandlungen abgeführt werden, wenn man die Summen weiß, über die geredet wird. Und vor allem darf ich auch versichern, mit Inkrafttreten des Verkehrsverbundes Großraum Graz sind dann Etappenpläne für die ganze Steiermark vorgesehen. Es ist an den Angeboten, die auch hier am Rednerpult gemacht wurden, einiges zum Nachdenken, auch für den zuständigen Referenten, zum Beispiel Fahrradabstellplätze an den Haltestellen. Sie sind zum Teil dort eingerichtet, wo Park and Ride schon geschaffen ist, wo man aber in erster Linie an das Kraftfahrzeug gedacht hat und weniger an das einspurige. Wir werden das verstärken. Ich darf aber gleichzeitig sagen, daß die Bahn fortschrittlicher ist in jenen Bereichen, wo man Fahrräder mitnehmen kann. Bei Bussen ist es wirklich noch etwas schwieriger, und in Graz gibt es ein neues Modell, das Sie vielleicht interessieren wird. Es heißt „Auto teilen“. Das heißt, ein Fahrzeug wird mehreren Benützern zur Verfügung gestellt. Auch wieder eine Idee, um Umwelt zu schonen und vor allem trotzdem Verkehrsteilnehmer in diesem Sinne zu sein.

Gestatten Sie mir, daß ich als Verkehrsreferentin dieses Landes die Gelegenheit benütze und zum Abschluß Sie etwas bitte. Sie sind für mich die verantwortlichen Gesprächspartner für viele Freunde, für viele Diskussionsrunden in Sachen Verkehrssicherheit. Und Sie hören auch immer wieder von den Angeboten, die es gibt, beginnend von den ganz kleinen, das heißt vom Babysitz bis zum Fahrradhelm, aber vor allem auch von dem Angebot zum Beispiel mobiles Verkehrssicherheitszentrum, wo es einen Bus beziehungsweise einen Lkw mit Hänger gibt, der zu den Schulzentren hinkommt, wo man sich selbst testen kann, vielleicht ein halbes Jahr, nachdem man den Führerschein übernommen hat, wo man seine eigenen Grenzen erkennt. Wir versuchen, dieses Projekt auch bei Kasernen durchzuziehen, weil wir gerade wissen, daß es unsere jungen Verkehrsteilnehmer sind, die so großen Gefahren ausgesetzt sind. Und so werden Sie auch verstehen, wenn ich ein abschließendes Wort sage, weil Sie es zu Hause und unterwegs nicht gerne hören, wenn Erwachsene oder Ihre Eltern zu Ihnen sagen, fahre vorsichtig, bitte paß auf, dann sagen sie es Ihnen nicht, weil sie lästig sind. Dann sagen sie es Ihnen einfach, weil sie Sie lieb haben und weil sie haben wollen, daß Sie wieder gut nach Hause kommen. In dem Sinne bitte ich euch um eure Unterstützung, denn ihr seid Vorbilder für viele andere. (Allgemeiner Beifall. – 14.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das war die letzte Wortmeldung. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort zu diesen heißen Themenkreisen?

Schüler Christian Lickl: Kollege Dr. Maitz, es sind 180.000 Pkw-Fahrten, die täglich an den Stadtgrenzen von Graz gezählt werden, und nicht 180!

Als Schlußwort möchte ich nur kurz anbringen: Ich hoffe, daß sich die Landesregierung auch mit den Themen befaßt, die als nicht heiß gelten, nur weil sie

diszipliniert verhandelt werden, und daß Themen als heiß gelten, die undiszipliniert verhandelt werden. Ich hoffe, daß Sie sich auch mit Themen auseinandersetzen, die als nicht so heiß gelten. Danke! Ich bitte nun die Abgeordneten, über meinen Antrag abzustimmen.

Präsident Mag. Rader: Dieses Schlußwort war überzeugend. Wer daher zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Gegenstimme?

Der Antrag ist mit einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Schüler-Ausschusses für Schule und Bildung über den Antrag, betreffend die Reform des Schulwesens.

Berichterstatlerin ist Astrid Kellner. Ich bitte um den Bericht.

Schülerin Astrid Kellner (14.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich kurz über die Arbeit des Ausschusses für Schule und Bildung berichte, möchte ich an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die Mitglieder der Landesregierung und an unseren Landesschulsprecher, Herrn Alexander Andreadis, richten, die diesen ersten Schülerlandtag ermöglicht haben. Danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

Im Schüler-Ausschuß für Schule und Bildung unter der Leitung unseres Landesschulsprechers war es uns bei der Fassung des Beschlusantrages ein besonderes Anliegen, Themen zu wählen, die nicht täglich zur Diskussion gestellt werden, trotzdem aber Themen, die uns auch im Hinblick auf ein neues Europa besonders wichtig sind. Ich darf daher den Beschlusantrag des Schüler-Ausschusses für Schule und Bildung, der am 9. Dezember gefaßt wurde, noch einmal formulieren und bitte den Schülerlandtag, folgendes zu beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die erforderlichen Initiativen zu setzen beziehungsweise bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit erstens die Grundwerte der Demokratie sowohl im Rahmen eines generell zu schaffenden Pflichtfaches Politische Bildung als auch im Zuge der Schulautonomie vermehrt praktiziert werden, zweitens die Direktorenbestellung objektiviert wird und die parteipolitisch besetzten kollegialen Schulbehörden durch Schulgemeinschaftsausschüsse auf Bezirks- und Landesebene ersetzt werden, drittens von jedem angehenden Lehrer ein Praktikum am Beginn der pädagogischen Ausbildung stattfindet und jeder Lehrer zum Besuch von Fortbildungsveranstaltungen außerhalb der Unterrichtszeit gesetzlich verpflichtet wird.

Danke vielmals! (Allgemeiner Beifall. – 14.05 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist Walter Edlinger.

Schüler Walter Edlinger (14.05 Uhr): Hohes Landtagspräsidium! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Liebe Schülervorteiler!

Alle, und vor allem die Politiker, sprechen in zunehmendem Maße von der Politikverdrossenheit der Jugend. Doch wessen Schuld ist das? Es ist nicht die

Schuld der Jugendlichen, die heutzutage als Wählerpotential von sogenannten Demagogen und Volksführern in Österreich für ihre Zwecke mißbraucht werden. Um dieser Entwicklung der Politikverdrossenheit entgegenzusteuern und um auch die starken, derzeit sehr stark nach vorne treibenden Parteien zu verhindern, wäre nur eine Möglichkeit offen: diese sogenannte Patentlösung oder die Einführung des Pflichtgegenstandes Politische Bildung in Schulen, um das Grundübel von Politikratlosigkeit abzuschwächen, wenn nicht gar zu vermeiden.

Ein Pflichtgegenstand Politische Bildung wäre enorm wichtig für das Staatsverständnis und für Demokratiebildung der jungen Menschen. Diesen Gegenstand gibt es zwar nach heutigem Standpunkt als nicht maturablen Wahlpflichtgegenstand, und Politische Bildung ist auch laut Schulorganisationsgesetz ein Unterrichtsprinzip, doch um eine Basiswirksamkeit zu erreichen, müßte – wie gesagt – der Pflichtgegenstand eingeführt werden. Nach Möglichkeit sollte dies schon im fortgeschrittenen Pflichtschulbereich der Fall sein, denn in diesem Alter bilden Schüler am ehesten ein Demokratieverständnis heran und sind auch noch für gefährliches, falsches Gedankengut zu gewinnen.

Voraussetzung für einen fundierten Unterricht sind jedoch parteiungebundene Lehrer. Damit stellt sich gleich das zweite Problem. Wer hat diese Parteiungebundenheit zu beurteilen? Darf oder muß der jeweilige parteigebundene Direktor diesen Fall beurteilen?

Von dieser Seite aus eine kleine Anregung meinerseits: Es wäre vielleicht eine Einsetzung eines objektiven Landesausschusses möglich, um dieses Problem zu vermeiden. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 14.07 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist Maria Stipper.

Schülerin Maria Stipper (14.07 Uhr): Werter Landtagspräsident, Hoher Schülerlandtag!

Ich möchte anfangs gleich auf ein in unserem Ausschuß auch behandeltes Thema kommen, das war die Stundenverkürzung. Schüler und Schülerinnen sind nicht unendlich belastbar. Sie brauchen Zeit, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, Zeit, sich selbstreflexiv und kritisch mit den Inhalten auseinanderzusetzen.

Wichtiger als die Quantität des vermittelten Wissensstoffes ist unter anderem die Entwicklung der sogenannten dynamischen Fähigkeiten: Flexibilität, Konfliktfähigkeit, Beziehungsfähigkeit, Demokratiefähigkeit und – gerade als Eurobürger braucht man es – Toleranz. Solche Bildungsziele kann man nicht durch fachliches Wissen erreichen. Schule muß zu einem Ort der Lebensbewältigung werden.

Ich möchte in der Schulautonomie auch Chancen sehen, Fächer wie Kommunikationstraining oder Politische Bildung einzuführen und Palaverstunden, wo man Schul- und Klassenprobleme besprechen kann. Wir brauchen solche Fächer ganz dringend. Genauso wie wir mündige Staatsbürger brauchen, die aktiv unser Land mitgestalten. (Allgemeiner Beifall.)

Ich wünsche mir jedenfalls selbstbewußte, kritische und aktive Schüler, so daß in Zukunft vielleicht ein noch lebendigerer oder ein richtig lebendiger, fast provozierender Schülerlandtag kommen kann. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.08 Uhr.)

Präsident Wegart: Zu Wort gemeldet hat sich Markus Lachmann.

Schüler Markus Lachmann (14.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Neulich hat mich ein Mann im mittleren Alter gefragt, was ich so mache. Ich habe dann gesagt: Ich bin Schüler. Darauf lächelte er mich an und sagte: „Ha, ein sozialschmarotzener Schüler.“ Ich habe ihn dann gefragt: Was machen Sie eigentlich? Er hat dann gesagt, er ist Angestellter. Dann habe ich ihn gefragt, wieviel Stunden er eigentlich voll in der Woche arbeitet. Er hat zu mir gesagt: „38,5 Stunden, ab und zu ein bißchen weniger.“ Daraufhin habe ich ihm gesagt, daß wir Schüler momentan zwischen 50, wenn nicht sogar 60 Stunden in der Woche aufbringen, um dem Lehrplan, Herr Präsident, den uns das Bundesministerium für Unterricht und Kunst aufgehalst hat, gerecht zu werden. (Allgemeiner Beifall.)

Österreich steht momentan an der Spitze der Schülerelbstmordrate in Europa. Ich glaube, das müßte uns auch etwas zu denken geben. In den Medien hört man andauernd von einer sinnvollen Lehrplanentrümpelung. Man hört: „Bundesminister Scholten plant Lehrplanentrümpelung für das Jahr 1992, für das Jahr 1993, für das Jahr 1994 und so weiter.“ Vielleicht im Jahr 2010 wäre es möglich? Aber statt Lehrplanentrümpelung haben wir momentan eine Lehrplan-aufstockung. Ich spreche von der HAK und von der HASCH und von allen anderen berufsbildenden höheren Schulen, die momentan vier Wochenstunden mehr aufgehalst bekommen haben als voriges Jahr. Wo bleibt da bitte die Entrümpelung?

Ich hätte ein paar Vorschläge. Ich könnte Vorschläge einbringen, wie man den Lehrplan sinnvoll entrümpeln könnte, doch dazu reicht meine spärliche Zeit nicht, und es wird wahrscheinlich – so wie alles in Österreich – wieder am Budget scheitern.

Nun zum Schluß: Ich bin der Meinung, daß man die Arbeit des Schülers heute mit der Kinderarbeit am Beginn der Industrialisierung vergleichen kann. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.11 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist Doris Hallama.

Schülerin Doris Hallama (14.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Abgeordnete!

Im Zuge unseres Antrages auf mehr Demokratie und mehr Schulautonomie möchte ich gerne ein paar Worte zur Schulbuchaktion sagen.

Autonomie – ein Gedanke, der durchaus zu befürworten ist. Allerdings kein ganz neuer, nämlich die Universitäten hatten schon im Mittelalter nicht nur Lehrfreiheit, sondern eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Das ist zwar nicht der Punkt, für den ich mich jetzt einsetzen möchte, aber ich bin auch nicht der Meinung, daß Schulautonomie bedeutet, das Defizit, das in den letzten Jahren erwirtschaftet wurde, jetzt auf die Schulen abzuwälzen.

Die Situation derzeit sieht nämlich so aus, daß eigentlich der Bereich der Schulbücher einer der wenigen ist, in dem durchaus ohne Verluste eingespart werden kann. Die meisten anderen budgetären Bereiche bestehen nämlich hauptsächlich aus Fixkosten. In unserer Schule – das wird wahrscheinlich in den meisten anderen Schulen ähnlich sein – wird derzeit rund

eine Million Schilling pro Jahr für Schulbücher ausgegeben, die dann verhältnismäßig selten verwendet werden.

Ein weiteres großes Problem ist, finde ich, daß durch die Schulbuchaktion die Schulbücher derzeit sehr viel an Wert verlieren. Wir können das nicht nur in der Sicht der Schüler, sondern auch in der Sicht der Lehrer, die nämlich die Schulbücher zur Zeit schon sehr als Bücher, die sie gratis bekommen, sehen als eher Unterrichtsmittel und Lernbehelf. Wie könnte es sonst vorkommen, daß eine ganze Klasse geschlossen in einem Fach die Bücher kein einziges Mal verwendet hat. Dazu kommt noch der Punkt der Vergeudung, daß zum Beispiel eine Familie mit drei Kindern, nachdem sie die Schule abgeschlossen haben, 24 Mathematikbücher, 24 Deutschbücher und alle anderen Lehrbücher in dreifacher Ausgabe zu Hause lagern haben, die sie wahrscheinlich sehr selten anschauen.

Es wäre ganz einfach, zwei Drittel dieser Bücher, das wären 100 bis 150 Bücher pro Familie – also mit drei Kindern zum Beispiel –, einzusparen, wenn die älteren Schüler diese den jüngeren weitergeben. Eine andere Möglichkeit wäre natürlich, das nicht nur in der Familie zu machen, sondern schulumfangend. Außerdem wäre es ein Vorteil, die Schüler zur Sorgfalt und zur Achtsamkeit zu erziehen.

Falls sich jetzt aber eine Schule entschließt, diese Arbeit und Verwaltungsaufgabe auf sich zu nehmen, sollte auch wirklich diese Schule das erzielte Guthaben zur Verfügung gestellt bekommen und es in anderen wichtigen Bereichen einsetzen können. Daher fordere ich die Landesregierung auf, diesen Vorschlag und diese Idee an das Bundesministerium weiterzuleiten, damit das Schulbuchbudget endlich in den Topf des allgemeinen Budgets fällt und so von der Schule autonom verwaltet werden kann. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 14.14 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist Alexander Andreadis.

Schüler Alexander Andreadis (14.14 Uhr): Werter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zu Beginn kurz etwas zur Wortmeldung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner-Blazizek bezüglich der Hauptschulen sagen. Meiner Meinung nach kann man die Hauptschulen nur aufwerten, indem man endlich die Leistungsgruppen abschafft und der Hauptschule ein bestimmtes Berufsziel gibt, indem man genau vorgibt, welchen Beruf man in der Hauptschule erlernen kann. Ich halte auch nichts davon, daß Hauptschule und AHS vermischt werden. Damit stirbt nämlich die Hauptschule, und zwar endgültig. Es war auch völlig falsch, der Hauptschule und der AHS den gleichen Lehrplan zu geben. Ich bitte Sie, nicht auf Kosten der Schüler ideologische Politik zu machen. (Allgemeiner Beifall.)

Eines der wesentlichsten Themen unserer Arbeitsgruppe war die Schulautonomie. Ich habe die zwei wichtigsten Punkte herauskristallisiert und möchte Ihnen das jetzt vorbringen.

Zum Ersten wäre das die personelle Autonomie. Diesbezüglich muß man innerschulisch bestehende Organisationsstrukturen stärken, als Kustoden und Klassenvorstände aufwerten. Auch muß man wegkommen von der Vollbeschäftigung pragmatisierter

Lehrer. Machen wir doch endlich Bildungspolitik, und nicht Lehrbeschäftigungspolitik! (Allgemeiner Beifall.)

Denn viel zu oft sieht und hört man, daß Leute sagen, es gibt soundso viele Lehrer, und daher müssen wir soundso viele Stunden haben. Wo kommen wir denn bitteschön hin? Daher könnte ein Schulgremium auch über die Einstellung von Lehrern entscheiden nach Leistungsprinzipien, genauso wie das in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens der Fall ist. Weiters ist selbstverständlich die Direktorenbestellung neu zu überdenken. Da im Kollegium des Landesschulrates Direktoren oft nicht nach der gewünschten Objektivität bestellt werden, könnten wir uns vorstellen, anstatt dieser Gremien – das haben wir im Beschlußantrag formuliert – einen Landesschulgemeinschaftsausschuß einzuführen und dieses Kollegium auf Bezirks- und Landesebene abzuschaffen. Der Direktor soll auf Zeit bestellt werden, ein Hearing soll vor dem LSGA gemacht werden, der LSGA und der Schulgemeinschaftsausschuß entwerfen dann die Entscheidungsgrundlage für das Ministerium.

Der zweite Punkt wäre die finanzielle Autonomie. Bezüglich einer finanziellen Autonomie darf der Schule nicht weniger Geld gegeben werden. Man muß der Schule mehr Geld geben zur eigenen Verwaltung. Es darf nicht zu einer Verwaltung des Mangels kommen.

Ich möchte zum Schluß einen Vergleich bringen. Die Schulautonomie ist derzeit, so wie sie geplant ist und wie man sozusagen an dieses Problem herangeht, vergleichbar mit einem im Nebel dahintreibenden Boot. Ich fordere Sie auf, den Nebel zu lichten und mit uns das Ruder in die Hand zu nehmen. Wir sind bereit mitzuarbeiten. Und deshalb möchte ich Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, als zuständigem Schulerferenten im Land eine Studie des Unterrichtsministeriums geben, in der sehr gut Rahmenbedingungen und wichtige Anregungen enthalten sind. Wenn Sie die Studie schon kennen, ich gebe sie Ihnen gerne, wenn Sie sie schon gelesen haben, macht das nichts, doppelt hält besser. Bitte! (Allgemeiner Beifall. – 14.18 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist Nicole Prutsch.

Nicole Prutsch (14.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Für die Gelegenheit, heute hier sprechen zu dürfen, möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken. Ich habe mich für diesen ersten steirischen Schülerlandtag eingehend mit dem Problem der Lehrerausbildung auseinandergesetzt. Der sich daraus ergebende Schwerpunkt für mich heißt voneinander lernen. Wir schon Marie von Ebner-Eschenbach so treffend aussagt, die Jungen lernen von den Alten, doch die Alten von den Jungen noch viel mehr. Und in diesem Sinne erhoffen wir uns heute positive Ergebnisse für beide Seiten. Denn überlegen wir uns, was wäre der Arzt ohne aktuellen Wissensstand, ein Politiker, der nicht zukunftsorientiert ist und eben der Lehrer ohne Fortbildung? Betroffene der mangelnden Fortbildung der Lehrer sind in erster Linie die Schüler und in weiterer Folge die Wirtschaft. Es fängt schon bei der falsch aufgebauten Lehrerausbildung an, die sich

wie folgt gliedert: Zuerst die 12 bis 14 Semester an der Uni, dann ein vierwöchiges Praktikum in Schulklassen und zum Schluß mit bereits abgeschlossener Lehr- amtsprüfung ein Probejahr. Wenn Sie nun aufmerksam zugehört haben, fällt Ihnen sofort auf, daß die Praxis erst zum Schluß kommt. Und so ein Praktikum in Schulklassen kann doch sehr lehrreich sein, sogar für Lehrer. Deshalb ist diese Ausbildung aufbaumäßig zu ändern, damit nicht die Schüler letztlich wieder die Leidtragenden sind. Wichtig wäre daher, ein Eignungspraktikum zu Beginn des Studiums anzusetzen, damit der angehende Lehrer sieht, wie es im harten Schulalltag wirklich zugeht mit allen positiven und auch negativen Seiten. Für die Fortbildung würden wir uns wünschen, daß die Lehrer weg vom Frontalunterricht kommen und vor allem auch aktualitätsbezogen unterrichten. Dies setzt aber wiederum eine Lehrerfortbildung voraus, die meiner Meinung nach nur verpflichtend eingeführt ihren vollen Zweck erfüllen kann. Auch glaube ich, daß es falsch wäre, dies an unterrichtsfreien Tagen anzusetzen wegen einer daraufhin mangelnden Motivation seitens der Lehrer. Zusammengefaßt wäre nun zu sagen, daß erstens die Lehrerausbildung aufbaumäßig geändert werden muß, zweitens die Lehrerfortbildung verpflichtend eingeführt werden soll, um somit die Lehrer zu erhalten, die wir uns wünschen oder nur wünschen können.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, was Seneca schon lange bewußt ist, nämlich nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben. Das soll auch uns allgegenwärtig werden. Ich danke Ihnen! (Allgemeiner Beifall. – 14.23 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet hat sich Christian Fleck.

Schüler Christian Fleck (14.23 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Landtag!

Es gibt kaum einen Bereich, in dem Jugendliche mehr mit der Ausländerproblematik in Berührung kommen, als in der Schule. Beim näheren Eingehen auf diese Problematik stellt sich jedoch heraus, wie schwierig und komplex dieses System eigentlich ist. Auf Grund meiner Ferialtätigkeit machte ich Bekanntschaft mit einigen ausländischen Mitarbeitern, fand jedoch zu der soviel zitierten Ausländerfeindlichkeit keinen Zugang. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Integrationsschwierigkeiten, die darauf basieren, daß die hier bei uns lebenden Ausländer als Menschen mit einer fremden Kultur und anderen Gewohnheiten angesehen werden, sind die Hautprobleme der Ausländer in der Steiermark, in ganz Österreich. Hier möchte ich besonders bemerken, daß Ausländer keine Menschen zweiter Klasse sind, sondern ebenso wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft und ihnen als solche ebenso die Grundrechte, wie Arbeitsplatz, Wohnung und so weiter, zustehen. Doch was nützt Aufklärung in unseren Schulen, die zum Ziel hat, Vorurteile und Berührungsängste abzubauen, wenn genau diese in den Medien immer wieder geschürt werden.

Daß dieses Thema sehr komplex ist, zeigt auch die Frage: „Was macht einen Fremden überhaupt zu einem Fremden?“ Ist es sein Aussehen? Wieso ist ein Rumäne für uns sofort ein Fremder, wenn es doch so viele Fremde hier bei uns gibt, während zum Beispiel ein Schwede ganz anders behandelt wird?

In der Schulpraxis bedeutet Integration eine möglichst gute Betreuung durch den Lehrer. Zu große Klassen behindern den Unterricht und lassen Projekte und andere alternative Unterrichtsmethoden schon im vorhinein scheitern. Das Einsetzen von Assistenzlehrern muß in diesem Zusammenhang sicher positiv erwähnt werden.

Ferner bin ich der Meinung, daß durch jahrelange Führung von Ausländerklassen die Integration nie erfolgreich sein kann, sondern dies eher zu einer Gettoisierung führen wird. Die Einführung einer einsemestrigen Vorbereitungszeit, um intensiv Deutsch zu lernen, kann aber durchaus diskutiert werden.

Wir sollten die an uns gestellten Aufgaben nicht durch ein populistisch motiviertes Volksbegehren in den Hintergrund drängen, sondern trachten, sie im Interesse unseres guten Rufes im Ausland zu lösen. Hierbei möchte ich besonders an die Medien appellieren, ihre Berichterstattung über Ausländer ohne Überspielungen in die positive Richtung zu lenken. Das Problembewußtsein, die Toleranz und die Offenheit sollen angesprochen und objektivere Informationen sollen vermittelt werden.

In unserer Generation treten bestimmt viel weniger Probleme mit der Realisierung der Integration von Ausländern auf, als dies bei unseren Eltern war. Daher sollte das Ziel ein besserer und ausführlicher Informationsfluß zur älteren Generation sein.

Zusammenfassend können wir sagen, daß in der Schule zwar sehr viel dazu beigetragen werden kann, die Ausländerfeindlichkeit abzubauen, die schlußendliche Lösung kann sie uns aber auch nicht bieten, sondern hier muß jeder einzelne von uns seinen Beitrag leisten. Vielleicht ist aber gerade die Schule der richtige Ort, den Kindern so früh wie möglich zu lehren, wie ihr Beitrag sein könnte. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.26 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet hat sich Sabine Gigl.

Schülerin Sabine Gigl (14.26 Uhr): Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, liebe Schülerinnen und Schüler!

Bevor ich nun beginne, möchte ich mich in meiner Funktion als Landesschulsprecherin des BMS-Bereiches dafür bedanken, daß Sie es möglich gemacht haben, diesen ersten Schülerlandtag zu veranstalten.

Ich möchte nun zum Thema Leistungsbeurteilung einige Gedankenanstöße geben. Wie kann es passieren, daß in ein und derselben Klasse bei der gleichen Schularbeit ein Schüler, der fünf Fehler gemacht hat, dieselbe Note bekommt wie ein Schüler, der nur zweieinhalb Fehler gemacht hat. Oder ein anderer Fall: Jemand bekommt mit siebeneinhalb Fehlern noch ein Befriedigend, ein anderer Schüler, der nur einen halben Fehler mehr gemacht hat, also acht Fehler, bereits ein Nicht genügend.

Wenn mir so etwas zu Ohren kommt, stellt sich mir die Frage, stellt sich uns allen die Frage, nach welchen Kriterien vergibt ein Lehrer die Noten? Hat er sich zu Hause ein Würfelspiel angelegt, das ihm bei der Notengebung behilflich ist? Oder entscheidet die gegenseitige Sympathie, welche Note der Schüler erhält?

Mir ist völlig klar, daß eine absolut objektive Beurteilung schwer möglich ist, doch wenn es eben so ausartet, wie ich es in den vorher genannten Beispielen erwähnt haben, dürfen sich Professoren nicht wundern, wenn erstens ein Schulfrust allgemein auftritt, die Leistungen der Schüler zurückgehen und sich die Schüler fragen, na ja, für was lernen wir eigentlich, wenn wir dann eh erst wieder ein Nicht genügend bekommen? Deshalb sollten wir Schüler die Möglichkeit haben, mitzuentscheiden, damit meine ich, zwischen mündlichen Prüfungen und Test auswählen können.

Die Stundenwiederholungen, die an und für sich recht beliebt sind, sollten stofflich klar festgelegt werden und als wesentlicher Bestand zur Note im Zeugnis beitragen, denn jeder von uns – wir sind da eigentlich zum Großteil Schüler – weiß ja, inwiefern die Nervosität, die bei den Schularbeiten häufig auftritt, negativ unsere Leistung beeinflußt. Auch sollten wir die Möglichkeit zur Berufung gegen jede Note im Zeugnis haben, nicht nur – wie momentan – gegen ein Nicht genügend.

Um nun zu einem Abschluß zu kommen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, auch im Bundesministerium dafür einzutreten, daß unsere Forderungen zur Leistungsbeurteilung erfüllt werden. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall. – 14.30 Uhr.)

Präsident Wegart: Wir haben bei der Vorbereitung dieses Schülerlandtages vereinbart, daß zu jedem Tagesordnungspunkt acht Wortmeldungen der Schüler erfolgen. Ich habe nun eine neunte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt von einem Schüler hier. Sie haben es in der Hand, darüber zu befinden, ob er zu Wort gemeldet werden kann. Zumal das die Tribüne des freien Wortes ist, empfehle ich, daß Sie dem zustimmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß Guntmar Kerbl noch zu Wort kommt, dann bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung.

Ich stelle Einstimmigkeit fest. Guntmar Kerbl ist am Wort.

Schüler Guntmar Kerbl (14.31 Uhr): Ich möchte eigentlich nicht euer Sitzfleisch strapazieren, aber mir ist so einiges aufgefallen bei den Wortmeldungen, die vorher waren. Und zwar hat der Kollege vor mir, also ein Redner vor mir, über die Entrümpelung des Lehrplans gesprochen. Was mich da ganz besonders jetzt betroffen hat – darum habe ich mich zu Wort gemeldet –, daß es mir so vorkommt, daß man ganz einfach versucht, den Lehrplan einfach wirklich zu entrümpeln, das, was man hat, nimmt man, das, was momentan nicht als wichtig erscheint, wird aus dem Lehrplan gestrichen.

Meines Erachtens dürfte es keine Lehrplanentrümpelung sein, sondern ein Lehrplanrecycling, daß man Dinge oder Fächergebiete, die einfach überaltet sind, wieder auffrischt durch fortgebildete Lehrer oder besser motivierte Schüler, und daß der Inhalt des Lehrplans sogar noch erweitert wird und daß ein Pluralismus entsteht, daß mehr gelehrt wird und daß die Schüler besser selektieren können, für welche Gebiete sie sich interessieren.

Zum Thema Politische Bildung möchte ich auch noch ganz kurz etwas sagen. Mir kommt vor, politische Bildung sollte nicht so – wie es in manchen Schulen

praktiziert wird – geschehen, daß die ganze Schule per Bus zu irgendeiner Kaserne hintransportiert wird, dort wird ein großes Referat über Landesverteidigung gehalten. Das ist dann die ganze politische Bildung. Es müßte überhaupt der Kontakt zwischen den Politikern – das ist auch der Aufruf an Sie, meine Damen und Herren –, daß politische Funktionäre in die Schulen kommen, referieren und den Schülern auch ermöglicht wird, zum Beispiel an so einer Veranstaltung teilzunehmen.

Weiters ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt, wobei ich auf Herrn Landeshauptmann zurückkommen möchte. Er sprach ganz am Anfang über die USA, über Clinton und so weiter. Wenn er über die USA spricht, können wir auch so weit gehen, daß wir sagen, der Student beziehungsweise der Schüler sollte Kunde sein. In den USA wird es zum Beispiel so gehandhabt, daß der Schüler nicht als Träger irgendwelcher Funktionen gehandhabt wird oder wie auch immer, sondern er ist Kunde, er wird betreut, er ist der Erwachsene von morgen, er trägt die Gesellschaft von morgen mit.

Meines Erachtens müßte die Schule die Aufgabe haben – wie auch schon gesagt wurde –, den Schüler wirklich zu fördern und nicht zu beurteilen in Kategorien von eins bis fünf, die Schularbeit abzuurteilen, sondern wirklich zu sehen, welche Inhalte, welche Gedanken hat der Schüler, inwiefern ist der Schüler wirklich mündig. Weil ich glaube kaum, daß ein Notensystem mit fünf Abstufungen von Sehr gut bis Nicht genügend etwas darüber aussagt, ob sich der Schüler bei einer Deutschschularbeit Gedanken über das Thema gemacht hat oder nicht. Mir kommt der Trend eher so vor, daß jene Schüler – ich möchte keinem etwas unterstellen –, die sich weniger mit dem Thema auseinandersetzen und dafür mehr Zeit haben, sich Fehler anzuschauen, bessere Noten bekommen als jene Schüler, die sich mit dem Thema aktiv auseinandersetzen und während der Schularbeit sich wirklich Gedanken machen und dadurch einen Rechtschreibfehler, einen Grammatikfehler oder einen Schlampigkeitsfehler oder wie auch immer machen.

Mir kommt vor, man sollte wirklich mehr für das Leben lernen. Da pflichte ich meiner Vorrednerin wirklich bei. Es sollte eine bessere Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern stattfinden. Das kann auch meines Erachtens nur stattfinden, wenn die Lehrer zufrieden sind, das heißt ordentlich bezahlt werden, nicht planmäßig Überstunden machen müssen, und die Klassenschülerzahl gesenkt wird. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 14.34 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (14.34 Uhr): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus dem Schülerlandtag!

Ich bin beeindruckt von Ihren Wortmeldungen. Als langjährige Elternvertreterin freue ich mich, daß Sie sich so eingehend mit Schulfragen beschäftigen und daß Sie so konstruktive Vorschläge machen. Sie liefern damit einen Beweis für politische Reife. Ich denke, daß Sie sowohl in Ihrem Elternhaus als auch in der Schule doch einiges an politischer Bildung mitbekommen haben.

Viele von Ihnen sind Schülervertreter, und ich weiß, daß es auch heute noch nicht immer und überall leicht ist, Schülervertreter zu sein. Die Schülervertretung hat für mich einen sehr hohen Stellenwert. Sie ist ein wichtiges Mittel der Demokratieerziehung. Sie ist praktizierte politische Bildung. In diesem Sinne bitte ich Sie, machen Sie davon verstärkt Gebrauch, und animieren Sie auch ihre jüngeren Kollegen und Kolleginnen, sich zu engagieren. Die politische Bildung ist ein Unterrichtsprinzip in unseren Schulen und sollte eigentlich in jedem Fach und in jeder Schule stattfinden. Ich weiß, daß das in der Praxis nicht der Fall ist, und wir müssen uns überlegen, wie man das aktivieren könnte. Ich kann mir auch ein eigenes Fach vorstellen, doch bitte ich, die hohe Stundenanzahl vor allem im berufsbildenden Schulwesen zu bedenken. Wir haben dort 38 Pflichtwochenstunden, dazu noch die zusätzliche Belastung der Hausaufgaben und des Lernens. Ich bitte Sie zu bedenken, ob das geht. Es wäre wahrscheinlich besser, alle Chancen zu nützen, die politische Bildung als Unterrichtsprinzip zu aktivieren, um hier zum Erfolg zu kommen.

Sie fordern in Ihrem Antrag die Objektivierung der Direktorenbestellung und die Ersetzung der Kollegien durch Schulgemeinschaftsausschüsse auf Landes- oder Bezirksebene. Ich persönlich kann mir sehr gut solche Schulgemeinschaftsausschüsse vorstellen, wo Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam die Probleme, die Schulfragen eines Landes besprechen. Wie Sie vielleicht wissen, hat es schon im vorigen Landtag und auch in diesem wieder einen Antrag von ÖVP-Abgeordneten dahin gehend gegeben, man möge die politisch besetzten Kollegien des Landesschulrates und der Bezirksschulräte ersetzen. Man möge neue Wege finden. Dieses Problem muß aber auf Bundesebene gelöst werden. Die Besetzung der Kollegien nach dem Parteienproporz ist durch eine Verfassungsbestimmung festgesetzt und kann daher nur auf Bundesebene geändert werden. Als Zwischenschritt hat man in der Steiermark als erstem Bundesland seinerzeit die Hearings eingeführt, Hearings, an denen Lehrer, Eltern und Schüler teilnehmen können. Ich weiß, daß das noch nicht ganz befriedigend ist, nehmen wir es als ersten Schritt, und bemühen wir uns alle, daß es auf Bundesebene zu einer Veränderung kommt.

Der dritte Punkt in Ihrem Antrag betrifft die Lehrerfortbildung. Hier stimme ich voll mit Ihnen überein. Auch ich halte es für sinnvoll, daß sich Lehrer sehr früh in ihrer Ausbildung überzeugen können, ob sie Freude haben, mit Schülern umzugehen, oder nicht. Das sollte also sehr früh passieren, und nicht wie jetzt erst im fünften Semester. Auch ich halte die verpflichtende Lehrerfortbildung, das heißt, die Verpflichtung zur Teilnahme an Lehrerfortbildungsveranstaltungen, müßte man genau sagen, für sehr wichtig, und ich hoffe, daß uns das gemeinsam gelingen wird.

Ein letztes Wort noch zur Autonomie der Schule, die heute auch stark angesprochen worden ist. Ich halte die Autonomie der Schule grundsätzlich für eine sehr gute Idee. Aber nach all dem, was ich in den letzten Monaten dazu gehört und gelesen habe, bin ich eher skeptisch. Ich fürchte genauso wie der Kollege Andrea-dis, daß es zu einer Verwaltung des Mangels kommen könnte, daß die Schule entscheiden soll, welche Freigegegenstände stattfinden beziehungsweise nicht mehr stattfinden, welche Exkursionen unter Umständen nicht

stattfinden und daß Wandertage abgesagt werden, wie das leider heuer schon in der Steiermark der Fall ist. Ich höre auch aus den Schulen, daß es bereits jetzt zu starken Rivalitäten zwischen den einzelnen Fächern kommt, jeder hat Angst um sein Fach, um seine Lehrerbeschäftigung. Und das führt nicht zu einem guten Schulklima. Autonomie darf auf keinen Fall eine Aktion von Finanzminister und Unterrichtsminister sein, um ein Sparprogramm zu kaschieren. Autonomie muß zur Verbesserung und muß zu mehr echter Demokratie in der Schule führen. Nur dann ist sie sinnvoll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 14.39 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Magda Bleckmann.

Abg. Bleckmann (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Schülerlandtag!

In der Einführung vor einer Woche hat der Herr Präsident Wegart gemeint, daß ich ja eigentlich unter den Schülern sitzen sollte. Sicher hat er damit mein Alter gemeint, obwohl das auch nicht so ganz hinkommt, aber ich wäre einverstanden, wenn wir einmal einen Studentenlandtag haben, bin ich sicher gerne auch bereit, wieder dabei zu sitzen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie werden ja bald fertig, Frau Kollegin!“) Ja, ja, aber ich fühle mich trotzdem noch als Studentin. So ist es nicht. Aber ich glaube, nicht nur vom Alter her, sondern von meiner Sichtweise her fühle ich mich mit den Schülern sehr verbunden. Sicher mehr als viele andere Kollegen im Landtag.

In meiner Budgetrede im März habe ich auch schon sehr viele Forderungen, die wir heute hier gehört haben, eingebracht. Wie zum Beispiel Entrümpelung der Lehrpläne, neue Lern- und Lehrformeln, bessere Ausbildung und Weiterbildung der Pädagogen, Objektivierung bei der Direktorenpostenbestellung und auch die Schulbuchaktion. Das alles sind freiheitliche Forderungen, die wir schon seit langer Zeit fordern. Ich freue mich, daß die Schüler hier auch dieser Meinung sind. Aber besonders wichtig ist mir das Fach Politische Bildung, vor allem, weil eben hier der Wissensdrang nach Zeitgeschichte und nach politischem Tagesgeschehen berücksichtigt wird. Aber ich halte das auch für eine sehr kritische und sehr vorsichtig zu behandelnde Forderung, denn hier kann auch vieles falsch gemacht werden. Ein schlechter oder zu politischer Lehrer könnte die Schüler in eine falsche Richtung beeinflussen. Und auch dieses Unterrichtsprinzip Politische Bildung, glaube ich, sollten wir etwas überdenken. Denn ich frage mich, ob es sinnvoll ist, daß jeder Lehrer zu jeder Stunde und immer, wann er will, seine Meinung kundtun kann, und vor allem seine politische Meinung kundtun kann. Einige von euch können sich sicherlich noch an den Film „Die Welle“ erinnern, wo ein Geschichtsprofessor aus Amerika seine Schüler beeinflusste und richtig manipulierte, weil die Schüler im Geschichtsunterricht nicht verstehen konnten, wie im Dritten Reich sich ein ganzes Volk beeinflussen ließ und auch manipulieren ließ. Und er hat sie dann auch in so eine Richtung manipuliert, daß es ihnen bewußt werden konnte. Und darin sehen wir, allein, daß dieses Beispiel funktioniert hat, daß die Lehrer einen sehr großen Einfluß ausüben können und auch sehr viele

Möglichkeiten der Beeinflussung haben. Ich glaube, daß wir hier wirkliche Vorsicht bei der Auswahl der Lehrer, vor allem eben der Lehrer dieses Faches Politische Bildung, an den Tag legen müssen. Vielleicht sollten die Lehrer öfters wechseln, damit keine einseitige Einstellung, kein einseitiges Bild entsteht. Und eine Möglichkeit war ja schon als bester Vorschlag, daß eigentlich ein parteiungebundener Lehrer dieses Fach ausbilden sollte, obwohl ich mir das an der Schule sehr schwer vorstellen kann. Es geht wirklich nicht an, daß in der Schule die Schüler in eine bestimmte politische Richtung hineingedrängt werden durch die Macht, die ein Lehrer durch Noten oder auch durch Zuneigung ausüben kann. Und das unter dem Deckmantel der Objektivität. Im Gegenteil, ich glaube, daß die Lehrer vor allem in diesem Fach in der Politischen Bildung besondere Qualitäten und besondere Eigenschaften haben müssen. Wie vielleicht ein Arzt, zu dem seine Patienten besonderes Vertrauen haben, muß der Lehrer hier ein besonderes Fingerspitzengefühl besitzen. Ich frage mich, ob das mit der heutigen Parteibuchwirtschaft überhaupt möglich ist, wo ein Lehrer nur dann seinen Lehrposten bekommt, wenn er auch ein Parteibuch besitzt. Und ob hier die Objektivität, die dieses Fach verlangt, überhaupt gegeben sein kann. Und ob das ein Weg ist, der Parteiverdrossenheit entgegenzuwirken, wie wir uns das gewünscht haben. Bei dieser Entwicklung kann ich nur hoffen, daß die heutige Jugend wirklich kritisch genug ist, um diese Entwicklung erstens zu erkennen und dieser Entwicklung auch entgegenzuwirken. Und wenn Landeshauptmann Krainer davon spricht, daß die Jugend sich nicht von Parteien vereinnahmen lassen will, so halte ich das schon für einen sehr guten Weg. Wenn ich die heutigen Debattenbeiträge sehe, bin ich überzeugt, daß das ein noch besserer Weg ist und daß das Kritikbewußtsein vorhanden ist. Ich würde mir wünschen, daß wir viel mehr auf die Jugend hören, denn wir haben auch schon gehört, man kann voneinander lernen, und daß wir diese Diskussion, die wir heute haben, fortsetzen können und daß es nicht ein einmaliges Erlebnis war. (Allgemeiner Beifall. – 14.44 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

Abg. Mag. Erlitz (14.45 Uhr): Angesichts der fortgeschrittenen Stunde, und das Buffet wartet auch schon, darf ich es ganz kurz machen, Herr Präsident! (Allgemeiner Beifall.)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf festhalten, daß es in Österreich zur Zeit keine breit angelegte schulreformatische Diskussion gibt. Zweitens, daß neu auf uns zukommende Herausforderungen, wie die Dynamik der Europäischen Integration, die Öffnung der östlichen Nachbarstaaten, die Internationalisierung vieler Lebensbereiche, eine neue Bildungsoffensive verlangen würden.

Eine solche Bildungsoffensive, die unsere Schullandschaft in fortschrittlicher Weise verändern könnte, müßte unter anderem ein einheitliches Sekundarschulwesen anstreben – das ist heute schon besprochen worden –, einen methodisch-didaktischen Innovationsschub, verbunden mit einer Autonomie und eine vermehrte Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Ganz kurz, das duale System, über das heute leider nicht gesprochen wurde – ich bedaure das, daß sich kein Lehrling heute hier gemeldet hat –, stellt zur Zeit ja eine sehr unattraktive Bildungssackgasse in unserem Bildungssystem dar. Zweitens, die Schulautonomie sollte darauf abzielen, das Schulwesen in seiner relativen Autonomie zu stärken. Die Autonomie sollte möglichst weit in die Ebene der Betroffenen hineinverlegt werden, das heißt in die Ebene der Schüler, der Lehrer, der Eltern. Es darf aber keine Regionalisierung oder Verländerung damit gemeint sein. Wir wollen nicht den Ministeriumskaiser durch neun Ländermonarchen ersetzen. Wir wollen aber auch keinen Schulkaiser. Auch das wollen wir nicht, denn eine Autonomie ist keine Gabe an die Direktoren, sondern eine Gabe an die Schule. Daher sollte man Autonomie nicht von oben verordnen, sondern von unten her einfordern.

Damit ist auch die Rolle des Schulleiters neu zu überdenken. Eine autonome Schule soll sich auch ihre Führungsstrukturen selbst bestimmen. Eigentliches Ziel einer Autonomisierung sollte für mich ein schülerzentrierter Unterricht sein – damit meine ich den didaktischen Innovationschub –, der nicht nur das Denken oder bei dem nicht nur das Denken eine Rolle spielt, sondern der Mensch als ganzheitliches, gefühlsbetontes, sinnliches Wesen miteinbezogen wird. Denn Faktoren, wie Gewandtheit, wie Phantasie, wie Originalität, wie Flexibilität, bleiben in der Schule – wie wir wissen – ja meist unterbewertet. Ich spreche hier als Lehrer. Das heißt, mehr kreativitätsfördernde Unterrichtssysteme in die Schule hinein, die den Schüler ermutigen, Fragen zu stellen, die wissenshungrig machen, die wissensdurstig machen und die auch versuchen, Zusammenhänge zu erklären.

Ganz zum Schluß aus aktuellem Anlaß darf ich auch noch sagen, daß die Schule nicht verzichten darf, und der Lehrer auch nicht, Kompetenzen, Haltungen und dauerhafte Einstellungen in dem Schüler zu erzeugen. Ich unterrichte selbst Geschichte, und Zeitgeschichte ist ein Teil davon. Eigentliches Ziel des Zeitgeschichtsunterrichtes müßte eben neben dem Faktenwissen, neben dem Koordinatenwissen, neben der Kenntnis der Ereignisgeschichte und verschiedener historischer Strukturen sein, auch Inhalte zu vermitteln, wie die Ablehnung der Gewalt, des Rassismus, des Fremdenhasses und der Völkerverhetzung, und Schüler zu Solidarität, Toleranz und Völkerverständigung zu erziehen. Ich würde mir von niemandem verbieten lassen, diese Inhalte zu vermitteln. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 14.49 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (14.49 Uhr): Meine sehr verehrten jugendlichen Damen und Herren!

Der heutige Vormittag und angebrochene Nachmittag hat für mich jedenfalls eines als Grunderkenntnis gebracht: Man kann in fünf Minuten wirklich auch etwas sagen. Wir selbst sollten sehr oft daran denken, daß es möglich ist, in einer so kurzen Zeit etwas zu sagen, und daß es leichter ist, lang zu reden und nichts zu sagen. Ich danke Ihnen sehr herzlich für diese Form. Das ist das eine, was ich sagen möchte.

Das zweite. Wenn Sie auch nur ein ungefährer Durchschnitt und ein Querschnitt dessen sind, was sich in unseren Schulen an Schülern begibt, dann ist der heutige Tag ein Tag der Hoffnung.

Nun zu den einzelnen Themen. Die Entrümpelung des Lehrplanes, meine Damen und Herren, geht ganz sicher. Jeder, der sieht, daß zum Beispiel ein Lehrer nach dem Schulbuch vorgeht, stellt sich ja wirklich die Frage, was kann er da nicht selbst darin lesen. Was gibt es in Wirklichkeit für Möglichkeiten, die Zeit anders zu nützen. Das ist nur ein Hinweis, aber ich glaube, er ist bedeutungsvoll, denn das ist ja nicht Sinn der Lehre und schon gar nicht Sinn einer weitergehenden Bildung, von der Sie zu Recht reden, daß man nach dem Buch vorgeht. Leider geschieht das sehr häufig.

Bei der Frage der Wissensvermittlung kann man auch den Mut haben, dort und da eine Lücke zu lassen und dafür etwas anderes aufzufüllen, was von Ihnen angesprochen wurde und wofür ich stehe. Ich nenne es nicht kompliziert, ich sage einfach: Wissensvermittlung allein ist zu wenig, wir brauchen die Vermittlung von Herzensbildung.

Ich glaube, daß die Frage der Weiterbildung der Lehrer ein zwingend notwendiges Kriterium sein muß auch für die Evaluierung dessen, was im Unterricht geschieht. Es wird zwar immer wieder behauptet, die Evaluierung geht in diesem Bereich nicht – das ist ja von den Universitäten bis zu den Kindergärten –, wo behauptet wird, das sei schwierig. Schwierig mag es sein, aber es gibt Evaluierungsmethoden und -techniken. Was jemand vermittelt, wie er es vermittelt und wie er sich weiterbildet, das sind die Kriterien.

Meine Damen und Herren, Politische Bildung. Ich sage nur einen Satz. Jeder politische Wirbel kostet uns an Reputation und schließlich und endlich am Ende auch geldmäßig viel mehr als ein Mehraufwand für die Einführung eines solchen Pflichtfaches in allen Bereichen.

Ich sage zur Frage der Autonomie: Die budgetäre Autonomie, die auch angesprochen wurde, ist eine Facette, ist eine Möglichkeit. Ob man sie uneingeschränkt gelten lassen soll, weiß ich nicht so einfach zu beantworten. Ich weiß von der Universität etwa, daß man sich sehr lange davor gewehrt hat, weil der innere Verteilungskampf ein neues Problem schaffen kann. Das kann auch an Schulen so sein. Man weiß auch in Schulen, daß es die Zusammenschlüsse von Interessenten und Interessen gibt. Wenn diese die Mehrheit darstellen, ist auch die Budgetmittelverteilung etwas nicht Ungefährliches.

Ich würde also sagen, daß die budgetäre Autonomie – die inhaltliche steht für mich außer Zweifel – nicht nur von Vorteil sein kann. Ich füge noch hinzu – meine Damen und Herren, bitte seien Sie mir nicht böse –, unter Umständen ist eine Mangelverwaltung, die angesprochen wurde, die wir uns natürlich nicht wünschen, ebenfalls nicht nur etwas Negatives. Sie sind mir nochmals nicht böse, wenn ich sage, gerade Sie sind eine Generation, wo man mit Mangel an sich sehr schlecht umgehen kann. Ein bißchen Mangelverwaltung, auch budgetäre Mangelverwaltung, beflügelt sehr viel an Ideen, an Möglichkeiten und an Geist. Ich glaube, es ist nicht nur ein Nachteil, auch damit hantieren zu müssen.

Ich komme zum letzten Punkt. Meine Damen und Herren, Krainer, Schmid und ich sind gleichzeitig auch Vorsitzende unserer Parteien. Die Republik Österreich steht auf den Säulen auch der politischen Parteien, auch wenn sie in der Form in der Verfassung nicht verankert sind. Ich möchte zumindest für mich klar zum Ausdruck bringen, daß es zwar kein Vorteil sein darf, wenn jemand bei einer Partei ist, aber es darf auch ganz sicher kein Nachteil sein. Ich sage noch etwas, Gesinnungslosigkeit ist auch kein Wert an sich. Die Bekenntnisse oder das Bekenntnis zu einer politischen Partei ist doch auch ein Wert, wenn wir ihn verbinden mit Gesinnung.

Ich habe sehr oft die Sorge, daß diejenigen am stärksten für die Entpolitisierung sind, die in Wirklichkeit im politischen Spektrum sich nicht ausreichend vertreten fühlen, weil sie bei Wahlen nicht die entsprechenden Stimmen bekommen. Ich glaube also, wir sollten durchaus vorsichtig sein, wenn wir, von dieser generellen Entpolitisierungswelle erfaßt, glauben, wir tun uns etwas Gutes. Ich sage, dieser Staat steht auch auf den Grundfesten seiner politischen Parteien. Ich würde Ihnen etwas Falsches sagen, wenn ich von mir aus verkünde, dieses Prinzip aufgeben zu wollen. Dann würde ich hier Falsches vermitteln, aber zu etwas bin ich uneingeschränkt bereit: Wir haben die Verpflichtung zur Selbstbeschränkung. Ich danke Ihnen herzlich. (14.54 Uhr.)

Präsident Wegart: Das Schlußwort hat die Bericht-
erstatlerin.

Schülerin Astrid Kellner: Ich möchte gar nicht mehr viel sagen. Ich glaube, es ist wirklich spät, und das Buffet wartet. Daher bitte ich den Schülerlandtag, über den Beschlußantrag abzustimmen.

Präsident Wegart: Ich ersuche die Schülerinnen und Schüler, die dem Antrag der Bericht-
erstatlerin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Die Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Noch zum Wort gemeldet ist der Landesschul-
sprecher Alexander Andreadis.

Schüler Alexander Andreadis (14.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Werte Landesregierungsmitglie-
der! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben in den letzten Wochen eine Budget-
debatte miterlebt, wir haben miterlebt, wie man sich ge-
genseitig beschimpft. Und derjenige, der am pointierte-
sten beschimpft, ist dann ein guter Politiker – oder? Es ist schön, heute so viele zustimmende Wortmeldungen zu unseren Forderungen zu hören. Doch wann be-
ginnen Sie endlich, vernünftige Politik zu machen, und nicht nur Parteipolitik zu machen? Meine Damen und Herren, wieviel Politik oder vielmehr Politikverdrossen-
heit können Sie sich noch leisten?

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen noch einmal die Grundbekenntnisse, die wir Schüler heute hier bei diesem Landtag vorgebracht haben, nahezulegen.

Das erste wäre die Ausländerfrage. Jeder Verant-
wortungsträger in diesem Land ist aufgefordert, in der Öffentlichkeit zu sagen: In Österreich hat Ausländer-

feindlichkeit keinen Platz! Wenn eine Mehrheit gegen eine Minderheit auf- oder nur zu begehren versucht, ist das ein Verbrechen an unserem Staat.

Zweitens Umweltpolitik: Wir müssen uns endlich zu einer mutigen Umweltpolitik durchringen. Global den-
ken – lokal handeln heißt das Motto. Wollen wir uns selbst den Teppich unter den Füßen wegziehen? Um-
weltschutzpolitik muß endlich gemacht werden, und nicht nur angekündigt werden.

Drittens Bildungspolitik: Bildungspolitik umfaßt nicht nur, daß man über Gratiskondome oder die Neurege-
lung der Ferien diskutiert. Wir haben Ihnen heute unsere wichtigen Anliegen und Themen präsentiert, und dazu gehört eben die verstärkte Autonomie der Schulen, dazu gehört eben eine verbesserte Lehrer-
aus- und -fortbildung, dazu gehört eben die Abschaf-
fung des Kollegiums und eine Einführung des Faches Politische Bildung.

Abschließend möchte ich noch einen Dank richten, einen Dank an Herrn Landeshauptmann Krainer, der, als wir zu ihm gekommen sind und ihn gebeten haben, einen Schülerlandtag zu machen, sofort zugestimmt hat, bedanken auch beim Herrn Landtagspräsidenten, der, als wir zu ihm gegangen sind, gesagt hat, ja, einen Schülerlandtag machen wir; bedanken auch bei Herrn Hofrat Dr. Anderwald und bei Herrn Amtsrat Mesicek und den vielen fleißigen Sekretärinnen, ohne die dieser reibungslose Ablauf des Schülerlandtages nicht mög-
lich gewesen wäre.

Vor allem möchte ich aber euch danken, die ihr mit eurer Direktheit und eurer Ehrlichkeit das vorgetragen habt, was euch am Herzen liegt.

Zum Schluß bleibt mir somit nur noch eine Bitte: Machen Sie Politik, die wieder interessant ist. Machen Sie mit uns Politik. Bekennen Sie Farbe, sagen Sie nicht blau, wenn Sie rot meinen. Wir sind die Zukunft. Und vielleicht schaffen wir Steirer es, was andere Bun-
desländer und das Parlament nicht geschafft haben, nämlich Taten zu setzen, statt nur Zusicherungen zu machen. Bleiben Sie mit der Jugend im Dialog, widmen Sie auch weiterhin uns Schülern und Lehrlingen ein oder sogar zwei Ohren. In diesem Sinne bis zum näch-
sten Schülerforum und zum nächsten Schülerlandtag in einem Jahr. Danke! (Allgemeiner sehr starker Beifall. – 14.59 Uhr.)

Präsident Wegart: Hoher Schülerlandtag!

Wir kommen damit in die Zielgerade. Ich weiß aus langer Erfahrung, man soll mit hungrigen Wölfen nicht zu lange an einem Tisch sitzen. Ich habe dafür vorge-
sorgt, daß wir nebenan dann auch eine kleine Atzung vornehmen werden. Bevor es aber soweit ist, habe ich die Möglichkeit, Ihnen ein Wort des Dankes, aber auch ein Wort der Besinnung zu sagen. Zuerst meine Aner-
kennung und meinen Respekt für die Disziplin, die Sie heute an den Tag gelegt haben. Das erlebe ich nicht jeden Tag, und vor allem auch nicht in diesem Hohen Haus. Das Zweite, daß Sie sich prompt und genau an die Zeit gehalten haben, die wir vereinbart haben. Auch das wäre ein Lernprozeß für manche, die in diesem Hohen Hause sitzen. Das Dritte, daß Sie weitest-
gehend frei gesprochen haben. Darüber freue ich mich ganz besonders. Und daß Sie es auch mit einem so hohen sittlichen Ernst gemacht haben.

Und nun, liebe junge Freunde, zu euch spricht einer, der der letzte der 45er-Generation ist. Als ich heimge-

kommen bin aus dem Krieg und der Gefangenschaft, stand ich auch vor der Frage, soll ich mich mit Politik befassen oder soll ich es anderen überlassen. Ich habe mir gesagt, ich will mittun, und ich will dabei sein. Und daraus sind nahezu mehr als 47 Jahre geworden. In diesem Hause haben wir in diesen mehr als viereinhalb Jahrzehnten ein starkes Fundament geschaffen. Ihr seid das Österreich von morgen. Und laßt mich sagen, dieses Österreich von morgen wird so aussehen, wie Ihr dieses Land selber in die Hand nehmt und es nach euren Vorstellungen gestaltet. Ich rufe euch zu, seid stolz auf Österreich, stolz auf seine große Vergangenheit, stolz auf seine kraftvolle Gegenwart, und macht alle Anstrengungen, bei denen wir mit dabei sind, daß euch eine gute Zukunft gesichert ist. Ich glaube, daß wir mit Recht sagen können, wir haben eine Chance

wahrgenommen, daß wir jeden Vergleich mit jedem Land in der Welt aushalten, und das, glaube ich, rechtfertigt auch diese Arbeit, die hier in diesem Hohen Haus vollbracht wird. In dieser Gesinnung darf ich Ihnen herzlich danken.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, euch, liebe junge Freunde, euren Familien und allen, die euch nahe stehen oder denen ihr nahesteht, frohe Weihnachten zu wünschen. Wir feiern Weihnachten in Frieden. Meine Generation weiß es zu schätzen, was es heißt, nahezu ein halbes Jahrhundert Frieden zu haben. Und wir feiern ein neues Jahr, von dem wir hoffen können, daß es ein gutes Jahr sein wird. Und so, glaube ich, darf ich wünschen frohe Weihnacht, und ich rufe euch zu Glück auf für 1993. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner sehr starker Beifall. – 15.03 Uhr.)

Steiermärkischer Landtag Schülerlandtag

Mitglieder

- ALLABAUER Angela, 8565 St. Johann ob Hohenburg
Schule Ursulinen, Graz
- ANDREADIS Alexander, 8046 Graz, Im Hoffeld 62
BRG Kepler, Graz
- BANHOLZER Andrea, 8020 Graz, Gaswerkstraße 15
Aktion Kritischer Schüler
- BLEYER Michaela, 8712 Niklasdorf, Proleb 153
Fachschule für wirtschaftliche Berufe, Leoben
- BRANDSTÄTTER Ulli, 8103 Rein, Tallak 41
Landesberufsschule 3, Graz
- BUDER Johannes, 8010 Graz, Am Blumenhang 17
HIB Liebenau, Graz
- DIETINGER Elisabeth, 8463 Leutschach,
Schloßberg 26
HBLA für wirtschaftliche Berufe, Graz
- DOBERAUER Sabine, 8010 Graz,
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 52
Union Höherer Schüler
- EDLINGER Walter, 8973 St. Marein bei Knittelfeld,
Fressenberg 10
BG/BRG Judenburg
- ERTL Achim, 8692 Neuberg an der Mürz, Lechen 19 a
BHAK/BHAS Mürzzuschlag
- FELDHOFFER Josef, 8010 Graz, Lange Gasse 2
Bischöfliches Gymnasium, Graz
- FERLIN Günther, 8020 Graz, Gaswerkstraße 15
Aktion Kritischer Schüler
- FLECK Christian, 8160 Weiz, Sonnenweg 7
HTL Weiz
- GIGL Sabine, 8045 Graz, Popelkaring 126
HAK Grazbachgasse
- GRABENBAUER Andreas, 8654 Fischbach,
Falkenstein 101
Werksberufsschule Böhler, Kapfenberg
- GRÜNWALD Helga, 8943 Aigen im Ennstal,
Tachenberg 7
Kinderpädagogik Liezen
- GURT Thomas, 8054 Graz, Schmiedweg 10
Landesberufsschule Feldbach
- HAINZ Wolfgang, 8362 Söchau, Tautersdorf 50
Landesberufsschule 3, Graz
- HALLAMA Doris, 8200 Gleisdorf, Hofstätten 80
BRG Gleisdorf
- HARTMAIER Harald, 8101 Gratkorn, Dultstraße 15
Gewerkschaftsjugend, Landesberufsschule 8, Graz
- HAUK Peter, 8430 Leibnitz,
Dechant-Thaller-Straße 24
BHAS/BHAK Leibnitz
- HAUSBERGER Stefan, 8700 Leoben, Turmgasse 3 c
BG Leoben
- HERZOG Simona, 8010 Graz, Carnerigasse 20
Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe, Graz
- HOTTER Joachim, 8082 Kirchbach in Steiermark 22 a
HAK Feldbach
- HÜBLER Markus, 8715 St. Lorenzen bei Knittelfeld 6
BG/BRG Knittelfeld,
Steirischer Mittelschülerverband
- KELLNER Astrid, 8010 Graz, Baumschulgasse 11
BRG Carnerigasse, Graz
- KERBL Guntmar, 4580 Windischgarsten,
Lassach 408
BBA Liezen
- KOHL Simone, 8330 Feldbach, Weitersdorf 8
Ausbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, Mureck
- KOLLER Christiana, 8482 Gosdorf 185
HAK/BHAS Leibnitz
- KOWATSCH Wolfgang, 8720 Knittelfeld,
Steirergasse 1
BG/BRG Knittelfeld,
Steirischer Mittelschülerverband
- KRENN Christian, 8850 Murau, Roseggerstraße 10
Landesberufsschule 6, Graz
- KRENN Monika, 8073 Feldkirchen bei Graz,
Mühlweg 7 b
BG Dreihackengasse, Graz
- KRETSCHMER Gerald, 8047 Graz, Berlinerring 61
Landesberufsschule 7, Graz
- KRÖLL Christian, 8530 Deutschlandsberg,
Bäckerweg 25
BHAK/BHAS Deutschlandsberg
- KRÖPFL Oliver, 8350 Fehring, Annengasse 22
BRG Fürstenfeld
- LACHMANN Markus, 8591 Maria Lankowitz,
Puchbacher Straße 270
HAK Voitsberg
- LICKL Christian, 8563 Ligist, Dietenberg 107
HTBLA Ortweinplatz
- MADER Herwig, 8700 Leoben, Steigtalstraße 53
BG/BRG Leoben
- MANTL Josef, 8051 Graz, Wiener Straße 256
Akademisches Gymnasium, Graz
- MIHELIC Karoline, 8521 Wettnannstätten,
Lassenberg 18
Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe,
Deutschlandsberg
- PRUTSCH Alice, 8020 Graz, Weingartenweg 2
HLW Schulschwestern, Graz
- PRUTSCH Nicole, 8020 Graz, Weingartenweg 2
HLW Schulschwestern, Graz
- RAUSCHER Franz, 8045 Graz, Preßnitzweg 1
AHS Körösisstraße, Graz
- RIEBENBAUER Andreas, 8241 Dechantskirchen,
Kroisbach 30
HTL Pinkafeld
- SCHÄFER Wolfgang, 8041 Graz, Leo-Scheu-Gasse 5
Landesberufsschule 3, Graz
- SEBASTIAN Christian, 8810 Neumarkt, Altenbach 8
Landesberufsschule Mureck
- STEINBÄCKER Sandra, 8600 Bruck an der Mur,
Waldrandsiedlung 4
HAK Bruck an der Mur
- STEINKELLNER Karin, 8430 Leibnitz, Obergralla 27 a
Landesberufsschule 3, Graz

STEINWIDDER Claudia, 8020 Graz,
Bauernfeldstraße 21
Gewerkschaftsjugend

STEITER Christian, 8503 St. Josef (Weststeiermark),
Wetzelsdorfberg 63
Landesberufsschule Voitsberg

STIPPER Maria, 8010 Graz, Bischofplatz 4
Katholische Schülerjugend

TIEBER Peter, 8302 Nestelbach bei Graz,
Edelsgrub 79

TÖFFERL Eveline, 8700 Leoben, Schillerstraße 18
BRG Leoben

TRUMMER Uwe, 8330 Feldbach, Mühlgasse 12
BRG Gleisdorf

VOIT Barbara, 8182 Puch bei Weiz 49
Schwesternschule, Graz

WAINIG Volker, 8280 Fürstenfeld, Josefigasse 2
BRG Fürstenfeld

WUTZHOFFER Jürgen, 8230 Hartberg, Ring 229
BRG Hartberg

ZECHNER Jakob Peter, 8750 Judenburg,
Ferdinand-Raimund-Gasse 17
Landesberufsschule Mureck

Ersatzmitglieder

FUCHS Diana, 8490 Bad Radkersburg, Mitterling 57

HOLZHEN Barbara, 8691 Kapellen, Raxen 16

KARNER Cornelia, 8047 Graz, Berlinerring 34

KRENN Tobias, 8793 Trofaiach, Unterginglach 67
BG Leoben

MARKO Stefan, 8160 Weiz, Esterlgasse 33
HAK Weiz

MUBARAK Samy, 8920 Hieflau, Hauptstraße 11
Handelsschule Eisenerz

SASSWALD Andreas, Landesberufsschule 3, Graz
SCHEIDL Jutta, 8700 Leoben, Kerpelystraße 24
HBLA Leoben

SCHÖBER Kerstin, 8010 Graz, Schattal 43

TAVERNER Swen, 8580 Köflach,
Barbarasiedlung D/17

WEBER Barbara, 8020 Graz, Kalvarienbergstraße 60

WEBER Thomas, 8940 Liezen, Rathausplatz 4

WEIDINGER Thomas, 8020 Graz,
Rösselmühlgasse 9

Teilnehmer seitens der Fraktionen:

ÖVP

LAbg. Dr. Karl Maitz

LAbg. Dr. Reinhold Lopatka

LAbg. Dr. Eva Karisch

LAbg. Dr. Gerhard Hirschmann

LAbg. Dr. Candidus Cortolezis

SPÖ

LAbg. Günter Dörflinger

LAbg. Mag. Wolfgang Erlitz

LAbg. Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa

LAbg. Barbara Gross

LAbg. Dipl.-Ing. Günter Getzinger

FPÖ

LAbg. Magda Bleckmann

LAbg. Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura

LAbg. Herbert Peinhaupt

LAbg. Dipl.-Ing. German Vesko

LAbg. Peter Schinnerl

PRESSEREAKTIONEN

Ausländerfrage: Schüler gegen FPÖ-Volksbegehren

Der Schülerlandtag zeigte, daß die Ausländerfrage das Thema Nr. 1 der Jugend ist. Aber in einer ganz anderen Form, als sich das die FPÖ wünscht.



Aufmerksamkeit und Disziplin bei den Debatten prägten den Schülerlandtag mehr noch als die Verjüngung in den Abgeordnetenbänken F. GRADWOHL

SPLITTER

Themen. Der Schülerlandtag befaßte sich nicht nur mit der Ausländerfrage. Häufig behandelte Themen waren auch Verkehrs- und Umweltfragen sowie der Bereich Schuldemokratie.

Die Konfrontation der Landespolitiker mit 56 Schülervertretern von steirischen Oberstufen- und Berufsschulen war ein voller Erfolg. Daran konnte auch der lähmende Beginn mit einer Fragestunde nichts ändern. Die gewählten Schülervertreter zeigten sich in der Landstube den gewählten Volksvertretern in vielen Belangen, besonders aber hinsichtlich ihrer Disziplin, gewachsen.

Zum beherrschenden Thema entwickelte sich die Ausländerfrage. Dabei fiel auf, daß alle Schülervertreter mit mehr oder weniger starkem Elan das FPÖ-Volksbegehren ablehnen. Parteichef Michael Schmid, der als Landesrat auf der Regierungsbank saß, wurde es sichtlich ungemütlich. Immerhin wurde er nicht von irgendwelchen schwarzen oder roten Parteijugendlichen, sondern von gewählten Schülervertretern attackiert. Ob die FPÖ etwa Angst habe vor „Kebab und Sirtaki“, fragte der Leibnitzer Peter Hauk. Der Neuberger Achim Ertl brachte das Thema auf den Punkt, daß es um die Angst der Satten vor den Hungernden gehe. Wolfgang Schäfer aus Graz führte die Empfänglichkeit von Jugendlichen für die Parolen der rechtsradikalen Führer darauf zurück, daß junge Menschen dadurch jene Aufmerksamkeit erführen, die sie anderswo vergebens suchten.

Der schärfste Kritiker des FPÖ-Volksbegehrens war der Grazer Josef Mantl, Sohn des bekannten Politikwissenschaftlers. Das Volksbegehren löse kein einziges Problem, meinte er. Landesrat Schmid ließ sich in der Folge zu Zwischenrufen hinreißen und glitt in parteipolitisches Hickhack ab. Der Applaus für ein Intermezzo Mantls zeigte, daß Schmid mit seinen Argumenten für das FPÖ-Volksbegehren in den Schulen meinungsbildende Mehrheiten gegen sich hat.

Johannes Kübeck

Schüler im Landtag: Neue Einsichten für Mandatare

GRAZ. Premiere im Landtag: Zum ersten Mal in der Geschichte des Landesparlaments saßen nicht die gewählten Abgeordneten sondern 56 Schülervertreter der Landesregierung gegenüber. Doch im Ablauf verlief die Sitzung ganz ähnlich wie alle anderen: Fad und lähmend die Fragestunde, in der die Regierungsmitglieder Monologe vom Blatt verlesen; engagiert und diszipliniert die Debatte über Sachprobleme; spannend und emotional das Streitgespräch über jenes Thema, das im Moment am meisten dazu angetan ist, die Gemüter zu bewegen: Die Ausländerfrage. Die Disziplin der Schüler farbte auf jene der Politiker ab: Die Debattenbeiträge blieben auf fünf Minuten beschränkt. Die ÖVP-Regierungs-

sprechpartner in Sachen Bildung. Er nützte eine Anfrage an ihn, um ein Plädoyer für die gemeinsame Schule der 10 bis 14-jährigen zu halten. Auf die knappe und präzise Frage des Landeschulsprechers Alexander Andreadis, ob die Schülervertretung von der Landesverwaltung Räumlichkeiten zugewiesen bekommen könnte, hatte er nur eine ebenso knappe Antwort parat: Nein, Kapazitäten erschöpft.

Keiner ohne Fehler

Landeshauptmann Josef Krainer wurde zum Thema Politikverdrossenheit befragt und ließ es sich nicht nehmen, wortreich Verfehlungen in der Politik zu beklagen und Besserung zu geloben. Etwas überraschend dürfte ihn die Ergänzungsfrage von Maria Stippler (Katholische Jugend) getroffen haben: „Fühlen Sie sich ganz persönlich mitverantwortlich für die Politikverdrossenheit?“ Doch er faßte sich rasch: „Selbstverständlich, ich fühle mich für einiges sehr verantwortlich. Keiner ist ohne Fehler.“ Landesrat Michael Schmid stand weniger wegen seines Ressorts (Wohnbau) denn wegen seiner Funktion als FPÖ-Obmann im Kreuzfeuer der Kritik. In seiner Antwort auf die Anfrage, warum er in der Bundesparteileitungssitzung für das Ausländer-Volksbegehren gestimmt habe, versuchte er wie schon vor wenigen Wochen in der Budgetdebatte, das Thema vom Tisch zu bringen. Es gehe nicht um die wirklich verfolgten Flüchtlinge, und es gehe nicht um Emotionalisierung, sondern um Aufarbei-



Nicht die Abgeordneten, sondern die Schüler verabschiedeten gestern im Landtag Beschlussträge. (Lohr)

VON CLAUDIA GIGLER-HECZKO

mitglieder saßen nahezu von der ersten bis zur letzten Minute auf der Regierungsbank, auch FP-Landesrat Michael Schmid und die SP-Fraktion wichen nur kurz von den Stühlen. Nur Finanzlandesrat Hans-Joachim Ressel war wegen Krankheit entschuldigt. Auch die von den Parteien delegierten Abgeordneten – je fünf an der Zahl – hielten sich die meiste Zeit im Plenarsaal auf, allerdings an der Seite unter den Fenstern: Damit sie die Debatte nicht stehend überdauern müssen – ihre Plätze waren ja von den Schülern besetzt –, ließ Landtagspräsident Franz Wegart sogar die Seitenbänke wieder in die Landstube räumen, die von ihm im Sommer entfernt wurden, da sie sich für zuweilen recht laute und störende Zwiesgespräche geradezu anboten.

Solchermaßen fast zu Zuschauern mutiert, ließen sich für die Abgeordneten neue Einsichten gewinnen: LAbg. Günter Dörflinger (SPÖ) gab am Rednerpult zu Protokoll, daß ihm jetzt erst bewußt geworden sei, wie langweilig die Fragestunde sei. Wie zu erwarten, enthielten die Antworten der Landesräte auf die schriftlich eingereichten Fragen der Schüler nichts Spektakuläres. Verkehrs-, Umwelt- und Bildungspolitik waren die Themen.

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Schachner-Blazizek als Schulreferent war An-

sprechpartner von Sachproblemen.

Schon die Nachfrage ließ erkennen, daß er die kritischen Schüler nicht zu überzeugen vermochte: Ob angesichts eines Ausländeranteils von 2,6 Prozent in der Steiermark ein Grund bestehe, aktuelle Gefahr zu signalisieren? Schmid, eher ausweichend: Die Steiermark könne sich nicht ausgrenzen aus dem Volksbegehren.

Unnötige Fleißaufgabe

In der nachfolgenden Debatte kam das Thema noch einmal hoch. Josef Mantl (Akademisches Gymnasium, Graz) brachte seine Position in einer kurzen, aber pointierten Rede auf den Punkt: Das Begehren sei

eine „unnötige Fleißaufgabe, die uns im Ausland schadet und im Inland nicht nützt“. Die Konsequenz sei ein klares Nein. Herwig Mader (BG/BRG Leoben) plädierte für ein „Toleranz zuerst“ statt dem „Österreich zuerst“ der FPÖ. Peter Hauk (BHAS/BHAK Leibnitz) rief dazu auf, dem wachsenden Rechtsextremismus durch Information vorzubeugen, „auch wenn Schmid gegen so eine freie Meinungsäußerung eingetreten ist“.

Auf diesen Vorwurf ging Schmid in seinem Schlußwort noch einmal ein: Nicht demokratiepolitischem, sondern parteipolitischen Engagement der Lehrer müsse Einhalt geboten werden.



Landtagspräsident Franz Wegart dirigierte die Schüler zu Beginn der Sitzung zum Gruppenfoto. (Lohr)

Weiter Kontakt

Der Kontakt zwischen Politikern und Schülern soll keine Einmal-Aktion bleiben. Die von den Schülern verabschiedeten Beschlussträge werden vom regulären Petitionsausschuß des Landtags weiterbehandelt und der Regierung zugeführt. Die Schüler werden vom weiteren Gang der Dinge verständigt. Landeshauptmann Josef Krainer regte gestern außerdem ein regelmäßiges Schülerforum an. Abgeordnete und Schüler sollten dort einen Gedankenaustausch pflegen.

Abgeordnete überließen für einen Tag Schülern ihre Sessel im Landtag

Jung-Parlamentarier sehr gut vorbereitet

Beim „1. Schülerlandtag“ in der Steiermark stellten Mandatäre der Jugend ihre Plätze zur Verfügung. Regierungsmitglieder beantworteten die Fragen der Schüler. Kein Thema wurde ausgelassen – die Palette reichte von Politikverdrossenheit bis zum Rechtsextremismus.

Am Dienstag herrschten im Landtag ungewöhnliche Verhältnisse: 56 Schüler nahmen die Plätze der Abgeordneten ein, und die Politiker mußten ihnen Rede und Antwort stehen.

Die Fragen, die die Jugendlichen stellten, waren kurz, aber treffend. So etwa wollte eine Schülerin von Landeshauptmann Josef Krainer wissen, welche Maßnahmen die Landesregierung gegen die zunehmende Politikverdrossenheit setzen werde. Doch Krainer wollte die Sache nicht verallgemeinern: „Es ist ein geflügeltes Wort geworden. Es existiert aber keine generelle Politikverdrossenheit, sondern eher nur ein Unbehagen.“ Und sprach sich dafür aus, daß sich die Landesregierung mit den Vorschlägen und Initiativen der Jugend auseinandersetzen solle.

Dem heißen Thema Rechtsextremismus wollte auch der Schülerlandtag nicht ausweichen. Ein Antrag, in dem eine umfassende Informationskampagne über die Gefahren des Rechtsradikalismus gefordert wurde, wurde von den Schü-

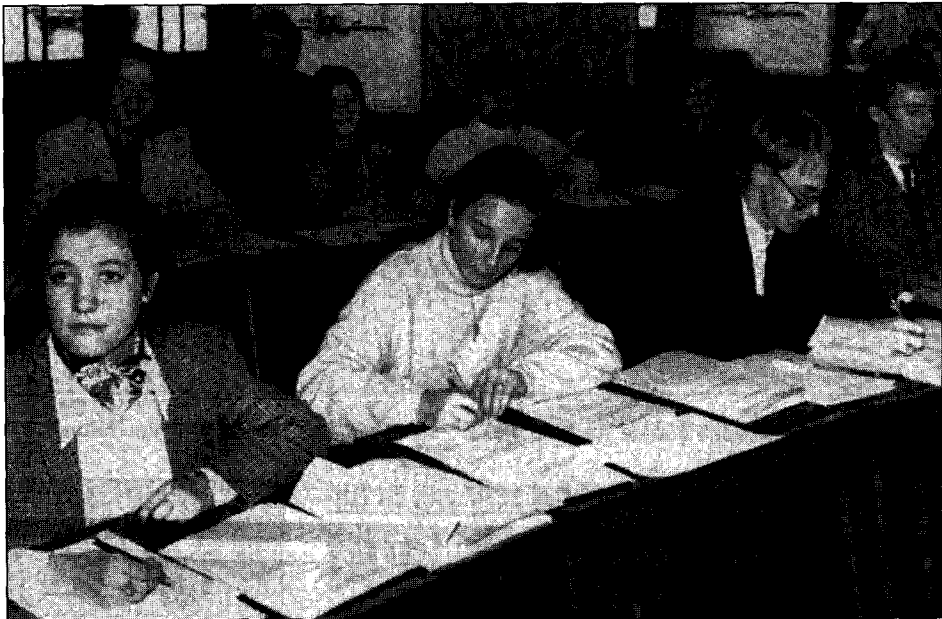


Bild: Franz Pautisch
Einen Tag lang waren 56 Schüler die Abgeordneten – ihre Fragen waren zum Teil sehr kritisch

ler-Abgeordneten einstimmig angenommen.

Jugendliche und Politiker stehen dem „1. Schülerlandtag“ übrigens sehr positiv gegenüber. Der Landeshauptmann regte sogar mehrere Zusammenkünfte an, etwa in Form eines Schülerforums. Denn „es soll zu einem Dialog zwischen der Jugend und der Politik kommen“, so Krainer. Und auch die Jung-Abgeordneten waren eigentlich recht zufrieden mit diesem Tag.

ELISABETH HOLZER ■

IHNEN GESAGT

Terrorangst für Schüler

Alles rund um das Jörg-Haidersche Volksbegehren „Österreicher zuerst“ ist samt seinen Gegenreaktionen schon bis zur Unerträglichkeit emotionalisiert worden.

FP-Michael Schmid wollte scharenweise „irr gewordene Lehrer“ an die Öffentlichkeit zerren. Vorerst hat er nur einen, man kann sich irren.

Der Grüne Peter Pilz wollte Innenminister Franz Löschnak mit Schimpf und

Schande aus der „SOS“-Bewegung jagen.

Schön klingt es, wenn der FP-Abgeordnete Wolf Chibidziura dann Schülern im Landesparlament versichert, er sei gegen Extremismus, besonders gegen den von rechts. Zusatz: „Es ist besser, mit dem Kugelschreiber abzustimmen als mit Molotowcocktails.“ Das ist angstmachende, eiskalte Demagogie für die Jugend! schnei



Die Abgeordneten können von der Jugend einiges lernen!

Grundsätzlich könnten sich einige Mandatare des steirischen Landtags ein Beispiel an der Jugend nehmen – beim ersten „Schüler-Landtag“ (die Politiker wechselten mit den Jugendlichen die Plätze) ging es nämlich um einiges spannender zu, als bei normalen Sitzungen. Es sei die starre Geschäftsordnung, meinten viele Schüler, die eine lebhaft politische Diskussion fast unmöglich mache. Und selbstbewußt: „Mitgestalten ist unsere Aufgabe!“ Landeshauptmann Krainer gab ihnen recht: „Nicht Leerformeln, sondern kritische Auseinandersetzungen sind gefragt!“

Erster Kontakt mit Politikritualen

GRAZ. Verkehrte Welt in der steirischen Landstube: Dort, wo sonst die 56 Landtagsabgeordneten Platz nehmen, sitzen Schüler und Schülerinnen, die professionellen Volksvertreter sind — mit Ausnahme der Regierungsmitglieder — auf die Besuchertribüne verbannt. 56 „Jung-Abgeordnete“ im Alter zwischen 15 und 19 Jahren nahmen am Dienstag an der ersten Sitzung des steirischen Schülerlandtages teil. Sinn der Aktion war es, der Jugend einen Einblick in die parlamentarische Arbeitsweise zu vermitteln. Ein Vorhaben, das gelungen ist: Seit Donnerstag wissen 56 Schülerinnen und Schüler auch über eine starre Geschäftsordnung und abstrakte Polit-Rituale bestens Bescheid.

Die „Fragestunde“ geriet zur zaghaften Kopie einer Landtags-Routinesitzung. Die Regierungsmitglieder beantworteten (in vorbereiteten Reden) die in drei Ausschüssen erarbeiteten Anfragen. Ebenso überraschend wie die Ausführlichkeit der Antworten war auch so manches Interessengebiet. Die Burschen und Mädchen wollten etwa wissen, ob in der Steiermark Einzelmauten oder eine generelle Maut geplant seien. Ob der gestrenge Landtagspräsident („Bitte laut und deutlich sprechen!“), die wenig flexible Geschäftsordnung oder der übergroße Respekt des Nachwuchses im allgemeinen eine lebhaftere Diskussion verhindert hat? Schade, daß nur selten — etwa in der Ausländerfrage

— kritisches Potential aufgeblitzt ist.

Einmütig sprach man sich gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus aus. „Toleranz zuerst“ statt „Österreich zuerst“, sagte ein Schüler in Anspielung auf das FPÖ-Volksbegehren. Konkrete Maßnahmen gegen die Politikverdrossenheit wollte eine Schülerin hören. Krainer, der eine „Politikerverdrossenheit und ein verbreitetes Unbehagen über den Stil der Politik“ ortete, stellte ein ständiges „Schülerforum“ mit Vertretern der Landtagsparteien in Aussicht. Ob er, Krainer, sich in Sachen Politikverdrossenheit auch selbst verantwortlich fühle, wollte die Schülerin wissen. Die Antwort des LH: „Keiner ist ohne Fehler“.

Martin Behr

Steirischer Schülerlandtag:

Gegen Ausländerfeindlichkeit

Die erste Sitzung des steirischen Schülerlandtags am Dienstag — ähnliche Veranstaltungen gab es bereits in anderen Ländern und im Bundesparlament — war von Ausländerfragen beherrscht. Mehrere Anfragen, Anträge und Wortmeldungen der 56 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 15 und 19 Jahren forderten ein klares Auftreten gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit einerseits und die Förderung des multikulturellen Lernens anderseits. Das FPÖ-Volksbegehren wurde einmütig kritisiert und verurteilt.

Der Schülerlandtag beschloß einstimmig einen Antrag an die Landesregierung, der eine umfassende Informationskampagne gegen Rechtsradikalismus einfordert.

TÄGLICH ALLES

Mittwoch, 16. Dezember 1992

Landespolitiker auf dem Prüfstand

Gestern ging in Graz der erste „Schüler-Landtag“ über die Bühne. Weiß-grüne Spitzenpolitiker standen 56 jungen Leuten aus allen Landesteilen Rede und Antwort. Die „Nachwuchs-Abgeordneten“ nahmen unsere aktiven Politiker gehörig in die Mangel. So manchen brachten die engagierten Fragesteller gehörig ins Schwitzen. Landeshauptmann Josef Krainer bestätigte am Ende der Debatte den Jugendlichen ein „idealistisches Engagement in der Friedens- und Menschenrechts-Politik“.





Ein Gruppenfoto zu Beginn der Unterrichtsstunde in „Angewandter Demokratie“: 56 Schüler mit Regierung und Präsidium. Foto: Brandner

Demokratie „live“ erleben

So vollzählig wie am vergangenen Dienstag waren die Sitze im Landtagssitzungssaal schon lange nicht mehr besetzt: 56 Schüler im Alter von 15 bis 19 Jahren hatten sich statt der gewählten Abgeordneten zum „1. Steirischen Schülerlandtag“, den Landeshauptmann Josef Krainer nach einem Gespräch mit Landesschulsprecher Alexander Andreadis angeregt hatte, eingefunden. Die „Abgeordneten“ stellten Fragen an die ebenfalls (fast) vollzählig anwesenden Regierungsmitglieder und stellten Anträge, die zuvor in drei Ausschüssen formu-

liert worden waren. Die Anliegen der Schüler reichten von der Einführung des Fachs „Politische Bildung“ bis zu tierfreundlicheren Tiertransporten. Sie alle werden im Petitionsausschuß des Landtags behandelt.

Landeshauptmann Krainer forderte eine stärkere Miteinbindung der Jugend in die Politik und schlug zu diesem Zweck ein steirisches „Schülerforum“ vor, in dem Vertreter der Landtagsparteien regelmäßig Gespräche mit Schülervertretern führen sollen. Dessen Vorschläge sollte auch die Landesregierung behandeln müssen.

